

die Streiks in Riga dauern fort, aus Archangelsk senden die Arbeiter einen Protest an die Dumafraktion. Am 1. Mai antworteten auf die Lenaer Ereignisse gleichzeitig mit den 54.000 Anhängern Petersburgs 20.000 Arbeiter Riga, 12.000 in Warschau, 3000 in Wilna, in Charkow streikten die Seher. Das ist der Höhepunkt der Bewegung. In verschiedenen Orten, in Riga, Petersburg, werden Versuche von Straßendemonstrationen gemacht. Protestkundgebungen, Manifestationen, Proteststreiks rollen an den Hochschulen vorüber. „Böhl noch niemals haben die Hauptstädte seit den Jahren 1905/06,“ schrieb die tabettische „Rjetsch“, „eine solche Bewegung gesehen.“

Den Herren der Petersburger Solons, in denen man die segensreiche Wirkung des Lenaer Blutbades erwartete, geht der Atem aus. Die Regierung wechselt den Ton. Der Handelsminister Lunaschew gibt namens des Ministeriums neue Erklärungen ab, die nicht mehr auf provozierende Frechheit, sondern auf friedliche Feigheit gestimmt sind. Rofowzew verspricht die „allerweiteste, vielseitigste und vollkommenste Untersuchung durch eine besondere, sich des Vertrauens des Monarchen erfreuende Person“. Nicht genug damit. Die Regierung übernimmt auf ihre Verantwortung die gesetzliche Regulierung der Arbeitsbedingungen und der Wohnungsfrage auf den Goldgruben, die Ausdehnung der Arbeitsversicherung auf diese ist.

Nach dem 1. Mai beginnt das Sinken der Bewegungswelle. Am 2. Mai streikten in Petersburg 10.000 Menschen, die ihren Protest in den vorhergehenden Tagen noch nicht kundgegeben hatten, in Worot Kopolino 4000 Menschen, in Moskwa fast 10.000, in Sorowowo streikten am 3. Mai 4000 Personen, in Nishnij-Nowgorod 3 Fabriken, in Lugansk 5000 Menschen. Im ganzen zog der Streik weit über 200.000 Menschen in seinen Strudel hinein, von denen auf Petersburg über 100.000 kommen.

Diese Bewegung, wie unerwartet sie auch nach den Jahren der Stille erscheinen möchte, war durch tiefe innere Ursachen vorbereitet worden. Der industrielle Aufschwung, der, trotz der vorjährigen Missernte, doch vorwärts schreitet, trug ungemein viel zur Konsolidierung der Arbeiter und der Festigung ihrer Zueversicht in ihre eigenen Kräfte bei. Den Proteststreik führten an geschlossenen die Metallarbeiter durch, — nicht nur das, weil sie kultureller sind als die Textilarbeiter, sondern auch und vor allem deswegen, weil der industrielle Aufschwung bis jetzt eben in der Metallurgie am sichtbarsten zum Vorschein gekommen ist.

Die siegreiche chinesische Revolution, die letzten großen Ereignisse in der Internationale: der großartige Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie und der gewaltige Streit des englischen Proletariats fanden jedesmal einen tiefen Widerhall in dem Bewußtsein der Massen.

Und in diesen Boden schlug der Blitz der Lenaer Katastrophe. Alles vereinigte sich in ihr, um die Empörung der Massen bis zu dem Punkte zu steigern, wo sie sich unvermeidlich in einer Tat den Ausweg sucht: das entschliche Elend und die Niedergedrücktheit der Lenaer Sklaven — und der tolle Wucher der Goldwerkzeuge; der äußerst gemäßigter Charakter der Forderungen („wenn erschöpfte Pferde streiken würden, könnten sie nicht weniger verlangen!“) schrieb eine bürgerliche Zeitung) — und die ungeheure Zahl der Opfer.

Fast die ganze Presse — mit den allergeringsten Ausnahmen — wandte sich scharf gegen die Urheber des Lenaer Gemetels. Nicht nur die Kadetten, sondern, auch die Oktobristen haben es für nötig erachtet, Interpellationen einzubringen. Selbstverständlich waren sie nicht von zarter Liebe zu den Weisen und Weibchen aus der Lena dabei geleitet, sondern in erster Linie durch Berechnung. Nicht allen ist das Glück beschieden, an dem Hazaarspiel mit den Lenaer Aktien beteiligt zu sein und jeden getöteten Arbeiter und jeden Krüppel in die Einnahmehrubrik einzutragen zu können. Die Unternehmer, die Metall- sowie die Textilindustriellen, erstreben jetzt, in den so lange erscheinlichen Prosperitätsjahren vor allem Ruhe: sie sind keineswegs zu irgendeiner aktiven Opposition geneigt, die das Regime vom 3. Juni aus dem Gleichgewicht hinausdrängen könnte, — sie wollen aber auch in keinem Falle die Arbeiter aufregen. So es geht — unterdrücken, wo es nötig ist — nachgeben, — Ruhe vor allem! Es ist sehr bezeichnend, daß der Petersburger Industriellenverband — der Urheber aller arbeitserfindlichen Maßnahmen — beschlossen hat, die Arbeiter für den Streik nicht zu strafen, um nicht überflüssige Bereitheit herbeizurufen. Daher der Mißmut der Oktobristen gegen Kataroff und die erregten Artikel der kapitalistischen Presse aus Anlaß des Lenaer Massenmordes.

Die tabettische und die ihr verwandte, d. h. die in Russland verbreitetste Presse konnte nicht umhin, die Lenaer Tragödie als dankbares Agitationsmaterial für die nahen Wahlen in die dritte Duma auszunutzen. Die Stimmung des Klein- und Mittelbürgertums widerspiegelnd, das der Willkür der Regierenden und der Räuberei der Privilegierten längst satt wurde, schlugen die liberalen Zeitungen einen ziemlich scharfen Ton an.

Und diese ganze Agitation, durch die Reden der sozialdemokratischen Deputierten, sowie durch die Artikel der sozialdemokratischen Presse revolutionär verschärft, mit der erwachenden Aufmerksamkeit der Arbeiter in Verbindung tretend, gebot einen solchen, von niemand mehr erwarteten und deshalb doppelt überraschenden Widerhall. Die kapitalistische Presse biß sich in ihre eigene Junge. Und die tabettischen Zeitungen stellten zugleich mit einem Ton der Schadenfreude und Unruhe die Frage: „Also, beginnt das Märchen wieder vom Anfang?“

Ja, der breite Massenkampf beginnt nach einer fünfjährigen Pause — aber nicht vom Anfang. Die Gegner selbst verändern sich, die Bedingungen des Kampfes sind andere geworden, seine Methoden gestalteten sich um.

Bis zum Oktober 1905 stand vor uns der entblöhte Zarismus, der unmittelbar von keiner Gesellschaftsklasse unterstützt wurde. Der heutige, nachrevolutionäre Zarismus krönt den Bund der Bureaucratie, des Adels und des Großkapitals: der Feind wurde in manchen Beziehungen stärker, indem er in den oberen Gesellschaftsschichten eine organisierte Stütze fand.

Aber auch die Revolution wurde kräftiger, weil der Einfluß des Zarismus auf die niederen Volksschichten gesunken ist, — es steigerte sich ihr Bewußtsein. Freilich wuchs in den Jahren der Reaktion eine ganz neue proletarische Generation heran, die von der gesammelten Erfahrung der Revolution nur leicht berührt wurde, eine Generation, die noch fast gar nicht streikte, nicht protestierte, keinen politischen Kampf führte. — die jetzt zuerst, in den auf der Basis der industriellen Prosperität sich immer weiter ausbreitenden Streiks die Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit zu begreifen beginnt. Aber auch

diese neue Masse, das ist schon nicht mehr die frühere elementare Kraft, die ohne sich umzusehen und nach vorwärts zu bilden, heranstürmte. Die Erfahrung der Revolution und der drei Dumas gelangte doch bis zu ihren tiefsten Tiefen, und ihre obere, leitende Schicht besteht aus Arbeitern, die eine ernste politische Schule durchgemacht und sich gewöhnt haben, sich zu orientieren, zu überlegen, zu erwägen. Diese Arbeiteravantgarde wird nicht auf neue Positionen übergeben, bevor sie nicht die alten hinter sich befestigt hat. Und die Positionen politisch zu befestigen, heißt für die Sozialdemokratie sie zur Position der Masse selbst machen.

Unter diesen Bedingungen wird der Kampf in höchstem Maße hartnäckig und beharrlich, aber gleichzeitig auch planmäßiger sein. Der Kampf, möge er auch noch so grausam sein und manche unerwartete Episode erzeugen, wird sich nicht mehr in elementaren Katastrophen entfalten, die dem Bewußtsein der Teilnehmer selbst zuvorkommen. Die Duma schafft für den Kampf einen politischen Mittelpunkt, die sozialdemokratische Fraktion wird naturgemäß zu der Rolle einer politischen Führerin vorgehoben, die legale Arbeiterpresse trägt durch alle Hindernisse hindurch einen klaren politischen Gedanken in die Massen hinein.

Der Kampf um das Koalitionsrecht erscheint als Basis wie der Lenaer Tragödie, so auch ihres mächtigen Widerhalls in dem Lande. Daraus, aus dieser Lösung, wird sich wirksam das ganze Programm der Arbeiterdemokratie entfalten. Wie die Lenaer Arbeiter auf ihrem Komitee verlangten, so nahmen auch zum Beispiel die Arbeiter der Putlow-Werke in Petersburg auf ihrem Meeting am 29. April eine Protestresolution gegen die am Tage vorher unternommenen Verhaftungen an. Demonstrationen, Proteste, Streiks, alles stößt an die Koalitionsfreiheit, diesen Eckstein im Programm der Arbeiterdemokratie.

Die gewaltige Aprilmanifestation erscheint als die erste Etappe des Massenansturmes gegen das Regime des 3. Juni — unter der Losung des Koalitionsrechtes. Diese Forderung wird unaufhörlich während der Wahlkampagne ertönen. Die dritte Duma wird gezwungen sein gleich am ersten Tage ihrer Session zu den Forderungen der Koalitionsfreiheit Stellung zu nehmen, die ihr namens hunderttausender Arbeiter gestellt werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Forderung im Mittelpunkt der revolutionären Mobilisation der Massen während der ganzen Zeit des ökonomischen Aufschwungs stehen wird. Nur auf dieser Grundlage werden die Losungen der Revolution das Massenbewußtsein wieder erobern.

Die industrielle Prosperität — ein Jahr früher oder später — wird von einer Krise abgelöst werden, die um so tiefer und scharfer sein wird, da die sozialen wie die politischen Grundfragen des Landes nicht gelöst sind. Die ökonomische Krise wird in diesen Bedingungen zur Voraussetzung einer tiefsten politischen Krise werden. Und es wird vom Proletariat, von der Stufe seines Bewußtseins und seiner revolutionären Bereitschaft abhängen, diese Krise für den Zarismus tödlich zu machen.

Der Krieg.

Mißliche Lage der Türken in Arabien.

Konstantinopel, 15. Mai. Hier verlautet, infolge der Blockade der Dardanellen durch die italienische Flotte herrsche im Yemen große Not an Lebensmitteln; innerhalb der letzten Monate seien viele Soldaten und Eingeborene verhungert. Ferner heißt es, daß die türkischen Truppen in den Kämpfen mit dem Scheich Seid Dreiß in Affire wiederholt geschlagen worden seien.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Mai 1912.

Marineetat. — Kiautschou.

Aus dem Reichstag, 14. Mai. Die Zurückhaltung, die gestern schon die große Mehrheit des Hauses bei der Beratung der Flottenmodelle bewiesen hatte, hielt auch heute an. Die Sehnsucht nach der Heimat und nach den Ferien dämpft alle Rebellität und die Reden unserer Genossen wurden kaum einmal abgelöst durch das Eingreifen eines bürgerlichen Abgeordneten. So gelang es denn auch in der heutigen Sitzung, den Etat des Reichsmarineamtes und der Etat für Kiautschou zu erledigen. Alles in schnellstem Automobiltempo.

Von der Schweigsamkeit der Abgeordneten war auch die Regierung offenbar angefaßt. Wenigstens erhielt Genosse Vogt keine Antwort auf seine allerdings indistrete Frage, ob der deutsche Steuerzahler die Torpedoboote seiner teureren Kriegsflootte deshalb unterhalten muß, damit sie dem Kronprinzen auf seinen Segel- und Angelpartien begleiten sollen? Etwas zugänglicher war die Verwaltung, als er die Interessen der kleinen Fischer vertrat. Genosse Brandes beschwerte sich mit Recht über die Behandlung der Arbeiterausschüsse, die beim Reichsmarineamt noch schlechter ist als in den anderen Reichsbetrieben. Eine Klage des Genossen Albrecht über die Zustände im Bekleidungsamt in Wilhelmshaven gab dem Vizeadmiral Capelle Gelegenheit, Zeugnis von dem sozialpolitischen Verständnis des Marineamtes abzulegen: er hält es in der Tat — und darin unterstützte ihn sogar der Fortschrittler Dr. Strube — für eine besonders Wohlfahrtsanleihe, daß den Frauen der Beamten und Unteroffiziere Heimarbeit aufgegeben wird! Die Genossen Albrecht und Noke sagten mit aller Deutlichkeit, was von dieser Sozialpolitik zu halten ist.

Nach Erledigung des Reichsmarineamtes wurde der Etat für Kiautschou mit einer Rede eines einzigen Abgeordneten durchgeführt. Genosse Dr. Herzfeld wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen die Forderung, die aus der Zurücklassung von 500 Mann in China zum Schutze der Deutschen während der dortigen Revolution erwachsen ist. Er erblickt darin eine Folge der imperialistischen Politik des Deutschen Reiches, gegen die sich die Partei grundsätzlich wendet.

Der Staatssekretär Tirpitz verteidigte die Position, über die erst am nächsten Dienstag abgestimmt werden soll.

Der Freitag soll ein großer Tag werden: der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes steht auf der Tagesordnung.

Schwerindtag im Abgeordnetenhaus.

Eine umfangreiche Tagesordnung hatte das Abgeordnetenhaus am Mittwoch zu erledigen. Die Session neigt sich ihrem Ende zu, und es herrscht das Bestreben, noch möglichst viel vor der Verlegung aufzuarbeiten. So bepaßt man denn die Tagesordnung mit

allerhand Anträgen, deren Beratung keine lange Zeit in Anspruch nimmt, weil sie Fragen von untergeordneter Natur betreffen.

Zunächst überwies das Haus einen Antrag Engelmann betreffend Unterstützung der durch Hagelwetter hingefuchsten Weinbaugebiete an der Rufe der Regierung zur Erziehung. Auch die Sozialdemokraten, deren Stellung Liebknecht vertrat, stimmten dem Antrage zu.

Der Gemeindeforschung wurde ein freikonservativer Antrag auf Erlass eines Gesetzes zur Abänderung der Kreisordnungen überwiesen, ein Antrag, der nach außen den Anschein erwecken soll, als ob die um Fehlbildung ernsthaft Reformen planen, während in Wirklichkeit die ganze Reform auf eine Begünstigung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung hinausläuft. Diese Art, zu reformieren, wurde von Liebknecht, der sich im übrigen für den Antrag aussprach, treffend ironisiert.

Dem Antrage des Abg. Dr. v. Campe (nall.), der die Bewilligung von Mitteln zur Verringerung der überfüllten Schulklassen wünscht, erteilte das Haus seine Zustimmung unter gleichzeitiger Ablehnung eines konservativen Verschleppungsantrages, gegen den sich u. a. Genosse Hirsch wandte.

Weiter beriet das Haus die Anträge betreffend Regelung des Verdingungswezens, die schon wiederholt das Plenum und die Kommission für Handel und Gewerbe beschäftigt haben. Hierbei gelang es den Sozialdemokraten, in die Submissionsbedingungen die Bestimmung hineinzubringen, daß bei der Vergebung von Arbeiten derjenige in erster Linie zu berücksichtigen ist, der bestehende tariflich vereinbarte Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllt und für die angebotenen Arbeiten zu erfüllen sich verpflichtet. Die Debatte, die unfererorts von dem Genossen Leinert geführt wurde, zeigte, welche Verfahrenheit in den Kreisen der bürgerlichen Parteien in Bezug auf das Submissionswesen besteht. Erst wollten sie samt und sonders den sozialdemokratischen Antrag, nicht aus sachlichen Gründen, sondern wegen seines Ursprungs, ablehnen. Nach den Ausführungen Leinerts und nachdem auch der Jungensmeister Kharzdt sein Einverständnis erklärt hatte, besann sich der eine nach dem andern eines Besseren. Sogar Herr Hammer nahm endlich Lehre an und sah den Nutzen des Antrages ein. Aber vorant, wie immer, hatte er vorher nicht die Einwilligung seines Fraktionschefs eingeholt, der gegenfeiliger Ansicht war und Herrn Hammer zwang, gegen seine Ueberzeugung zu stimmen! Koch lomischer wirkte der Vierzug, den Herr Schröder von den Nationalliberalen aufstießte, um seine prinzipielle Gegnerschaft gegen Tarifverträge hinter Scheingründen zu verbergen. Schließlich stimmte aber auch er für den sozialdemokratischen Antrag.

Endlich begründete noch der Abg. Prinz zu Löwenstein seinen Antrag betreffend den Rotstand der Wonnenschiffer, der die Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung des Rotstandes verlangt, welcher durch die lang anhaltenden Trockenheit und die dadurch verhinderte Ausübung ihres Gewerbes entstanden ist. Die Beratung wurde auf Freitag vertagt. Vorher soll das Westbeseftigungsgefez erledigt werden.

Das Herrenhaus und der Religionsunterricht.

Am Mittwoch beschäftigte sich das preußische Herrenhaus mit Petitionen und kleineren Vorlagen. Ueber die Petition der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur sowie der Nonisten und Freidenker auf Aufhebung des Religionsunterrichtszwanges der Dissidentenkinder in Volksschulen wurde keine Diskussion geführt, mit der Begründung, daß im preußischen Abgeordnetenhaus augenblicklich ein gleicher Antrag vorliegt. Da aber dieser Antrag bekanntlich infolge konservativer Obstruktion nicht beraten wird, ist die Weigerung des Herrenhauses recht merkwürdig. — Ueber das weitere Begehren der Petition, für die höheren Schulen anstelle des Religionsunterrichts einen religionsgeschichtlichen und ethischen Religionsunterricht einzuführen, wurde nach einem Referat des Grafen Jord-Wartenberg zur Tagesordnung übergegangen, da es schwer sein würde, einen solchen Unterricht zu kontrollieren, und man sich nicht darauf einlassen könne, elterliche Gewalt und Erziehungsrecht des Staates gegeneinander abzugrenzen. Auch handle es sich ja nur um 6-700 höhere Schüler. — Das Herrenhaus ist also einer Entscheidung über diese Frage in weitem Bogen ausgewichen. — Am Freitag beginnen die Etatsberatungen.

Sammlungswort.

Der Flottenrüstungsrummel ergreift immer weitere Kreise, und zwar nicht nur der imperialistisch gesinnten Bourgeoisie, die aus der Kolonialpolitik wirtschaftliche Vorteile zu ziehen hofft, sondern auch der höheren und niederen Beamten-schaft. Gar manche der Herren Beamten glauben, sich durch Sammlung von Geldbeträgen für die große vaterländische Flotte die besondere Günst ihrer vorgelegten Behörden eringen und sich noch oben in sogenannten „empfehlende Erinnerung“ bringen zu können. Sie vereinigen sich mit gleichgesinnten schönen Seelen, bilden einen engeren oder weiteren Ausschuss und verfassen einen „flammenden“ Aufruf, der zwar schöne patriotische Redensarten enthält, aber gewöhnlich die deutsche Sprache entsehrlich mißhandelt. Dann geht das Geldsammlen los. Derartige vaterländische Aufrufe sind in letzter Zeit häufig erschienen. Da darf auch die patriotische Lehrerschaft nicht zurückbleiben. Deshalb hat sich in Vorbringen ein Ausschuss deutscher Lehrer gebildet, der in der „Lehrer-Zeitung“ für Westfalen, die Rheinprovinz, Hannover, Braunschweig, Waldeck-Hyrmont und die Nachbargebiete, folgenden seltsam stilisierten Aufruf erläßt:

Aufruf an die Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands.

Unser geliebter Kaiser, das deutsche Parlament und das gesamte deutsche Volk haben im letzten Jahre bittere Zeiten durchlebt. Angriffs-lüsterne Länder haben uns zu demütigen und herabzusetzen versucht, um Deutschlands Einigkeit und Macht zu gefährden. Feinde ringsum suchen seine Großmachtstellung zu untergraben; innere Katastrophengefähliche Elemente arbeiten auf den Umsturz hin; andere möchten die für See- und Flotte unermesslichen Ausgaben, als Hexauforderung dem Auslande gegenüber ansehend, nicht bewilligen oder sie als für die deutsche Steuerkraft untragbar stempeln.

Deutschlands Lehrer, Lehrerinnen und Schül-jugend, Knaben und Mädchen, wissen sich mit ihrem ritterlichen Kaiser und staatsbehaltenden Parlament in dem Wunsch für Aufrechterhaltung der Größe und Macht ihres geliebten Vaterlandes ein und wollen aus innerstem Herzen teilnehmen an dem Geschehe ihres Landes, erkennen, daß die für die Sicherheit des Landes aufgewandten Mittel reichlich Zinsen bringen gegenüber den für einen eventuellen Krieg zu erscheinenden Opfern.

Kaisertreue, Heimatsbegehrung, Vaterlandsliebe und Velehrung über Autoritätsbehaltung hat Du, deutscher Lehrer und deutsche Lehrerin, so oft in flammenden Worten unter Hingabe und Begeisterung in Weisheitsworten in das Herz Deiner aufhorchenden Schüler gelegt.

Und nun Wogen wir es aus dem jüngsten Gliede, der Südwestküste des Deutschen Reiches, wo auch schaffensfrüchtige Lehkräfte sich sonnen in Deutschlands kraftvoller Entfaltung und nicht zurückziehen wollen in praktischer Betätigung zum Wohle unseres Gesamt Vaterlandes, mit der Bitte an Euch heranzutreten, in allen Schulen des Reiches Scherstein zu sammeln, die als bescheidene Gabe zum Geschenk für „Beschaffung der Schiffsglocke“ auf dem im Bau befindlichen Linienschiff „Friedrich der Große“ ihre Verwendung finden sollen. — Ein etwaiger Uebererschuss soll dem Reichs-Marinamt zur Beschaffung eines Unterhaltungsgegenstandes für die Schiffsmannschaft zur Verfügung gestellt werden, der in dienstfreien Stunden unsere braven „blauen Jungen“ an Jung-Deutschland erinnern möge.

Wie die Glocke und der uns anvertrauten Jugend das Wahnzeichen ist, in treuer Pflichterfüllung des Lebens Stunden auszufüllen; wie Friedrich der Große — seines Landes Wehr und Schild —, dessen Wöhlfürstigen Geburtstag wir unlängst begingen, nach ihrem Schlag in ständlich geregelter Arbeit dem Dienste seines Landes sich weihte, so nennt der eherner Mund der Schiffsglocke die Tagesstunde — „Seid wachsam!“ — und ruft die Befehlsgebung zum Dienst. — „Treu bis in den Tod!“ —

Wohl wissend, daß bei den großen Kosten eines modernen Verteidigungsschiffes unsere Spende nur ein Weniges ausmachen wird, so soll der freudige Opferinn und das von Herzen Gespendete an innerem Werte zu ersetzen, was ihm an Größe gebracht.

Gebt, verehrte Lehrer und verehrte Lehrerinnen Deutschlands, Euren Kindern auf diese Weise Gelegenheit, ihre Liebe zu Kaiser und Reich einmal praktisch zu betätigen, auf daß sie noch Jahrzehnte hindurch mit freudigem Stolz Name und Flagge des deutschen Schiffes begrüßen — wo es auch immer sein mag —, zu dem auch sie einige „Spannen“ beigetragen haben.

Und wie mancher unserer Kleinen kann als Erwachsener es vielleicht erleben, um dann ganz zu verstehen, welchen tiefen, unaussprechlichen Eindruck das Erscheinen dieses stolzen deutschen Schiffes, das die Wehrkraft und Nachfülle der deutschen Heimat gleichsam verkörpert, in den Herzen der Ausland-Deutschen in fernen Landen hervorruft. . . .

Der engere Ausschuss:

Böhmeberg, Oberlehrer. Bender, Hauptlehrerin. Chozelle, Mittelschullehrer. Fischer, Lehrer. Graby, Lehrer. Huber, Hauptlehrer. Viktorius, Lehrer. Nauser, Hauptlehrer.

Ein recht billiger Patriotismus! Der Ausschuss wendet sich nicht an die Berufsgenossen mit der Bitte, aus der eigenen Tasche beizutreten zu der „Beschaffung der Schiffsglocke“, die unsere „braven blauen Jungen an Jung-Deutschland“ erinnern soll. Soweit reicht der vaterländische Opferinn nicht. Rein, die Lehrer sollen lediglich in den Schulen von den Schülern fogenannte „Spannen“ einsammeln, das heißt, die Kinder dazu anhalten, ihre Eltern um Groschen für einen angeblich patriotischen Zweck anzubetteln. Das ist eine recht wohlfeile Betätigung des Patriotismus. Fühlen die Herren das Bedürfnis, Schiffsglocken zu stiften, mögen sie in ihre eigene Tasche greifen. Im übrigen würden die Herren weit besser ihre deutsche Gesinnung beweisen, wenn sie nicht die deutsche Sprache so widerlich mißhandeln wollten, wie in ihrem schönen Ausruf. Am besten würden sie entschieden ihr Geld anwenden, wenn sie Unterricht in der deutschen Sprach- und Sazlehre nehmen wollten.

Konervative Ehrabschneider.

Zwei Prozesse gegen konservative Agitatoren wurden in der letzten Woche vor schlesischen Schöffengerichten verhandelt. Beide führten zu einer Verurteilung zu hohen Geldstrafen. Wegen Verleumdung des fortgeschrittenen Reichstagsabgeordneten Wladimir Hirschberg wurde der konservative Amtmann Kitzmann vom Schöffengericht Hirschberg zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte während des Wahlkampfes behauptet, Wladimir habe die Sitzungen des Reichstages während der letzten Session gewohnheitsmäßig geschwänzt. Als ihm die Wahlliste nachgewiesen war, behauptete er sie von neuem.

Dem nationalliberalen Reichstagskandidaten für Gubrau-Steinaw-Wohlan, Gutsbesitzer Reineke, wurden in einem Flugblatt, das am Tage vor der Wahl verbreitet wurde, die ehrenrührigsten Dinge vorgeworfen. Als Urheber wurde der Rittergutsbesitzer v. Wlochy aus dem Kreise Wenzig ermittelt. Vor Gericht konnte v. Wlochy, der ein hervorragendes Mitglied des Bundes der Landwirte ist, nichts beweisen. Mit Rücksicht auf die unerhörte Privatliebe verurteilte ihn das Schöffengericht Gubrau zu 400 M. Geldstrafe.

Eine ganze Anzahl anderer konservativer Agitationsredner, die während des Wahlkampfes die allererbärmlichsten Wahllügen über ihre ehemaligen Bloßbrüder verbreiteten, sind schon früher zu mehr oder minder hohen Geldstrafen verurteilt worden.

„Wir führen den Wahlkampf mit anständigen Mitteln,“ sagte belustigt der Führer der Konservativen, Herr v. Hildebrand, auf dem schlesischen Parteitage in Breslau, der kurz vor den Wahlen stattfand. Wie die „anständigen Mittel“ aussehen, davon zeugen diese Proben.

Geydebrand und Wassermann.

Die „Konservative Korrespondenz“ bringt eine parteiamtliche Auslassung, die sich mit dem nationalliberalen Vertretertage befaßt, der als eine „äußerlich nicht ungeschickt zurichtermachte Verständigung der sich widerstrebenden Strömungen“ bezeichnet wird. Es folgt die Versicherung, daß die Konservativen sich um die inneren Angelegenheiten der Nationalliberalen nicht kümmern werden, und dann wird gesagt:

„Wir können vielmehr die Entwicklung der Dinge unbeteiligt und ruhig abwarten und zusehen, ob die Haltung der nationalliberalen Partei früher oder später ein Zusammengehen mit den Konservativen möglich machen wird, dem wir grundsätzlich heute ebenso wenig wie früher abgeneigt sind.“

Tüchtige Leute und den Staatsbeamten überlegen im Verhandeln

Sind nach Meinung des norwegischen Ministers des Innern die Organisationsvertreter der streikenden Eisenbahnarbeiter. Der sozialdemokratische Abgeordnete Magnus Rissen hatte in der Interpellationsdebatte am 30. April einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, Verhandlungen mit dem norwegischen Arbeitsmannsverband über die Forderungen der Eisenbahnarbeiter anzuknüpfen. Da die Regierung bisher noch nichts dazu getan hatte, wußte das Storting sich mit dem Antrage beschäftigt. Die Debatte, die am letzten Montag stattfand, dauerte vier Stunden lang. Der Antrag wurde abgelehnt mit 96 gegen 16 Stimmen, und es wurde ein anderer Antrag angenommen, der besagt, daß das Storting unter der Voraussetzung zur Tagesordnung übergeht, daß die Regierung die nötigen Maßregeln zur Abfertigung bei den Eisenbahnanlagen des Staates entstehenden Arbeitskonfliktes treffen werde. Der Minister, Staatsrat Bränne, hatte in der Debatte erklärt, daß, unter Voraussetzung der Zustimmung des Storchings, sofort eine Kommission, in der auch

die Arbeiter vertreten sein sollen, zur Lösung des Konflikts eingesetzt werden soll. Direkte Verhandlungen zwischen dem Staat und der Arbeiterorganisation lehnte er aber ab, und er begründete das wie folgt:

„Wenn der Staat jetzt auf Verhandlungen einginge, wären die Arbeiter die Ueberlegenen. Sie haben einen ganzen Stab von tüchtigen Leuten, die in Verhandlungen sehr geschickt sind und sich ihrer Sache mit Wärme hingeben. Wenn wir auch einige der tüchtigsten Männer des Storchings in die Eisenbahnverwaltung als Vertreter des Staates schicken, oder wenn ich selbst der Sache widmen würde, so würden wir bei den Verhandlungen doch die Ueberlegenen sein.“

Im übrigen äußerte der Minister auch die wohl nicht ganz unbegründete Befürchtung, daß nach den Eisenbahnarbeiten die Angestellten und Beamten des Staates das gleiche Recht der Verhandlung über ihre Lohnforderung erheben könnten, und sie, sagte er, hätten vielleicht schon jahrelang geduldig auf Lohnhöhung gewartet, ohne jemals zu streiken.

Was nicht alles als Streikvergehen behandelt wird.

Der Kesselfeiger Krämer aus Weimar bei Bochum kam am ersten Streiktag in einer dortigen Wirtschaft mit einem Anstreicher in Streit, in dessen Verlauf er ihn „Schneemann“ und „Blauer“ titulierte. Der stellte Strafantrag. Am folgenden Tage soll derselbe Angeklagte, als er Arbeitswillige zur Grube gehen sah, gelagt haben: „Da gehen sie hin mit dem Bündel unterm Arm!“ Ferner soll er beim Anblick einer Anzahl Gendarmen und Polizeibeamten dem verwunderlich klingenden Ruf ausgerufen haben: „Was wollen die Kerls alle hier, die haben doch nichts zu wollen!“ Und schließlich soll er der Aufforderung zum Weitergehen nicht Folge geleistet haben. Diese ganze Strafliste wurde dem Angeklagten beteuert und das Gericht erkannte zusammengezogen auf 28 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte nur einen Monat Gefängnis beantragt.

Wer anderen das Brot wegnimmt, ist ein Bluthund! soll ein Bergmann aus dem Garten einigen Arbeitswilligen zugerufen haben. Der Angeklagte erklärt, daß er nur einen Eibelters zitiert habe, den er in der Schule gelernt. Dieser lautet: „Wahrlich, wahrlich, ich sage euch, wer andern das Brot stiehlt, ist ein Bluthund!“ Urteil: 50 M. Geldstrafe.

„Du altes Vafeltier, brauchst mich nicht mehr zu grähen!“ hat ein anderer Bergmann der Frau eines Streikbrechers zugerufen. Urteil: 10 M.

„Füßere Deinen Mann nun endlich aus, er schleicht daher wie eine Blindhiesel!“ Urteil 15 M.

Selbsthilfe zur Sicherung des Wahlgeheimnisses.

In dem Dorfe Dörnberg, Wahlkreis Mitteln-Hofgeismar, sollte bei der letzten Reichstagswahl ein eigenartiger Trick angewendet werden, um die nicht antisemitischen Wähler zu ermitteln. Vor dem Wahllokal wurde jedem Wahlberechtigten ein antisemitischer Stimmzettel eingehändigt, der auf der Rückseite nummeriert war. Bei der Abstimmung sind dann die Wahlurterts vorsichtig in die Urne geschichtet worden, jedoch der Wahlvorstand auch aus der Reihenfolge die Stimmzettel jeden einzelnen Wählers feststellen konnte. Wer einen antisemitischen Zettel erhalten und ihn nicht abgegeben hatte, war bestimmt ein Liberaler oder gar ein Sozialdemokrat.

So kalkulierten die Dorfgezwählten. Der schloffe Plan wurde indessen von einem Arbeiter, der von dem Geheimverfahren Kenntnis bekommen hatte, zuhaken gemacht. Dieser ergriff nach dem Schluß des Wahllokal die Urne, um sie kräftig zu schütteln und dadurch die Stimmzettelkontrolle unmöglich zu machen. Diese „Revelation“ mußte natürlich geahndet werden. Man brachte den Arbeiter vor die Strohkammer Kassel, die ihn aber kostenlos freisprach. Das Gericht erkannte an, daß dem Angeklagten in Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse das Recht der Selbsthilfe zugestanden werden müsse. Sein Richter, so heißt es in der Urteilsbegründung, war auf Grund der beobachteten Veranstaltungen zur Kontrolle der Stimmabgabe durchaus berechtigt.

Das Urteil ist sehr verständig; in Schlesien aber sind unlängst mehrfach Wähler bestraft worden, die in dieser Weise die widerrechtliche Kontrolle der Abstimmung unmöglich machen wollten.

Oesterreich.

Das Parlament über die preussische Ausweisungspraxis.

Wien, 15. Mai. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute über den Antrag, für das Auswanderungswesen Sachberichtersteller zu bestellen, welche über die Arbeits- und Rechtsverhältnisse in auswärtigen Staaten berichten sollen und für den Schutz der Auswanderer und die Erleichterung der Rückwanderung zu sorgen hätten. Es wird die Bestellung solcher Sachberichtersteller für Amerika und die europäischen Staaten in Vorschlag gebracht. Der Sitz dieser Sachberichtersteller in Deutschland wäre Berlin und Stuttgart. Im Laufe der Debatte erklärte der Antragsteller Abgeordneter Graf Paworowski, die Pflicht des Staates sei es, darüber zu wachen, daß die Auswanderer nicht der Ungnade des Schicksals, der Ausnutzung und allzu oft auch dem Verderben preisgegeben sind. Die Ausweisungen seien mit dem Völkerrecht und mit dem Bundesverhältnis mit Deutschland nicht vereinbar. Der Redner beklagte sich über die Beschränkung der Freizügigkeit der österreichischen Staatsbürger nach den einzelnen deutschen Staaten, insbesondere nach Preußen, ferner über den bisher fruchtlosen Schutz der österreichischen Arbeiter in Deutschland. Abgeordneter Witzl wandte sich gegen die Zwangslegitimation der galizischen Auswanderer in Preußen, die den Arbeitern großen Schaden bringe. Der Einwand, daß die Legitimation statistischen Zwecken diene, sei nicht stichhaltig. Eine Auswanderungsstatistik sei wohl notwendig, aber dieser Zweck würde am besten durch Errichtung von statistischen Bureaus in den Grenzstationen erzielt werden. Großen Schaden erlitten die galizischen Feldarbeiter dadurch, daß sie Verträge unterschrieben, ohne die Arbeitsverhältnisse an Ort und Stelle zu kennen und ohne die Gewißheit zu haben, ob sie den Arbeitsbedingungen im Auslande würden nachkommen können.

Italien.

Gegen das Frauenwahlrecht.

Rom, 15. Mai. Deputiertenkammer. Bei der Beratung der Wahlreform wurde heute in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 47 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen ein Antrag Mirabelli, den Frauen das Stimmrecht zu verleihen, abgelehnt. Auch die Regierung wies den Antrag zurück.

England.

Die Antwort auf die deutsche Flottenermehrung.

London, 15. Mai. (Unterhaus.) Der Liberale Godfrey Collins fragte, ob Marineminister Churchill den Extrabudget nennen könne, der unter Berücksichtigung des neuen im Reichstag beratenen Ergänzungsfloottenetats während des laufenden Finanzjahres für Neubauten ausgegeben werden sollte.

Churchill erwiderte, die diesbezügliche Summe belaufe sich auf 342 466 Pfund, von denen entsprechend dem Er-

gänzungsetat 98 847 für die Anschaffung von Luftschiffen und zu Versuchen mit ihnen bestimmt seien. Der Rest sei für Unterseeboote bestimmt.

Collins fragte dann weiter, ob unter diesen Umständen ein Grund zu der Annahme vorhanden sei, daß dieses Jahr für England ein Ergänzungsetat erforderlich sei. Churchill erwiderte: Jawohl, ich werde sicherlich einen Ergänzungsetat vorzulegen haben.

Dänemark.

König Friedrich gestorben.

In Hamburg ist der König Friedrich von Dänemark im Alter von 69 Jahren am Dienstagabend auf der Straße gestorben. Der König weilte infognito mit seiner Familie in Hamburg und hatte am Abend allein das Hotel verlassen; er soll asthmaleidend gewesen sein und einen Schlaganfall erlitten haben.

Schweden.

Rüstungsfordernngen.

Stockholm, 14. Mai. Beide Kammern des Reichstags nahmen heute in gemeinsamer Abstimmung mit 222 gegen 143 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung an, für die Anschaffung von Kriegsmaterial für das Jahr 1913 dreieinhalb Millionen Kronen zu bewilligen. Von der Summe sollen zweieinhalb Millionen Kronen gemäß einer später zu treffenden Bestimmung verwendet werden.

Rußland.

Arbeiterschutzgesetz.

Petersburg, 15. Mai. Der Reichsrat nahm in dritter Lesung die Gesetzesvorlagen betreffend die Versorgung der Arbeiter in Krankheitsfällen und die Arbeiterversicherung bei Unglücksfällen, sowie die Gesetzesvorlagen über den Elementarunterricht an.

Marokko.

Wachsende Erregung im Alujagebiet.

Paris, 15. Mai. Meldungen aus Udschda besagen, daß die Erregung unter den Marokkanern immer mehr an Boden gewinnt. Gestern unternahm die Eingeborenen einen Ueberfall auf eine europäische Festung und entführten 50 Maulesel. In dem sich entspinnden Kampfe wurden 1 Europäer getötet, 3 andere verwundet.

Udschda, 14. Mai. Gegen 1 Uhr früh versuchte gestern eine starke Abteilung Marokkaner einen heftigen plötzlichen Angriff auf das Lager von Weraba, wurde aber mit ansehnlichen Verlusten zurückgeschlagen. Auf französischer Seite wurde ein eingeborener Tirailleur leicht verletzt.

Paris, 15. Mai. Wie aus Udschda gemeldet wird, scheinen sich die Riffleute den Beni-Marein und den anderen aufständischen Stämmen zwischen Taza und dem Alujagebiet anschließen zu wollen. Bei Taforalt wurden zwei unter dem Befehl eines französischen Offiziers stehende Gumpatrouillen, als sie den Alujagebiet überschreiten wollten, von Riffleuten angegriffen; ein Gump wurde getötet, zwei verwundet.

Spanische Verluste.

Madrid, 15. Mai. Nach der amtlichen Feststellung verloren die Spanier am Montag bei einem Kampfe am Aertfluß an Toten einen Offizier und sechs Soldaten und an Verwundeten drei Offiziere und sechzig Soldaten. Die Riffleute unternahmen den Angriff wie immer, um die Probantzüge zu gefährden.

Amerika.

Eine Bedrohung des Asylrechts.

New York, 5. Mai. (Fig. Ber.) Unverhüllter hat sich noch niemals ein Mitglied des Kongresses (gesetzgebende Körperschaften) der Vereinigten Staaten in den Dienst ausländischer Despoten gestellt, als Elihu Root, einer der beiden Vertreter des Staates New York im Bundes Senat. Durch einen von ihm eingereichten Antrag tut Root mit brutalstem Jaudismus kund, wie sehr er es heute noch bedauert, daß er als Staatssekretär (Minister des Auswärtigen) vor einigen Jahren die Russen Jan Janow Bouren und Christian Rudowich wegen Teilnahme an dem Aufstand in den Ostseeprovinzen angesichts des geltenden Asylrechts für politische Verbrecher nicht den Folterknechten und den Genetern des russischen Jares überantworten konnte.

Die sehnlichst erwartete günstige Gelegenheit, Abhilfe zu schaffen, erblickte Root in einem von dem Senator E. W. Dillingham (Vermont) eingebrachten Gesetzentwurf, welcher auf eine weitere Erschwerung der Einwanderung abzielt. Nach den Bestimmungen der sogenannten Dillingham-Bill wird künftig kein im Alter zwischen 18 und 50 Jahren stehender Einwanderer zu den Vereinigten Staaten zugelassen, wenn er nicht in Englisch oder in seiner Muttersprache ein Diktat aus der Verfassung der Union nachzuschreiben vermag. Dagegen steht es einem Einwanderer frei, seine Eltern, seine Frau oder seine Kinder nach den Vereinigten Staaten nachkommen zu lassen, ohne daß die Nachkommenden der „Prüfung zum Nachweis ihrer Elementarbildung“ unterworfen werden. Auf andere Angehörige des Einwanderers findet diese Einschränkung keine Anwendung.

Da der Senat sich einmal mit der weiteren Erschwerung der Einwanderung befahte, ging Root, der als Anwalt gegen hohe Gebühren schon die Interessen der Jarentregierung wahrgenommen, gleich dem ihm und seiner Gönnerin an der Rena unangenehm, in den Vereinigten Staaten verfassungsmäßig festgelegten und durch die Tradition geheiligten Asylrecht für politische Verbrecher zu Leibe. Er reichte ein Amendement ein, demzufolge „Ausländer, welche sich zum Sturz einer fremden Regierung verschwören“, aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen, mit anderen Worten, an die heimische Regierung ausgeliefert werden. Und wie die engberzige Dillingham-Bill, fand auch der erbärmliche Root'sche Zusatzantrag in dem Senat, dieser reaktionärsten aller großkapitalistischen Interessenvertretungen, Annahme.

Ein Sturm der Empörung brauste durch das Land. Die Sozialisten und die Liga für die Wahrung des Asylrechts der politischen Verbrecher traten zuerst auf den Plan; sie finden nachdrückliche Unterstützung durch die Konferenz zur Verhinderung einer weiteren Erschwerung der Einwanderung und durch zahlreiche Organisationen eingewanderter Elemente, denen es weniger um die Erhaltung des politischen Asylrechts, als vielmehr darum zu tun ist, die Dillingham-Bill zu Fall zu bringen; die aber, einmal in Bewegung gesetzt, auch gegen das Nachwert Root's Stellung nehmen.

Die eingeleitete Agitation wies dieser Tage ihren Ausdruck finden, wenn das Repräsentantenhaus Verdrö über den Gesetzentwurf Dillingham und den Zusatzantrag Root abhält. Der Genosse Berger-Wilwaukee, der einzige Sozialist im Kongress, hat sich bereits entschieden gegen die Tabakrats Dillingham's und Root's ausgesprochen.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitermarzellaife eine politische Betätigung.

Die illoyale Auslegung des § 3 des Vereinsgesetzes den Gewerkschaften gegenüber ist bereits etwas Alltägliches geworden. Welche sonderbare Auffassung aber Staatsanwälte und Gerichte mitunter von dem Begriff dessen haben, was unter politischer Betätigung zu verstehen ist, zeigt ein Strafverfahren, welches die Zahlstelle Kleve des Lederarbeiterverbandes wegen angeblicher Übertretung der §§ 3 und 18 des Vereinsgesetzes zu bestehen hatte.

Auf Grund einer unter Mitwirkung der christlichen Konkurrenzorganisation zustande gekommenen Denunziation ging dieser Zahlstelle die Aufforderung zu, den im Vereinsgesetz für politische Vereine vorgeschriebenen Bedingungen zu entsprechen. Nachdem dies von der Zahlstelle nicht befolgt und gegen das ergangene Strafmandat richterliche Entscheidung beantragt worden war, gelangte das Amtsgericht Kleve zu einer Verurteilung der angeklagten Zahlstellenleitung. Die Zahlstelle sollte als ein politischer Verein gelten, weil auf einem anfangs November 1911 für ihre Mitglieder veranstalteten Vergnügen von der Musik die Arbeitermarzellaife gespielt und von einem auswärtigen Festredner die Wendung gebraucht wurde, es müsse soweit kommen, daß auch in dem schwarzen Koch die rote Fahne gehißt werde!

Das Urteil des Amtsgerichts ließ die sonstige Vereinsfähigkeit der Zahlstelle sowie den losen Zusammenhang des Vergnügens somit ganz außer acht und stützte sich lediglich auf den Tatbestand, daß die Arbeitermarzellaife gespielt wurde und jene Worte von der roten Fahne in der Festschreibung enthalten waren. Wörtlich heißt es in der schriftlichen Urteilsbegründung:

„Aus diesen Vorgängen gewann das Gericht die Überzeugung, daß der Verein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten, und zwar im Sinne der Sozialdemokratie bezweckt. Das Gericht nahm zwar nicht an, daß die angeklagten Vorstandsmitglieder persönlich unbedingt allen Bestrebungen der Sozialdemokratie folgen, allein die Tatsache, daß die oben erwähnten Vorgänge ohne jeden Hinderungsversuch geduldet wurden, genügt nach Ansicht des Gerichts, um dem Verein den Charakter eines politischen Vereins zu verleihen.“

Interessant aber vollständig deplaziert ist in dem Urteil noch die Erwähnung, daß derartige Vereine nicht nur von „auswärtigen Agitatoren“ gegründet, sondern von diesen auch dauernd stark beeinflusst werden, weshalb es von großer Bedeutung dafür, ob ein Verein ein politischer, anzusehen ist, sei, wie sich die auswärtigen Verbandsgenossen unter Duldung des Vorstandes verhalten. Aus allen diesen sonderbaren Ansichten gelangte das Amtsgericht zur Verhängung einer Geldstrafe, doch wurde auf Einspruch der Verurteilten vor dem Landgericht in Kleve ein inzwischen rechtskräftig gewordenen freisprechendes Urteil erzielt.

Das Landgericht stellte sich bei Beurteilung des Falles auf den allein zutreffenden Standpunkt, daß maßgebend für die Vereinsfähigkeit nur sein könne das Statut des Vereins und die auf Grund desselben entwickelte Tätigkeit. Der Lederarbeiterverband aber verfolge wirtschaftliche Zwecke und nach Aussage des eidlich vernommenen Gouleiters sei festgestellt, „daß eine Einwirkung irgendwelcher Art, für eine bestimmte Partei zu wählen, auf die Mitglieder nicht geübt, und wenn auch die meisten Mitglieder sozialdemokratisch wählen, so gebe es doch vollberechtigte und in keiner Weise behelligte Angehörige des Verbandes, die ihre Stimme für das Zentrum abgeben.“

Was die Vorgänge auf dem Vergnügen anbelangt, so befand das Landgericht in seinem Urteil, daß nur, wenn die Zahlstelle Kleve sich mit der sozialdemokratischen Partei identifiziere, deren politischer Charakter als vorhanden zu betrachten sein würde. So aber erkläre sich die Neugier von der roten Fahne zwanglos aus der Tatsache, daß die freien Gewerkschaften, zu denen sich die Zahlstelle rechnet, in einem starken Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften stehen und diesen Gegensatz mit denselben Ausdrücken bezeichnen, mit denen der Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Zentrum bezeichnet wird.

Im Gegensatz zur Vorinstanz steht es das Landgericht als mildernd auf, daß die Festschreibung von einem „Auswärtigen“ gehalten wurde und nicht von einer für die Zahlstelle verantwortlichen Person. Es wird darüber gesagt:

„Der Umstand allein, daß die Versicherung seitens der verantwortlichen Personen unwillkürlich geblieben ist, bedeutet an sich nur wenig, hier aber um so weniger, als es sich nicht um eine Mitgliedsversammlung, sondern um ein Fest handelte, bei dem es nicht auf den gedanklichen Inhalt, sondern auf die Stimmung abgesehen war und diese Stimmung bei einer Unterbrechung gefährdet worden wäre.“

Das Urteil der Arbeitermarzellaife ist auch nichts anderes als ein Stimmungsausdruck; Schlüsse auf das Wesen des Vereins gestattet es nicht.

Aus allen diesen Gründen hob das Landgericht in seiner Sitzung vom 1. April das Urteil des Amtsgerichts auf und sprach die Angeklagten kostenlos frei. Der Erste Staatsanwalt vom Klever Landgericht konnte sich jedoch zunächst mit diesem Urteil nicht beruhigen, sondern legte Berufung ein, die er aber erst vor wenigen Tagen wieder zurückzog.

Nachdem in seiner Berufungsschrift festgestellt ist, daß die Zahlstelle Kleve dem über ganz Deutschland verbreiteten Lederarbeiterverband angeschlossen ist, der den Zweck verfolgt, seinen Mitgliedern auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung bessere Arbeitsbedingungen zu erwirken, kommt der Staatsanwalt zu der Behauptung, der Verband lüde auch Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen. Als Beweis hierfür wird angeführt, daß sich der Verband überall ausbreite und als „möglichst große Masse den Arbeitgebern und dem Staate gegenüber zu treten suche“. Dazu kommt noch die schon mehrfach erwähnte Redewendung von der roten Fahne und das Spielen der Marzellaife.

So daß nicht mehr daran gezweifelt werden (1) kann, daß der Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands und damit jede ihm angegliederte Ortsgruppe politische oder sozialpolitische Zwecke verfolgt und daher als politischer Verein anzusehen ist.“

Man sieht an dieser merkwürdigen Auffassung des Begriffs, was unter politischer Betätigung zu verstehen ist, und der an den Noaren herbeigezogenen Begründung, welche unberechtigten Behelligungen die Gewerkschaften unter dem gegenwärtigen Vereinsgesetz ausgelegt sind, dessen illoyale Anwendung und Auslegung seinerzeit im Reichstage zugesichert wurde.

Berlin und Umgegend.

Die in den Schraubenfabriken beschäftigten Werkzeugmacher hielten am Dienstag eine gut besuchte Versammlung ab. Handte vom Metallarbeiterverband wies darauf hin, daß ein Mindestlohn von 60 Pf. pro Stunde den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht, zumal die Arbeit eine hohe Geschicklichkeit und ein starkes Verantwortungsgewühl voraussetzt. Es ist ein höherer Stundenlohn um so mehr berechtigt, als in einzelnen Betrieben, mit denen Tarife abgeschlossen sind, ein garantierter Mindestlohn von 70 Pf. pro Stunde besteht.

Ein entsprechender und provisorischer Entwurf zur Vereinbarung liegt in folgender Fassung vor.

Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in den Schraubenfabriken beschäftigten Werkzeugmacher.

1. Der Mindestlohn für Werkzeugmacher, Dreher und Reparaturenkleber beträgt nach einwöchentlicher Beschäftigung 70 Pf. pro Stunde.

2. Diejenigen Werkzeugmacher, Dreher und Reparaturenkleber, welche diesen Mindestlohn oder einen höheren Lohn gegenwärtig schon bekommen, erhalten eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde.

3. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt. Sonntagsarbeit, soweit solche zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist, mit 50 Proz.

4. Etwaige bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen durch diese Vereinbarung nicht verschlechtert werden.

Von einer bestimmten Zeitdauer ist mit Absicht vorläufig abgesehen worden, eine solche würde nur dann in Betracht kommen, wenn die Unternehmer es wünschten und auch dann nur, wenn sie einen Tarif für die gesamte Branche abzuschließen geneigt sind.

Die Versammlung akzeptierte die Vorschläge einstimmig. Den Arbeitgebern soll der Entwurf zugehen mit dem Ersuchen, bis zum 21. d. M. dazu Stellung zu nehmen.

Lohnbewegung in den Berliner Schwerfuhrwerksbetrieben.

Die Kutscher, Stalleute und Arbeiter der Schwerfuhrwerksbetriebe Groß-Berlins befinden sich in einer Lohnbewegung. Die in Frage kommenden Arbeiter, von denen über 3000 im Transportarbeiterverband organisiert sind, haben in aller Stille ihre Vorbereitungen zu dieser Bewegung getroffen. In den letzten Wochen fanden in den einzelnen Stadtteilen und Vororten Versammlungen statt, die sich mit der Frage der Lohnforderungen beschäftigten. In einer gemeinsam abgehaltenen Versammlung wurde sodann von der eingesetzten Lohnkommission über die inzwischen ausgearbeiteten Lohnforderungen Bericht erstattet und beschlossen diese in Form eines Lohn- und Tarifentwurfes den Unternehmern durch die Verhandlung überreichen zu lassen. Die Forderungen lauten im wesentlichen: Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 1/2 Uhr abends inkl. 2 Stunden Pause. Die Lohnwoche ist mit 8 Tagen für alle Arbeiter zu berechnen. Ueberstunden sollen je mit 80 Pf. und, falls solche in dringenden Fällen nach 10 Uhr abends geleistet werden, mit 1 M. bezahlt werden. Für reguläre Nachtarbeit erhalten die Kutscher pro Nacht 1,50 M. Zuschlag zu ihrem Lohne. Die Lohnzahlung soll freitags erfolgen. Der Sonntagvormittagsdienst, der sich nur auf die Pflege der Pferde beschränken soll, muß bis 10 Uhr vormittags beendet sein. Außerdem soll diese Arbeit so geregelt werden, daß die Kutscher abwechselnd jeden zweiten Sonntag völlig dienstfrei sind. Für den Sonntagvormittagsdienst werden 2 M. und für das Füttern der Pferde am Sonntagnachmittag 1,50 M. gefordert. Wegen die Unbilden der Witterung fordern die Kutscher von den Unternehmern Lieferung von Regenpelzern und für die kalte Jahreszeit warme Decken. Neben diesen wesentlichen Forderungen enthält der Lohn- und Tarifentwurf noch eine Reihe anderer Bestimmungen. Die Forderungen sind bereits den Fuhrherren eingereicht und ist bis zum 16. Mai Bescheid erbeten worden.

Achtung, Töpler! Bei der Firma Otto Berlow und Hermann Poette, Neukölln, Oststr. 6, mußten unsere Kollegen die Arbeit einstellen, weil sie schon an zwei Tagen nicht ihren ganzen Lohn erhalten hatten und die Firma den Kollegen nicht die nötigen Garantien geben konnte, daß sie am nächsten Tag ihre vollen Lohn erhalten. Leider muß konstatiert werden, daß sich sofort Hilfe gefunden haben — durch Vermittlung des „Töpfermeisters“ Engelhardt-Vloen — die die Arbeit bei den unsicheren Lohnverhältnissen aufnehmen. In Frage kommt der Bau Glasowstr. 56, Bauherr Rudolf Brandt, Charlottenburg, Nehringstr. 14. Zu bemerken ist noch, daß hier wieder einmal „Töpfermeister“ unter Zahlungsbedingungen einen Bau zur Ausführung übernommen haben, bei denen die Firma — die sonst über keine Betriebsmittel verfügt — mit den Lohnzahlungen im Stock geraten mußte. Nach ihrem Verträge mit dem Bauunternehmer sollten sie pro Woche Zahlungen teils in bar und teils in Checks erhalten. Die Barzahlungen sind jedenfalls sehr knapp ausgefallen, und da auch die Lieferanten Geld verlangten, konnten eben die Gesellen nicht ihren vollen Lohn erhalten. Die Herren haben es nun fertig gebracht, und auch noch durch Brief wissen zu lassen, sie würden uns wegen Geschäftsschädigung verlagen, wenn wir ihre Firma sperren. Die Herren täten gut, das Geld für die Klage lieber für die Lohnzahlung zu verwenden. Die Firma ist selbstverständlich für unsere Kollegen gesperrt.

Weiter sperren wir hiermit wegen Tarifbruch und Beschäftigung von Wilden die Firma Rudolf Koch, welche zurzeit den Bau Friedrich-Edel-Kähenbachstraße, Spandau, ausführt.

Die Verbandsleitung.

Zur Bewegung der Freiseure.

Der Verband der Freiseuregehilfen hielt am 14. d. Mts. in den Armishallen eine öffentliche Versammlung ab. Das Thema: „Unsere diesjährige Lohnbewegung und was fordern wir?“ wurde vom Referenten Voly in eingehender Weise behandelt. Einige Innungsgehilfen glaubten, es sei notwendig, der Versammlung ihre wilden Sitten und Gebräuche vorzuführen, was aber von der Versammlung, von den Rednern Sevede und Langer und im Schlußwort vom Referenten gebührend gebrandmarkt wurde. Die anwesenden Arbeitgeber hatten gegen den von Arbeitgebern und Arbeitern in der Tarifkommission vereinbarten Tarif nichts einzuwenden gewußt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Durch die stetige Preissteigerung der notwendigsten Bedarfsartikel erachten die Freiseuregehilfen eine Aufbesserung des seit 1908 bestehenden Tarifes als dringend notwendig.

Die Freiseuregehilfen nehmen Kenntnis von dem Tarif, welcher zwischen dem Verbands- und den Meistern in der Tarifkommission vereinbart wurde und verpflichten sich, für weitgehendste Ausbreitung des Tarifes Sorge zu tragen.

Die Kollegen versprechen, zur besseren Durchführung des Tarifes die Organisation in ihren Arbeiten mit ganzer Kraft zu unterstützen und, wenn nötig, in allen nicht bewilligten Betrieben die Arbeit zu verlassen, um sich der Organisation zur Verfügung zu stellen.

Achtung, Schuhmacher! In Neukölln ist im Laufe dieser Woche die Zahl derjenigen selbständigen Schuhmacher, die den von uns im Jahre 1910 verlangten Minimallohn tariflich anerkannt haben, auf 58 gestiegen.

Die Arbeitgeber (selbständige Schuhmacher), welche bewilligt haben, erhalten ein von uns gestempeltes rotes Plakat mit der Aufschrift: „Hier sind die Forderungen der Schuhmachergehilfen bewilligt.“

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Protest der Fleischergehilfen.

Belanntlich hat die Berliner Fleischerinnung kürzlich den Beschluß gefaßt, Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischer nicht zu beschäftigen und ihnen den Arbeitsnachweis zu sperren. — Gegen diesen Beschluß, der, wenn er durchgeführt würde, für alle freigezwecklich organisierten Fleischergehilfen die Aussperrung, die völlige Brotlosigkeit bedeuten würde, erhob eine ungewöhnlich starke, vom Zentralverband der Fleischer einberufene Versammlung, die gestern abend im Ruffersaal tagte, entschieden Protest. Der Referent Hensel betonte, daß der Innungsbeschluß der beste Beweis dafür sei, daß der Zentralverband mit Erfolg für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewirkt hat. Wenn aber die Innung glaubt, sie könne durch ihre Maßnahme den Zentralverband lahmlegen, so täuscht sie sich.

Die Organisation ist stark genug, um sich gegen solche Angriffe auf das Koalitionsrecht zu wehren. Der Zentralverband wird den Kampf für die Rechte seiner Mitglieder aufnehmen, wenn die Fleischermeister mit der Durchführung ihres Beschlusses Ernst machen sollten. Bis jetzt sind nur vereinzelte Entlassungen auf Grund des Innungsbeschlusses erfolgt. Es liegt deshalb noch keine Veranlassung vor, bestimmte Gegenmaßnahmen zu beschließen, aber dessen können die Fleischermeister sicher sein, daß sich der Zentralverband nicht von ihnen unterdrücken läßt.

Der lebhafteste Beifall, der dem Referenten zuteil wurde, sowie die Ausführungen der Diskussionsredner ließen keinen Zweifel darüber, daß die freigezwecklich organisierten Fleischergehilfen zur Abwehr gegen den Angriff der Innung bereit sind.

Zum Fleischerstreik in Neukölln. Die Neuköllner Fleischermeister glauben, ein neues Mittel, den Vohlott abzuschwächen, gefunden zu haben. Den Frauen, die nach dem Tarif fragen, erklären sie, daß sie im Interesse der Kundschaft nicht betätigen können, denn sonst würde das Fleisch noch teurer werden. Vor einigen Wochen erklärte die Innung, die Gesellen erhalten viel mehr als der Zentralverband fordere, und jetzt soll das Fleisch teurer werden, wenn die Forderungen anerkannt werden. Es hat bald den Anschein, als ob die Fleischermeister, die den Tarif nicht anerkennen, den Streik zu einer Preissteigerung benutzen wollen; sie möchten noch mehr aus dem Publikum herausziehen.

Weiter verbreitet die Innung das Gerücht, daß sie gegen die Streikleitung wegen der Aufforderung zum Vohlott Strafverfahren stellen und eine Schadenersatzklage einreichen wird. Dadurch wird sie jedoch die Neuköllner Arbeiterschaft von der Einhaltung des Vohlots nicht abhalten können. Die Herren, die den Vohlott ihren „widerständigen“ Kollegen gegenüber immer anwenden, schreiben nach dem Staatsanwalt, wenn die Arbeiterschaft dasselbe tut.

Nachstehende Fleischermeister haben den Tarif wieder unterzeichnet: Hermann Rudolf, Johann-Guß-Str. 3, G. Hecker, Osterstr. 45.

Zentralverband der Fleischer. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Bäderstreik in Leipzig.

Nachdem die Bäderinnung in Leipzig jede Verhandlung über die Forderungen der Gesellen abgelehnt hat, beschloß eine Versammlung der Bäderarbeiter am 14. Mai mit 410 gegen 8 Stimmen, sofort die Arbeit niederzulegen. Die in den geregelten 260 Bädereien beschäftigten Gesellen beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Außer 200 in den Konsumbädereien und Profifabriken unter tariflichen Verhältnissen beschäftigten Bäderarbeitern arbeiten in den 260 geregelten Kleinbetrieben 310 Gesellen zu den neuen Bedingungen. Aus den geregelten 440 Bädereien sind von circa 450 beschäftigten Gesellen 390 ausständig. Die Arbeiter Leipzigs werden den Kampf der Bäder durch den Vohlott unterstützen.

Ausland.

Friedensschluß in Dänemark. Nach wiederholten Einigungsversuchen ist es dem Schlichtungsbeamten am Montag gelungen, die verschiedenen Lohnkämpfe zum Abschluß zu bringen, die der Dänischen Arbeitgebervereinigung wieder einmal Veranlassung zu weitgehenden Aussperrungsbeschlüssen gegeben hatten. Auf Grund von Vorschlägen des Schlichtungsbeamten sind nun neue Tarifverträge abgeschlossen worden für die Ziegeleiindustrie und die Betonmaterialindustrie Dänemarks sowie für die Holzlagerarbeiter und außerdem für die Fuhrleute in der westjütischen Hafenstadt Esbjerg. Die Tarife sind auf 5 Jahre vereinbart und bringen den Arbeitern Lohnerhöhungen von 2 bis 5 Oere die Stunde. Im Baugewerbe war infolge der Streiks und Aussperrungen bereits eine schwere Arbeitslosigkeit eingetreten.

Letzte Nachrichten.

Gegen den Gewaltakt im Abgeordnetenhaus.

Kiel, 15. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Kieler Arbeiterschaft protestierte heute in einer gewaltigen Protestversammlung gegen die unerhörte Behandlung der sozialdemokratischen Abgeordneten Vorhardt und Reinert im preussischen Abgeordnetenhaus und gegen das Eindringen der Polizei in das Abgeordnetenhaus. Die Versammlung fand unter freiem Himmel statt und war von etwa 9000 bis 10000 Personen besucht. Ein sit in m i g wurde eine Resolution angenommen, die sich in scharfer Weise gegen das Vorgehen des Präsidenten und der bürgerlichen Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses wendet und die Arbeiterschaft auffordert, angesichts der Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus mit erneuter Kraft den Kampf für die Erziehung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen anzunehmen.

Ministerkrisis in Serbien.

Belgrad, 15. Mai. (W. T. V.) Infolge der Demission des Finanzministers und des Kriegsministers beschloß die Regierung, über die von ihr einzunehmende Haltung erst nach der Konstituierung der Stupskatina, die in der nächsten Woche erfolgt, die Entscheidung zu treffen. In politischen Kreisen wird der Rücktritt des Kabinetts Milowanowitsch erwartet.

Der Kampf um die amerikanische Präsidentschaft.

New York, 15. Mai. (S. V.) Roosevelt errang einen überwältigenden Sieg über Taft in Kalifornien, wo er 40 000 Stimmen mehr als Taft erhielt.

Zugunfall.

Wschaffenburg, 15. Mai. (S. V.) In der letzten Nacht fuhr der von Frankfurt a. M. nach München um 11 Uhr 6 Minuten abgegangene Güterzug Nr. 180 in der Station Langenprogen auf einen ausfahrenden Güterzug. Von dem letzteren wurden mehrere beladene Güterwagen demoliert, so daß der Materialschaden sehr beträchtlich ist. Vom Güterzug soll nur die Maschine beschädigt sein. Drei Personen, eine Dame, ein Postbeamter und der Postmeister erlitten leichte Verletzungen. Die Ursache des Unglücks ist noch unaufgeklärt.

Ein deutscher Lehrer unter Spionageverdacht.

Bordeaux, 15. Mai. (S. V.) Die hiesige Polizei verhaftete heute den aus Werdau in Sachsen gebürtigen Lehrer Rieckel unter dem Verdachte, zugunsten Deutschlands Spionage getrieben zu haben. Eine bei dem Verhafteten sofort vorgenommene Hausdurchsuchung soll zahlreiche stark belastendes Material zutage gefördert haben.

Reichstag.

63. Sitzung. Mittwoch, den 15. Mai 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Tirpitz.

Präsident Dr. Kaempf: Der König Friedrich von Dänemark ist auf deutschem Boden plötzlich von einem Herzschlag getroffen worden. Der Deutsche Reichstag spricht der benachbarten dänischen Nation sein herzlichstes Bedauern und sein aufrichtiges Mitgefühl hiermit aus. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Beratung des Marineetat.

Hierzu liegt seitens der Budgetkommission eine Resolution vor, die Erwägungen darüber wünscht, die soziale und wirtschaftliche Stellung der Dedoffiziere zu heben, und eine zweite, die bei den Wahlen zur Betriebskrankenkasse und zu den Arbeiterauschüssen die Einführung der Verhältniswahl verlangt.

Abg. Bogtherr (Soz.):

Die Herren vom Zentrum und die Konservativen werden heute wohl den Herren des Reichsmarineministeriums gestatten, auf die Wünsche zu antworten, die meine Freunde und ich an den Staatssekretär zu richten haben. Es liegen hier eine Reihe von Beschwerden von kleinen Fischern aus der Nordsee vor, die sehr beweglich darüber klagen, daß sie in ihrem Gewerbe sehr schwer durch die Schießübungen der Marine geschädigt werden. Der Schießplan für 1912 umfaßt die Zeit vom 27. April bis 12. Juni. In diese Zeit von 47 Tagen fallen 11, die den Fischern vollständig verloren gehen und auch an anderen Tagen wird während der Flutzeit geschossen, wodurch die Fischer großen materiellen Schaden erleiden. Sie haben den dringenden Wunsch, daß die Schädigung, die sie erfahren, ihnen nicht nur finanziell ersetzt wird, sondern daß ihnen durch eine andere Festsetzung der Schießzeit entgegenkommen wird, und zwar wünschen sie, daß die Schießzeit im Einkommen mit ihnen festgesetzt wird. Daselbe trifft zu für die Rinnenübungen.

Weiter ist die Nachricht durch die Presse gegangen, daß der Kronprinz seine Segelfahrzeuge nach den Danziger Gewässern führen wird, um dort den Segelsport auszuüben, und daß zur Begleitung das Torpedoboot 25 bestimmt ist, das der Danziger Abteilung dann zugeteilt wird. Die Verhältnisse des Kronprinzen sind mir sehr gleichgültig, es kann und aber nicht gleichgültig sein, wie die Boote der Reichsmarine, die auf Kosten des Volkes erhalten werden, verwahrt werden. Der Staatssekretär wird uns vielleicht erklären, welche Art von Übungen Schiffe und Mannschaften vornehmen, wenn sie den Kronprinzen begleiten auf seinen Vergnügungs- und Angelfahrten, die mit den Zwecken der Kriegsmarine in gar keinem Zusammenhang stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

Abg. Strube (Sp.): In der Marine wird mit großer Hingebung gearbeitet, obwohl die Anforderungen an die Mannschaften in den letzten zehn Jahren andauernd gestiegen sind. Man sollte doch daran denken, die Anforderungen nicht zu hoch zu spannen. Der Redner tritt dann für die Verringerung der Ingenieure ein. Die Marineverwaltung hat diesen Bestrebungen gegenüber ein Schreiben des Chefingenieurs veröffentlicht, in welchem gesagt ist, die Ingenieure selbst wünschen gar keine Verringerung und wenden sich gegen die Forderungen des Abg. Strube. Die Veröffentlichung kann man nur als ganz ungehörig bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung links.) — Der Redner tritt dann noch für die Verringerung einiger anderen Gruppen von Marinebeamten ein.

Staatssekretär v. Tirpitz: Für die Fischer wird eine wesentliche Erleichterung dadurch geschaffen werden, daß Vorposten getroffen werden wird, daß sie bei der Flut bequem hereinkommen können. — Den Ingenieuren habe ich von Anfang meiner Karriere an ein besonderes Wohlwollen entgegengebracht. Ich bin von den Ingenieuren selbst geliebt worden, zum Ausdruck zu bringen, daß sie vielfach nicht einverstanden sind mit der Art, wie ihre Interessen vom Abgeordneten Strube vertreten worden. Ich habe mich über dies Zeichen des Vertrauens der Ingenieure zu mir gefreut. Der Abgeordnete Strube hat seine Informationen, wie ich vermute, meist von Herren, die nicht mehr im aktiven Dienst sind, und daher ist er wohl meist nicht zu treffend informiert.

Abg. Erzberger (Z.): Auf die süddeutsche Industrie und Landwirtschaft sollte bei den genannten Kapiteln des Marineetat mehr Rücksicht als bisher genommen werden. (Sehr richtig!) — Bei dem Verkauf von Altmaterial sollte man den Konzern der Altmaterialhändler umgehen; das würde gar nicht schwer werden. — Die Konkurrenz, die das Kieler Offizier-Kasino dem deutschen Weinhandel bereitet, sollte beseitigt werden. — Den Wünschen, die der Abg. Strube für viele Beamtenkategorien vorgebracht hat, kann ich keineswegs zustimmen; die Budgetkommission hat auch keineswegs mit ihrer Resolution sich mit allen Wünschen der Dedoffiziere, die keineswegs wirkliche Offiziere sind, sondern nur weiter gestiegene Unteroffiziere, einverstanden erklärt. — Für die Ingenieure ist in letzter Zeit sehr viel geschehen; eine Strafgewalt kann ihnen unter keinen Umständen verliehen werden. — Angestelltenauschüsse sind vom Reichsminister den Angestellten der Marineverwaltung zugesagt worden; dies Versprechen sollte endlich erfüllt werden. — In bezug auf die Arbeiterwünsche werden wir der Resolution der Kommission, die die Verhältniswahl zu den Arbeiterauschüssen wünscht, zustimmen. Ferner wünschen die christlich-nationalen Arbeiter, daß bei der Festsetzung der Altershöhe die Arbeiterauschüsse mitwirken. Weiter wünschen sie eine andere Regelung des Sommerurlaubs, und schließlich haben sie den dringenden Wunsch, daß endlich dem Willen des Reichstages entsprechend auch für die gesetzlichen Feiertage der Lohn bezahlt wird. (Zustimmung im Zentrum.)

Vizeadmiral Capelle: Süddeutschland berücksichtigen wir bei Lieferungen soweit es geht; bei öffentlichen Submissionen ist es nicht möglich. Wenn das Kieler Kasino Weine nach außerhalb verkauft, würde der Staatssekretär das entschieden beurteilen. Die Beschwerden haben sich freilich meist als unbegründet herausgestellt. — Auf die Arbeiterfragen wird später im Zusammenhang eingegangen werden.

Abg. Hoff (Sp.): Die Kommission hat den Marineetat im Automobiltempo erledigt; deshalb müssen wir im Plenum eine Reihe von Beschwerden vorbringen. Die Stadt Kiel hat außerordentliche Lasten, zum Beispiel Schullasten, durch die Marine und die Werften zu tragen und ihre Steuern um 70 Proz. erhöhen müssen. Das Fischereigebiet wird durch die Entwidmung der Marine beständig eingeschränkt und die Fischer an der Kieler Förde sind geradezu in einen Notstand geraten. In bezug auf die Angestelltenauschüsse und die Arbeiterfragen stimme ich mit dem Abg. Erzberger überein. Aber in bezug auf die Ingenieure ist er falsch unterrichtet; hier stimme ich vollkommen mit meinem Freund Strube überein. Es handelt sich hier nicht um Personfragen, sondern um den Kampf der Technik gegen die Jurisprudenz und den Sumpf des, sagen wir einmal Marine-offizieriums. — Aus den Wertprozessen sind die Magazinaufseher ganz intakt hervorgegangen; um so mehr ist zu bedauern, daß sie bei der Schaffung der besser bezahlten Lagerverwalterposten gänzlich übergangen sind. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Mit dem neuen Werkdirektor ist ein rein bürokratischer Geist eingezogen, der bis zu den höheren Beamten hinauf Unzufriedenheit erregt hat.

Abg. Bogtherr (Soz.):

führt Beschwerde über einen Fall, in dem die Großhändler einer Branche Kenntnis davon erhielten, welche Lieferanten bei einer Submission die billigen Angebote gemacht hatten. Die Großhändler haben daraufhin in geradezu erpresserischer Weise einen Druck auf diese Lieferanten ausgeübt. Wer hat den Großhändlern diese Preise mitgeteilt, da die Submissionsangebote doch geheim sein sollten. Gegen solche Treibereien einzelner Beamten mit den Großhändlern sollte im Interesse der Reichskasse Front gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Strube (Sp.) wirt dem Abg. Erzberger vor, daß er keinerlei Sachkenntnis hat. Seine Rede sollte in Marinekreisen öffentlich angeklagt werden, damit diese Kreise sehen, mit welcher Unkenntnis Herr Erzberger hier vorgeht. Herr Erzberger ist auch nicht einmal bei der Wahrheit geblieben. Er mag in Zukunft vorsichtiger sein, sonst kann sein Ruhm leicht erlöschen.

Abg. Ahlhorn (Sp.) führt, wie bereits im Vorjahre, Beschwerde darüber, daß der Konsumverein auf der Werft in Wilhelmshaven auch an Leute verkauft, die nicht auf der Werft beschäftigt sind. Dadurch wird den Geschäftsleuten eine unzulässige Konkurrenz gemacht.

Abg. Erzberger (Z.): Herr Strube will mit seinen Reformvorschlägen unsere Marine desorganisieren. Alle Sachverständigen

lehnen das ab. Ich gehe lieber mit diesen Sachverständigen, als mit dem großen Reformator der deutschen Marine, Dr. Strube. (Heiterkeit im Zentrum.)

Eine Resolution der Budgetkommission auf Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Dedoffiziere wird debattelos angenommen.

Abg. Brandes (Soz.):

(auf der Rechten mit Unruhe empfangen): Ich begreife es ja, daß Ihnen unsere Kritik unangenehm ist. Aber wenn es Ihre Interessen angeht, dann lassen Sie die Schleusen Ihrer Berechnung lange Zeit stehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls brauchen wir nicht alle Jahre hier dieselben Klagen vorzubringen, wenn die Regierung wenigstens den Beschlüssen des Reichstages nachkäme. Der Redner verlangt, daß die Marineverwaltung ihre Lieferungen nur an solche Firmen vergibt, die wenigstens den bestehenden Forderungen ihrer Arbeiter nachkommen. Am schärfsten liegen die Verhältnisse bei der größten Lieferanten, bei Krupp. Die Arbeiterauschüsse sind dort rechtlos und die Arbeitszeit ist viel zu lang.

Vizepräsident Dove: Die Arbeiterverhältnisse bei Krupp stehen doch nur in einer rein äußerlichen Beziehung zum Marineetat. Oder wollen Sie verlangen, daß Krupp unter diesen Umständen keine Lieferungen erhalten soll?

Abg. Brandes:

Jawohl. Auch in früheren Jahren sind diese Fragen hier ausführlich besprochen worden, ja der Reichstag hat Resolutionen hierzu beschloffen. Die Arbeiterverhältnisse bei Krupp ruinieren Leben und Gesundheit und zwar gilt das ausnahmslos für alle Abteilungen. Die gezahlten Löhne sind so dürftig, daß ein redlicher Arbeiter mit ihnen nicht auskommen kann. Der Arbeiter ist deshalb zu Ueberstunden gezwungen. Auch auf der Schichau-Werft sind die Arbeiterverhältnisse so jämmerlich wie nur möglich. Dort sind die Löhne so niedrig, daß man sich wundert, wie eine Firma heute das ihren Arbeitern anzubieten wagt. Ein

Bergweissungsstand

der Arbeiter führte leider nicht zum Erfolg. Die Firma lehnte alles rundweg ab, obwohl die Firma alle geradezu während bescheidenen Wünsche der Arbeiter nach ihrem Gewinn wohl hätte gewähren können. Die Marineverwaltung sollte endlich die im Vorjahr vom Reichstag beschlossene Resolution befolgen und dafür sorgen, daß die bestehenden Wünsche der Arbeiter in den Betrieben erfüllt werden, die aus der Reichskasse große Aufträge erhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Wir können doch nicht in die Internas aller unserer Lieferanten herabsteigen. Wo sollen wir denn unsere Kanonenrohre anders bestellen als bei Krupp? Die Arbeiterverhältnisse bei Krupp hat der Vorredner nach meiner Ansicht falsch geschildert. Ich war bei Krupp und habe einen wesentlich anderen Eindruck gewonnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Potemkinsche Dörfer!) Und die Firma Schichau hat sich mit ihren Arbeitern gerirgt.

Abg. Albrecht (Soz.):

trägt Mißstände auf den Vorkleidungsämtern in Wilhelmshaven und Kiel vor. Die Arbeit wird immer mehr in die Heimarbeit gedrängt. Wir machen hier Gesetze gegen die Heimarbeit und die Marineverwaltung begünstigt sie. Es werden nur etwa 10 Prozent der Arbeit von männlichen Arbeitskräften hergestellt, 90 Prozent von Heimarbeiterinnen gemacht. So werden die Löhne gedrückt. 80 000 Luchhosen sind jetzt in der Heimarbeit hergestellt worden, eben weil die Marine sie dadurch um die Hälfte billiger bekommt. Das ist falsche Sparsamkeit. Denkt denn die Marineverwaltung gar nicht daran, daß mit dieser Heimarbeit das Familienleben untergraben wird? Die Anfertigung solcher Luchhosen ist Männerarbeit und gehört in das Vorkleidungsamt. In Wilhelmshaven werden sogar Heberzieher, richtige Männerarbeit, an Heimarbeiterinnen vergeben.

Der Urlaub müßte namentlich in den Vorkleidungsämtern ein größerer sein; es wird dort mit Stoffen gearbeitet, die mit Indigo gefärbt sind, und diese Arbeit ist sehr gesundheitsgefährdend. Da sollten die Arbeiter, die 9 Stunden im Vorkleidungsamt gearbeitet haben, nicht auch noch zu Hause arbeiten müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizeadmiral Capelle: Die Zahlen, die der Vorredner angeführt hat, sind richtig, aber die Verhältnisse hat er ganz unzu-

Kleines feuilleton.

Strindberg in Berlin. Es sind jetzt fast zwanzig Jahre verfloßen, seit August Strindberg sich in Berlin niederlassen hatte. Die junge Weltstadt übte damals auf die jungen Literaten des Nordens eine besondere Anziehungskraft aus, und in Friedrichshagen, in der unmittelbaren Nähe von Berlin, hatte sich eine ganze Kolonie von diesen Gästen aus Skandinavien angesiedelt, die dort den Gedankenaustrausch mit dem jüngsten literarischen Deutschland suchte, bei dem damals der Geist des Naturalismus sein Wesen trieb. Unter all den sonderbaren Heiligen, die in jenen Jahren Friedrichshagen besiedelten, war aber August Strindberg der seltsamste und kühnste. Im Herbst 1892 war er nach Berlin gekommen. Er wohnte zunächst in Friedrichshagen bei seinem Landsmann, dem Dichter Cla Hansson. In einem jener kleinen und schmucklosen Häuschen, wie sie in der märkischen Umgebung Berlins so häufig sind, hatte er sein Heim aufgeschlagen. Unten befand sich ein Bierhaus, in dem die Ausflügler im Sommer einzufahren pflegten. Damals, in einem ungewöhnlich strengen Winter, war aber da draußen alles still, und die Lindenbäume vor dem Hause wiegten sich unter der Last des Schnees. In dem Friedrichshagener Kreise, in dem Strindberg verkehrte, gehörte der vor etwa Jahresfrist verstorbene dänische Dichter Holger Drachmann, der Vater Evert Munk und von Deutschen unter anderen Wilhelm Bölsche und die Brüder Heinrich und Julius Harl. Geschrieben hat Strindberg damals wohl gerade nicht viel; aber er hat eifrig fotografiert und über die Probleme der Akademie nachgedacht. Später zog er nach Berlin, wo er erst in der Lindenstraße, später in der Potsdamer Straße gewohnt hat. Sein Stammlokal war die Weinstube zum „Schwarzen Ferkel“ unter den Linden. Hier war Strindberg der bewunderte Mittelpunkt einer kraft-geniellen Tafelrunde. Strindberg hat im ganzen ungefähr dreiviertel Jahre in Berlin gelebt; im Frühjahr 1893 verließ er Deutschland und ging nach England.

ihm eine Partie aus einem Beethoven'schen Werke vorspielte. Strindberg erhielt jeden Morgen Dutzende von Briefen, in denen alle möglichen Leute ihn um etwas angingen oder Fragen an ihn richteten. Der Dichter hat die Mühe nicht gescheut, jedes dieser Schreiben aufmerksam zu lesen und, wenn möglich, zu beantworten. Alle großen Bewegungen des politischen und literarischen Lebens hat er aufmerksam verfolgt; die Sache des sozialen Fortschritts lag ihm besonders am Herzen, und in den Wochen des Tages hielt er Umschau nach neuen Größen. Was Frauen geschrieben hatten, hat er freilich ignoriert, und auch an den Werken der männlichen Dichterschaft hat er nicht viel Freude gehabt. Einen guten Teil seiner Mußestunden nahmen gelehrte Beschäftigungen ein. Ein Besucher fand den Dichter gewöhnlich an seinem Schreibtisch, wie er dicke wissenschaftliche Bücher studierte. Bücher aus den Regalen, Bücher auf dem Fußboden, Bücher überall! Unter dem Dach, im sechsten Stock, hatte sich Strindberg eigens ein Atelier gemietet, das er als Bibliothek und Studierstube benutzte. Strindberg war bis in die Anfänge seiner Krankheit hinein unermüdet tätig. Von jeder Art genialer Unordnung war der Dichter weit entfernt. peinlich hielt er darauf, daß sich jedes Ding an seinem Blase befände und daß er keine Stunde am Tage verliere. Internistisch schrieb und las er und rauchte dazu eine Zigarette nach der anderen. Und wenn er sich von der anstrengenden Gedankenarbeit erholen wollte, so ging er in den Salon und bewunderte seine Blumen, seinen Stolz, da er sie alle selbst gezogen hatte.

Ein Erlaß gegen die Offiziersduelle von 1794. Die Debatten über die militärischen Duelle haben über die Geschichte dieser Institution (sie stammt nicht von den alten Germanen, sondern ist ziemlich spätere spanische Ursprungs) und ihrer Bekämpfung wenig oder nichts gebracht. Da ist es wohl von Interesse, der Vergessenheit einen Erlaß zu entreißen, mit dem seinerzeit der Herzog Ludwig Eugen von Württemberg dem Duellwesen in seine zu steuern suchte. Der Erlaß gibt in einem kategorischen Duellverbot und bedroht alle Teilnehmer an einen Zweikampfe, sowohl den Herausforderer wie auch den Herausgeforderten und sogar auch die Sekundanten mit sofortigem schlichten Abstieg. Das interessante Dokument, das vom 11. Februar 1794 datiert ist, wurde von dem Herzog an die General-Leutnants von Stain und von Phull gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Seine Herzogliche Durchlaucht sind von dem Gefühl der Pflichten, welche Religion, bürgerliche Ordnung und wahre Ehre vorzeichnen, zu sehr durchdrungen, als daß Sie nicht auf das dem Vernehmen nach noch immer im Schwang gehende Duellwesen der Offiziere höchst Dero Augenmerk richten und dem gesamten Militär-Corps Ihr gerechtes Mißfallen dagegen bezugen sollten. Höchst-dieses sind überzeugt, daß in keinem Staate wo die Geseze herrschen, der Fall einer Selbst-Rache jemals eintreten könne, daß es daher ebenso Vernunftwidrig als gegen die Höchste Obrigkeit verächtlich gehandelt sei, mit Uebergang derselben sich selbst für wahre oder vermeintliche Verleumdungen Genugthuung schaffen zu wollen. Daß zwar die wahre Ehre der Offiziere darinn besteht,

da wo Pflicht gegen den Regenten und das Vaterland es Gebietet, jeder Gefahr, auch des Lebens zu trotzen, es hingegen ganz Vernunftwidrig sei, aus Vorurtheilen und falscher Ehrbegierde sich selbst und andere dem größten Elend und Unglück auszuliefern. Se. Herzogliche Durchlaucht finden sich hierdurch bewogen, die gegen die Quelle längst bestehenden Geseze aufs ernstlichste zu erneuern, insbesondere aber zu erklären, wie Höchst Dieselbe gesonnen sein, so oft sich eine Ausforderung zum Duell oder auch nur ein bloßer Recontre ereignet, wenn auch ganz keine nachtheilige Folgen daraus erwachsen sein sollten, sowohl denjenigen Offizier, der herausfordert, als den, der die Herausforderung annimmt, ohne alles Ansehen der Person und was auch für Entschuldigungsgründe vorgebracht werden mögen, von ihren Stellungen zu cassieren, und die Sekundanten ihres Dienstes zu entlassen. Wo im übrigen, wenn Duelle von nachtheiligen Folgen begleitet sein sollten, die weitere Verstrafung nach den Kriegsgesezen und dem verschiednen Grad des Verbrechens vorbehalten bleibt.

Upton Sinclair über Preshorruption. Der „Daily Herald“ veröffentlichte kürzlich einen interessanten Artikel von Upton Sinclair, dem Verfasser des vor Jahren im „Vorwärts“ abgedruckten Romanes aus Chicago's Schlachthäusern: „Der Sumpf“. Genosse Sinclair schreibt: „Mit meinem Buche „Der Sumpf“ wollte ich auf das Herz des Publikums zielen und traf es zufällig in den Tagen. Vor vier Jahren kam der „New York Herald“ zu mir und forderte mich auf, eine neue Untersuchung der Verhältnisse in den Schlachthäusern zu veranstalten. Ich konnte die Aufgabe nicht selbst übernehmen; aber ich kannte jemand, der mit den Verhältnissen vertraut und bereit war, mit einem Reporter ans Werk zu gehen. Sie taten es denn auch und arbeiteten ein paar Monate in den Viehhöfen und schrieben eine eindrucksvolle Studie über den Gegenstand. Am Schlusse stellten sie fest, daß die Verhältnisse schlechter denn jemals wären. Der „New York Herald“ unterdrückte den Bericht, obwohl die gesamte Redaktion der Ansicht war, daß dies die größte Sache wäre, die das Volk während seiner ganzen Lebensdauer gehabt hätte. Mr. J. Gordon Bennett machte sie tot, und kein anderes Blatt in New York wollte auch nur eine Zeile darüber bringen. Da hielt ich einen Vortrag in New York vor 6000 Zuhörern. Meine Zeitung in New York berichtete darüber. Ich berief eine Versammlung nach der Schlachthausgegend ein und erzählte dort die Geschichte. Jede Zeitung in Chicago hatte ihre Berichterstatter geschickt; doch das einzige Blatt, das eine Zeile darüber brachte, war der „Chicago Socialist“. Eine führende konservative Zeitung in London ersuchte mich um einen Bericht über die Verhältnisse in den Viehhöfen. Auf ihre Kosten sollte ich ihr ein beliebig langes Kabeltelegramm schicken. Ich kasselte etwa 500 Worte. Niemand veröffentlichte sie auch nur eine Zeile. Dann schickte eine angesehenere liberale Zeitung einen Vertreter zu mir, der mich über die Schlachthausfrage interviewen sollte. Sie hat niemals eine Zeile gebracht. So habe ich gefunden, daß es keinen anderen Weg gibt, um solche Tatsachen bekanntzugeben, als ein Buch zu schreiben.“ Wahrhaftig, dieser Preshorruption ist ein würdiges Seitenstück zu dem „standalösen Schlachthausjumpf“.

treffend geschildert. Soweit wir Heimarbeit vergeben, ist das die größte Wohlfahrtsleistung. (Weiterkeit und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir werden geradezu überlaufen von Frauen, die Arbeit haben wollen. Es bekommen auch keineswegs nur die Frauen von Schneidern diese Arbeit, sondern auch andere Frauen. Wären die etwa 1500 Frauen, die Arbeit bekommen, sämtlich Frauen von Schneidern, so müßten diese in Vielweiberei leben. (Weiterkeit.) Nur 8 von den 1500 Frauen sind Schneiderfrauen. Uebrigens haben sie nicht die ganzen Stücke zu machen, sondern bekommen sie zugeschnitten und haben nur Teilarbeit zu leisten. Gesundheitschädigend ist die Arbeit nicht.

Abg. Albrecht (Soz.):

Es gibt ja Menschen, welche die Heimarbeit für eine Wohltat halten, nur nicht die Heimarbeiter selbst. Ich habe keineswegs nur von Frauen von Schneidern gesprochen, sondern auch Frauen von Handwerklern und Unteroffizieren erhalten Arbeit, und zwar geschieht dies aus Sparsamkeit; denn es handelt sich um Arbeit, die von gelehrten Schneidern herzustellen wäre. Daß sie nur einen Teil eines Stückes arbeiten — nun, wenn der Admiral von der Schneiderei etwas verstände, würde er wissen, daß das bei den Zivilschneidern auch so ist. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Strube (Sp.): Die Werft handelt recht daran, daß sie den Frauen und Witwen gut bezahlte Arbeit gibt.

Abg. Koske (Soz.):

Es heißt alle Begriffe von Sozialpolitik auf den Kopf stellen, wenn man das, was die Marineverwaltung tut, als sozialpolitische Tat preist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur in baulicher Beziehung ist das Werkstättenamt in Wilhelmshaven ein Musterinstitut. Damit hört die Sozialpolitik aber auch auf. Unter den 1500 Frauen, die beschäftigt werden, sind doch nur eine kleine Anzahl Witwen, die anderen sind Ehefrauen von Männern im Dienste der Reichsverwaltung. Wir müssen fordern, daß diese Männer so bezahlt werden, daß sie ihre Familien ernähren können, ohne daß ihre Frauen von früh bis spät arbeiten müssen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizeadmiral Capelle: Unter den 1500 Frauen sind 200 bis 300 Witwen, im übrigen arbeiten die Frauen nicht die ganze Woche hindurch von früh bis spät, sondern nur einige Stunden.

Abg. Albrecht (Soz.):

Gegen die Beschäftigung von Witwen haben wir nichts; aber die von Schneidern zu machende Arbeit darf nicht den Frauen mitgegeben werden. Was nützt der Neunsünderentag auf dem Werkstättenamt, wenn der Arbeiter zu Hause noch stundenlang arbeiten muß, nur damit seine Frau mit der Arbeit fertig wird.

Vizeadmiral Capelle: Jede einzelne Frau bekommt nur so viel Arbeit mit, daß sie täglich etwa 1 1/2 Stunden zu tun hat.

Abg. Brandes (Soz.):

Auf den Werften lassen die Arbeitsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig. Die Löhne sind außerordentlich niedrig. Der neue Lohnarif bringt für die Hilfsarbeiter, die doch am ungünstigsten gestellt sind, überhaupt keine Verbesserung, und für einzelne Gruppen von Arbeitern bringt der neue Tarif Verschlechterungen statt Verbesserungen. Die Entlohnung der einzelnen Gruppen ist außerordentlich ungleich. Die Akkordpreise sind nicht in die Höhe gegangen. Die Arbeitszeit ist eine ungeheuer lange, auf der elektrischen Zentrale beispielsweise ist die jährliche Arbeitszeit 4200 Stunden (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), während der neunstündigen Arbeitszeit bei 300 Arbeitstagen nur 2700 Stunden entsprechen würden. Aber zur Einführung des Dreischichtsystems kam sich die Werkverwaltung nicht entschließen. Zu klagen ist auch über das rückwärtslose Strafsystem. Bei der Unterlassung der Stempelung oder falscher Stempelung, die im schlimmsten Falle auf einer entsetzlichen Nachlässigkeit beruhen, an der die Arbeiter oft ganz schuldlos sind, die oft auf Versehen von Beamten beruhen, wird in rückwärtsloser Weise auf hohe Strafen erkannt. Eine Beschwerde des Arbeiterausschusses hatte nur den Erfolg, daß die Bestrafungen noch schlimmer wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — In bezug auf schlechte Gesundheitsverhältnisse liegt ein reiches Material vor, ich will nur die Materie in Wilhelmshaven anführen, die mit schädlichen Stoffen, deren Verwendung in Hamburg und Kiel verboten ist, stundenlang arbeiten müssen. Beim Einstellen von Leuten holt sich die Verwaltung Auskunft bei der Polizei. Der häßlichsten Demütigung wird dadurch Tür und Tor geöffnet. Wir brauchen hier die Beschwerden nicht immer wieder vorbringen.

Humor und Satire.

Zum Schießen.

Was das nicht zum Schießen wieder, dies Beweisen mühevoll, daß man seinen Nächsten niederschließen . . . zwar nicht muß, doch soll?

Daß es so — und doch nicht wäre? Daß der deutsche Offizier hätte eine Extrachre, ob sie gleich nicht existiert?

. . . Wenn sich einst das Volk erdrehte — ach, du gute alte Zeit! gegen edle Lanzenknechte, war die Antwort schnell bereit.

1, 2, 3, man zog vom Leder, 1, 2, 3 — und hat ihm schon: so begegnete man jeder frechen Interpellation.

Seit muß man die Hitze dämpfen, der rote Rede steht, mit Vernunft und Logik kämpfen und geschickt den Dreck umgeben.

Ah, da wird zum Eierkötzer mancher alte Militär, grad' als hätt' im Zirkus Renz er einst gedient, und nicht im Heer.

Und der Dichter im Genieken solchen Anblicks hält den Bauch: Ja, es war zum Kugel, Schießen . . . Und bei diesem bleibt es auch.

Frang.

Notizen.

— Gegen die „Herstellungskostenverleiger“, die manchem armen Teufel für eine in Aussicht gestellte Unsterblichkeit seinen letzten Groschen abnehmen, hat der Deutsche Verlegerverein in einer Hauptversammlung vorgezogen beschlossen.

— Sie schämt sich nicht, die russische Regierung, gegen Maxim Gorki, den tapferen revolutionären Kämpfer, aufs neue einen Steckbrief zu erlassen. Die Behörden sind angewiesen, ihn ausfindig zu machen und zu verhaften. Die Infamie wird dem von dem Proletariat der ganzen Welt verehrten Dichter glücklicherweise nichts anhaben können.

— Neue Funde in Pompeji. Bei der Fortsetzung der Ausgrabungen in Pompeji entdeckte man ein vollständig erhaltenes Fresko von außergewöhnlicher Bedeutung und wunderbarer Schönheit. Es schmückt die Fassade eines an einem öffentlichen Wege liegenden Hauses und stellt die Venus von Pompeji mit dem Diadem dar, die unter geflügelten Amoretten auf einem von vier herrlichen indischen Elefanten gezogenen Wagen dasitzt. Die Farben sind sehr harmonisch und frisch.

wenn die Arbeiterausschüsse von der Marineverwaltung so behandelt würden, wie von einer Reihe vernünftiger Arbeitgeber. Das geschieht aber keineswegs. Der Redner schildert einige Fälle, in denen Mitglieder der Arbeiterausschüsse, die eine Differenz wegen ihrer Tätigkeit als Ausschussmitglied mit der Verwaltung hatten, einfach entlassen wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So also wird die wichtige Institution der Arbeiterausschüsse behandelt. Es ist kein Wunder, daß sich unter diesen Umständen der Arbeiterkampf eine Empörung bemächtigt. Die Staatsbetriebe sollen doch Musterbetriebe sein und in Musterbetrieben darf die Arbeiterkraft als ein gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben nicht in dieser Weise behandelt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Seh. Admiralitätsrat Harms antwortet auf die vorgetragenen Beschwerden und behauptet, die Marineverwaltung lege darauf, daß die von ihr gezahlten Löhne mindestens den in Privatbetrieben gezahlten gleich seien, und daß zu diesem Zweck erst neuerdings Lohnaufhebungen vorgenommen seien.

Abg. Weinhausen (Sp.) bringt einige Klagen von Werftarbeitern aus Danzig vor.

Die Resolution der Kommission, welche die Verhältnismäßigkeit für die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen und der Betriebskrankenkassen verlangt, wird angenommen. Der Rest des Marineetat wird debattellos bewilligt.

Es folgt der

Etat für Kiautschou.

Abg. Herzfeld (Soz.)

Spricht gegen die Forderung von 675 000 M. für Armierungsausgaben, wovon der größte Teil für Truppen zum Schutz des Lebens und Eigentums der Deutschen in China bei der Revolution verwendet werden soll. Die Revolution hat ihr Ziel erreicht, und zwar ohne daß Deutsche gefährdet wurden, und Ruhe und Sicherheit ist in der Republik China jetzt eingeleitet. Trotzdem mutet man jetzt dem Reichstage diese Ausgabe zur Verwendung von Truppen in China zu. Die Deutschen in China selbst verlangen diesen Schutz gar nicht, die Chinesen selbst kommen nach Tsingtau, weil dort alles ruhig und sicher ist. Jetzt bereits haben wir 2400 Mann in Kiautschou, 600 Mann in Peking, wo zwei deutsche Firmen sich befinden, denen während der ganzen Revolution nichts geschehen ist. Bei der Revolution in Rußland wurden Deutsche getötet, beim Burenkrieg ist deutsches Eigentum vernichtet worden. Damals hat man den diplomatischen Weg zum Ersatz des Schadens eingeschlagen. Dasselbe muß auch in China geschehen, wenn dort deutsches Eigentum vernichtet würde, was bisher gar nicht geschehen ist. China ist doch kein wildes Land, es wäre geradezu völlerrechtswidrig, wenn wir Truppen zum Schutz der Deutschen dorthin schicken würden. Ernsthaft kann es sich bei diesen geforderten 500 Mann nicht um den Schutz der Deutschen in China handeln, sondern sie sollen

unsere imperialistische Politik fördern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) England, Frankreich und wohl auch die Vereinigten Staaten wollen China unversehrt erhalten; aber in Japan und Rußland existieren Strömungen, welche chinesische Gebietsstücke besetzen wollen. Diesen Bestrebungen wird am besten begegnet, wenn die chinesische Regierung die chinesische Republik aufrechterhalten wird. Dazu braucht China Geld, Geld und wieder Geld. Das sollen die großen Banken geben, und zum Schutz dieser großen Banken sollen diese neu geforderten 600 Mann dienen. Mit den Truppen, die wir dort bereits haben, wird dann eine Situation geschaffen, die uns noch recht teuer wird. Die Hochfinanz will sich dort eine Finanzkontrolle sichern. Das kann sich China nur gefallen lassen, so lange es ohnmächtig ist. Aber China ist erwacht und wird sich dann von solcher Kontrolle unabhängig machen, und dann haben wir den Kladderadatsch als Folge der imperialistischen Politik. Das machen wir nicht mit, deshalb lehnen wir diese Forderung ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: In der Kommission haben die Freunde des Vorredners einen anderen Standpunkt eingenommen. (Hört! hört! rechts.) In der Kommission teilte auch der Vertreter des Auswärtigen Amtes mit, daß von den Deutschen in China, aber auch von den chinesischen Behörden von uns Truppen zum Schutz verlangt wurden. Es haben auch Deutsche während der Unruhen stehen müssen, ein Deutscher ist auch ermordet worden. Ueber das Hinausschicken der Truppen entscheidet das Auswärtige Amt. Sicherlich werden diese Truppen im Interesse des Deutschlands verwendet.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.):

Daß einige Deutsche während der Unruhen geflohen sind, glaube ich; Hosenfäße gibt es überall. Daß die chinesischen Behörden um die Entsendung von Truppen gebeten haben, ist verständlich. Sie wünschen nämlich, daß sich die deutschen, französischen, englischen Truppen gegenseitig im Schach halten. Für uns kann das kein Grund sein, Truppen hinausszuschicken. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Abstimmung über diesen Titel wird ausgesetzt bis zum nächsten Dienstag; im übrigen wird der Etat debattellos angenommen, ebenso der Etat der Schutzgebietschuld. Hierzu wird auch eine Resolution angenommen, welche die Einrichtung eines Schutzgebietsanleihebuchs wünscht, und eine weitere, die verlangt, bei Begebung von Schutzgebietsanleihen den Schutzgebieten seitens des Reiches Vorschüsse zu gewähren, wenn für Schutzgebietschuldverreibungen wesentlich ungünstigere Bedingungen zu erreichen sind als für direkte Reichsanleiheiten. Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.

(Etat des Reichsanleiher und des Auswärtigen Amtes). Schluß 8 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung. Mittwoch, den 15. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Die Vorlage über die landwirtschaftliche Unfallversicherung wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Wahl des Abg. Wohlfahrt (natl.) wird gemäß dem Kommissionsantrag für gültig erklärt.

Abg. Sielermann (l.) beantragt namens der Geschäftsordnungs-Kommission, über das Schreiben des Amtsgerichts Halberstadt wegen einer Verleumdungsklage gegen den Abg. Wolsky (natl.) einen Beschluß nicht zu fassen, da kein Antrag von zuständiger Seite vorliegt. Das Haus beschließt so, dann verweist es den Antrag eines Berliner Rechtsanwalts, die Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Mahardt (l.) wegen Verleumdung zu erteilen, an die Geschäftsordnungs-Kommission zurück.

Die Wingerot an der Rahe.

Abg. Engelmann (natl.) schildert den gewaltigen Schaden, der durch Hagelwetter im Weinbaugebiet der Rahe angerichtet wurde und bittet um Unterstellungen in Höhe von 500 000 M.

Ein Regierungskommissar berichtet über die von der Regierung unternommene Sikkaktion, die von einer eigenen Kommission geleitet wurde. Von neuen Erhebungen, wie sie der Kommissionsantrag verlangte, können wir uns kein neues Resultat versprechen.

Abg. Dr. Schupp (Sp.): Die Schäden werden kaum früher als in 12 Jahren gut gemacht werden. Nicht langsam und gründlich, sondern gründlich und schnell sollen die neuen Erhebungen erfolgen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

In den Erklärungen des Regierungsvertreters liegt ein nicht zu lösender Widerspruch. Wir wünschen natürlich auch nicht, daß zahlungsfähigen Reuten als Staatsmitteln Gehelke gemacht werden. Aber gerade darum liegt doch um so mehr Anlaß für neue Er-

hebungen vor. Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß bei solchen Katastrophen die Deffektivität immer einzutreten hat, um die Vernichtung von Erträgen zu vermeiden. Alle tut not, warum soll der Provinziallandtag und der Kreistag nicht auch schon übermorgen zusammentreten können? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Während der Rede des Abg. Dr. Liebnecht wird dem sozialdemokratischen Abgeordneten ein umfangreiches Paket überreicht, das die Post aus Thüringen gebracht hat. Beim Öffnen sieht man, daß es sechs derbe Haiselnussstücke enthält, von denen jeder durch Namensaufschrift einem der sozialdemokratischen Abgeordneten zugeeignet wird. Das ganze Haus blüht mit Aufmerksamkeit auf diese sinnige Spende, die von den Empfängern mit Verfreubung zur Kenntnis genommen wird.

Hierauf wird der Kommissionsantrag über die Wingerot angenommen.

Änderung der Kreisordnungen.

Ein vom Abg. Frhrn. v. Jeditz (l.) begründeter Antrag will dem Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer künftig auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung eingliedern.

Abg. Weisermel (l.) beantragt, angesichts der Wichtigkeit des Antrages, Ueberweisung an die Gemeindefunktion.

Abg. Gylling (Sp.): Der Antrag erfüllt erst einen kleinen Teil der Forderungen der Gerechtigkeit, er gibt den Städten ein etwas größeres Wahlrecht zu den Kreistagen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Die Kreisordnungen und vor allem das Wahlrecht zu den Kreistagen sind demnach rückständig, daß eine Reform allergrößtenteils Art dringend notwendig wäre. Wir haben unsere Wünsche in dieser Beziehung schon öfter zum Ausdruck gebracht. Eine sonderbare Enttäuschung haben wir erlebt: Als bei der ersten Staatsberatung die Konservativen und Freikonservativen ihrer Gut über den Ausfall der Reichstagswahlen Ausdruck gaben, sagten die Konservativen, daß sie nichts lernen und nichts vergessen wollten, sondern nur gerade an ihrem rückständigen Standpunkt festhalten. Demgegenüber traten v. Jeditz und v. Karborff auf und erklärten: Nein, wir sind nicht so rückständig, wir lernen aus den Wahlen und wir werden gewisse unserer Reformwünsche geben. Wir haben damals das Schauspiel erlebt, daß die Herren von der äußersten Rechten von dieser Erklärung sehr empört waren, und daß sich ein Kampf entspann zwischen den unbeherrschbaren Konservativen und den reformjüdischen Freikonservativen. (Weiterkeit.) Inzwischen haben die Herren von der konservativen Partei gesehen, was es mit dem Reformwunsche der Freikonservativen auf sich hat. Die ganze große Reform besteht darin, daß man den Gesellschaften mit beschränkter Haftung auch das Wahlrecht zu den Kreistagen einräumt. Wahrhaftig: Eine ungeheure, gewaltige Reform, die beweist, daß die Herren Freikonservativen aus den Wahlen gelernt haben und daß sie dem modernen Geiste nicht unzugänglich sind. (Weiterkeit links.) Ich habe kaum meinen Ohren getraut, als ich hörte, wie der Frhr. v. Jeditz diese lächerliche Kleinigkeit bezeichnet hat als ein Mittel, um die Kreisordnung auf die Höhe der jetzigen Entwicklung zu bringen. Aber die Konservativen stellen trotzdem noch den Antrag auf Kommissionsberatung! Herr v. Jeditz kennt ja seine Wappenstein auf der Rechten und hat vorausgesehen, daß sie sogar diese lächerliche Bagatelle als eine schwere Gefahr für ihre Alleinherrschaft in den Kreistagen auffassen werden. Die ganze Geschichte symbolisiert das Niveau des Reformverständnisses bei den Freikonservativen und den Ernst des Kampfes, den sie auf diesem Gebiet führen wollten. (Lachen rechts.) Ich bin aber überzeugt, daß diese gewaltige Reform dem preussischen Abgeordnetenhause gelingen wird und daß in Zukunft niemand wird sagen können, daß preussische Abgeordnetenhäuser zeitgemäßen Reformen nicht zugänglich! (Weiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wittschalk (natl.) erklärt die Kommissionsberatung für überflüssig.

Der Antrag geht an die Gemeindefunktion.

Die Schullasten in Posen.

Abg. Bierck (frl.) begründet einen freikonservativen Antrag, die Beamten, Geistlichen, Lehrer, niederen Kirchendiener, Militärpersonen und Gendarmen auch in der Provinz Posen von Schulunterhaltungsbeiträgen zu befreien und zur Deckung des Ausfallses 300 000 M. jährlich zu widmen.

Die Redner der Rationalliberalen, Fortschrittler und Konservativen erklären sich für den Antrag.

Abg. v. Trampehnast (Vole) schildert das Schulleid in Posen. Die Gendarmen müssen an eigenen Leiden leiden, wie ungerecht man gegen uns vorgeht. Der Antrag will nur die Polen mit Schullasten bis aufs Blut schröpfen.

Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Die überfüllten Volksschulklassen.

Ein Antrag Dr. v. Campe (natl.) betrifft die Beseitigung der überfüllten Volksschulklassen; der Antragsteller fährt zur Begründung aus, daß 121 000 Kinder in Preußen in überfüllten Klassen unterrichtet werden, also ein Fünftel sämtlicher Schüler.

Abg. Dr. Pestenroth (l.): Gewiß muß in dieser Sache noch mehr geschehen. Aber die überfüllten Schulen sind gerade in den armen Gemeinden, die nicht weiter belastet werden dürfen. Da dieses Bedenken noch nicht genügend geklärt ist, beantragen wir Vertagung des Antrags an die Budgetkommission.

Abg. Frhr. v. Jeditz (frl.): Das ist nicht nötig, denn die Budgetkommission ist der Meinung, daß nicht die Gemeinden die Mehrkosten tragen sollen, sondern der Staat. Die Frage der Entlastung der Gemeinden werden wir im Herbst ganz gründlich in Angriff nehmen.

Ein Regierungskommissar wendet sich gegen den Antrag. Die Zahl der überfüllten Schulklassen ist in den letzten 10 Jahren um 40 Proz. gestiegen, die Zahl der Lehrer um 24 Proz. gestiegen. Nach der Verfassung sind die Kommunen die Träger der Schullasten, der Staat kann ihnen nur Zuschüsse geben.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Zu einer Rückverweisung liegt kein Grund vor. Gegenüber dem Regierungsvertreter muß ich bemerken, daß der Antrag doch gar keine Milderung der Schulunterhaltungsbeiträge ist, sondern nur die Weisheit für leistungsschwache Gemeinden erhöhen und die Mittel zur Beseitigung der Schulklassenüberfüllung vergrößern will. Wenn hierfür in den letzten Jahren auch manches geschehen ist, so doch lange nicht genug, um das Volksschulleid zu mildern. Bei Verwirklichung unseres Schulideals würden die überfüllten Schulklassen sicherlich verschwinden. Eine Zurückverweisung des Antrages an die Budgetkommission würde nur bedeuten, daß er viel später zu Weisheiten wieder in Plenum käme und die Regierung dann sagen könnte, es sei ihr nicht möglich gewesen, in den Etat für 1912 erhöhte Mittel einzustellen. (Sehr wahr! links.) Die Rückverweisung wäre nur eine Verschleppungspolitik. Wenn Sie das Schulleid einschränken wollen, stimmen Sie dem Spruchreife Anträge zu! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. Dr. Dittrich (l.) und Ernst (Sp.) erklären sich mit dem Antrag einverstanden, der schließlich unter Ablehnung des Rückverweisungsantrages angenommen wird.

Das Verbindungsweien.

Der Antrag Dr. Schröder (natl.) auf reichsgesetzliche Regelung des Submissionsweiens wurde von der Kommission durch die Erklärung erledigt, daß die Landesgesetzgebung zuständig sei. Der Antrag Hammer (l.) wünscht in der Kommissionsfassung Zuschlag zu einem „angemessenen Preise“ und Zuziehung von Sachverständigen. Eine Resolution fordert Durchsetzung der neuen Vorschriften auch bei den Selbstverwaltungskörpern und Mitteilung aller Ausschreibungsbedingungen an die zuständige Handels- und Handelskammer.

Ein sozialdemokratischer Antrag will bei dem Zuschlag der Lieferungen einschlagen:

Siebel ist derjenige in erster Linie zu berücksichtigen, der die tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllt und für die angebotenen Arbeiten zu erfüllen sich verpflichtet.

Abg. Hammer (L.) preist den Kommissionsantrag als Werk aller bürgerlichen Parteien, mit dem sich nur der Hansabund nicht befreunden wolle.

Abg. Rahardt (R.): Bei den Submissionen läßt die Regierung die Biigel vollkommen an der Erde schleifen, die unteren Behörden machen, was sie wollen, trotz einem Ministerialerlaß.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.) lobt ebenfalls die Arbeit der Kommissionen; die Abgg. Siemsa (Z.) und Wenke (Op.) schließen sich an.

Abg. Reinert (Soz.):

Die vorliegenden Anträge können den angestrebtsten Zweck nicht erreichen, im Zeichen des „angemessenen Preises“ ist keine Lösung der Submissionsfrage möglich. So lange das Akkordsystem herrscht, bleibt die Unterbietung ihre Begleiterscheinung. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Voraussetzung guter Arbeit ist gute Entlohnung und keine Akkordarbeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die unter Mitwirkung der Handwerkskammern herzustellenden Tarife können bei dem täglichen Fortschreiten der Technik nicht von Dauer sein. Ich glaube, wenn Sie Erfolge erzielen wollen, dürfen Sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Abg. Siemsa hat die Unterbietungen bei Submissionen auf die Vorenthaltung des gerechten Lohnes zurückgeführt, ein Vorgehen, das schon die Bibel das eines Bluthundes nennt. Nehmen Sie also unseren Antrag an, der durch die Anordnungen des Ministers noch lange nicht überflüssig geworden ist. Es ist die Einhaltung der tariflichen Arbeitsbedingungen nötig, wenn Gerechtigkeit herrschen und gute Arbeit geleistet werden soll. Herr Rahardt als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie muß genau wissen, wie nötig ein Tarifvertrag als Grundlage einer Submission ist. Hier in Berlin besteht eine Abmachung, die alle submitierenden Arbeitgeber zwingen will, sich der Arbeitgeberorganisation anzuschließen. Wegen einer Ausdehnung dieses Vorgehens auf die öffentlichen behördlichen Submissionen, wie es im Herbst von einer Arbeitgeberkonferenz gefordert wurde, kann man nur dann nichts haben, wenn die Behörden die Unternehmer auch zur Einhaltung der Tarife zwingen und verpflichten. Nehmen Sie unseren Antrag etwa ab, so können wir auch nicht für den Antrag Hammer stimmen. Im Interesse der Arbeiter, wie in dem der Ausbreitung des tariflichen Gedankens fordere ich Sie auf, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lineweg (L.): Das Handwerk leidet sehr unter den Auswüchsen des Submissionswesens, der einzelne Gehilfe kann gar nicht mehr daran denken, selbständig zu werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Der sozialdemokratische Antrag geht viel zu weit. In manchen Gewerben gibt es ja noch gar keine Tarifverträge. Wir lehnen jeden Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen ab, wie ihn der sozialdemokratische Antrag bedeutet.

Abg. Hammer (L.) erklärt den Antrag Reinert für überflüssig, weil in den allgemeinen Bestimmungen vom Arbeitgeber die Sicherheit für die Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber dem Arbeiter gefordert wird. Wir haben die Streiklausel nicht angenommen, da können wir auch den Antrag nicht annehmen.

Abg. Reinert (Soz.):

Um Herrn Schröder-Kassel entgegenzukommen, der ja ein Freund der Tarifverträge zu sein scheint, und der von jenen Gewerben sprach, in denen noch keine Tarifverträge bestehen, modifiziere ich meinen Antrag dahin, daß er statt „die tariflich vereinbarten“, bestehende tariflich vereinbarte“ sagt. Da müssen Sie dafür stimmen. (Abg. Schröder-Kassel: Nein!) Damit beweisen Sie, daß es Ihnen nur um Worte zu tun war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hammer erwidert ich, daß ja beim Bestehen von Tarifverträgen Streiks ausgeschlossen sind. Die Weglassung der Streiklausel bedeutet also für diese Frage gar nichts. Das höchste Lob spenden gerade die christlichen Gewerkschaftsführer den Tarifverträgen als Friedensinstrument, wenn also das Zentrum gegen unseren Antrag stimmt, so beweist es, daß ihm die christlichen Gewerkschaften nur zu politischen Zwecken von Wert sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rahardt (R.) spricht nochmals gegen den Antrag. Abgeordneter Siemsa (Z.) kennzeichnet nochmals seinen Standpunkt.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.) bleibt dabei, ein Freund der Tarifverträge, aber ein Gegner des Zwangs zu ihnen zu sein. Gerade dort, wo Tarifverträge bestehen, gibt es Streiks (Kurse der Nationalliberalen: Berliner Buchdrucker), weil man immer bessere Verträge durchsetzen will.

Abg. Hammer (L.): Für den abgeänderten Antrag Reinert stimmen wir, weil er eingeschränkt ist.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir auch. (Heiterkeit.)

Abg. Reinert (Soz.):

Das ist ein erfreulicher Rückzug, denn sachlich habe ich ja den Antrag gar nicht abgeändert; wir freuen uns, daß wir Sie vom Besseren überzeugt haben.

Abg. v. Pappenheim (L.): Nach dieser Erklärung stimmen wir nicht mehr für den Antrag. (Abg. bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir freuen uns, daß sich Herr Reinert im Laufe der Sitzung zu größerer Klarheit durchgerungen hat. (Heiterkeit.)

Der sozialdemokratische Antrag wird von den Sozialdemokraten, Fortschrittlichen und einigen Nationalliberalen unterstützt. Abg. Hammer (L.) bleibt sitzen, worauf ihn Abg. Ströbel (Soz.) zu ruft: Herr Hammer auf, Sie haben doch erklärt, dafür zu stimmen. — Abg. Hammer: Nach Ihrer Erklärung nicht mehr. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Konservativen und einen Teil der Nationalliberalen angenommen.

Abg. Ströbel ruft: Hammer darf nicht! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Ein Kommandoruf rechts: Ruhig!)

Darauf wird der Antrag Hammer mit der beschlossenen Aenderung einstimmig angenommen. Als sich dafür auch die Konservativen erheben, entfällt bei den Sozialdemokraten Heiterkeit.

Die Vorlage der Binnenschiffer

ist der nächste Verhandlungsgegenstand.

Abg. Prinz zu Löwenstein (L.) fordert in längerer Rede Tarifumgestaltungen für die Binnenschiffahrt. Von Steuerungs- ausnahmetarifen haben die Eisenbahnen gewiß keinen Nutzen, aber die Schiffer großen Schaden und nur die Händler Nutzen.

Freitag 12 Uhr: Landwirtschaftliche Unfallversicherung. Besprechung, Rest von heute.

Schluß 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Etat des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission des Reichstags.

Zur Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke im Auslande werden 1 Million Mark gefordert; 100.000 Mk. mehr als im Vorjahre. Auf eine Anfrage, welche Summen andere Staaten für den gleichen Zweck ausgeben, wurde geantwortet, daß Italien 2,3 Millionen, Frankreich 1 Million Mark aufwende. Aus den übrigen großen Staaten liegen genaue Angaben nicht vor. Genosse Le Debour trat namens der Sozialdemokraten für den Ausbau des deutschen Schulwesens im Auslande ein, besonders auch dort, wo eine große Zahl deutscher Kolonisten sich angesiedelt haben, wie im Süden Brasiliens, Venezuelas und anderen Ländern. Wenn aber die Regierung hier in Deutschland eine Brutalisierungspolitik gegen Polen und Dänen betreibt, so begibt sie sich zum guten Teil

des Rechts, im Auslande die Erhaltung des Deutschtums zu betreiben. — Für die kaufmännische Ausbildung der Konsulatsbeamten trat Genosse David ein. Es sei darauf zu achten, daß geeignete Leute aus dem Kaufmannstande zum Konsulatsdienst, wie auch zum diplomatischen Dienst zugelassen werden. Stenographische und Wirtschaftspolitiker für solche Beamte ein Haupterfordernis. Die zünftigen Diplomaten zeichnen sich durch hervorragenden Mangel an wirtschaftlichen Kenntnissen aus. Ihre kastenmäßige Abschließung gegen Kreise mit wirtschaftlichen Kenntnissen entspringe der Ueberzeugung von der eigenen Schwäche. — Sowohl national-liberale wie konservative Redner stimmten diesen Ausführungen zu. Abg. Erzberger glaubt, daß eine Ueberschätzung der Schulwissenschaft bei den Wünschen seiner Vorredner vorberührt. Für die Attache sei eben auch ein hoher Zuschuß von ihren Familien notwendig. Bei unbemittelten Auswärtigen mühte doch das Reich diesen Zuschuß leisten, und das würde den Etat enorm belasten. Für den Eintritt in den diplomatischen Dienst sei ein Zuschuß von jährlich 15.000 Mk. erforderlich, den die Familie des Anwärters müsse leisten können. — Abg. v. Richthofen glaubt, mit der Mehraufwendung von 3—400.000 Mk. jährlich lasse es sich ermöglichen, daß befähigte aber unbemittelte Anwärter die diplomatische Karriere einschlagen können, die heute eben nur den Söhnen sehr reicher Eltern vorbehalten ist. — Genosse David betonte, daß das Reich eine solche Mehrausgabe nicht scheuen sollte, um die Qualität der Diplomatie zu heben. Ein einziges Kriegsschiff weniger bewilligt, und für eine lange Zeit sind die entstehenden Mehrausgaben gedeckt. — Abg. Gedtscher wünschte, die Diplomatie müsse ihres zünftigen Charakters entkleidet werden. Jedem Stand und Beruf müsse die diplomatische Karriere offen sein. Von einer sachkundigen und tüchtigen Vertretung im Auslande hänge für das Reich außerordentlich viel ab. Ein unerfreuliches Kapitel seien auch die schlechten Beziehungen, die deutsche Diplomaten im Auslande zur Presse unterhalten. — Im Gegensatz zu seinen früheren Ausführungen trat dann Abg. Erzberger plötzlich ebenfalls dafür ein, daß höhere Mittel in den Etat eingesetzt werden, um unbemittelten, aber fähigen Leuten die Möglichkeit zu geben, in den diplomatischen Dienst einzutreten. — Genosse David wünschte Auskunft über die Gründe des Vorkaufstauschels in Konstantinopel. Es gewinne den Anschein, als ob die deutsche Diplomatie in Stambul aus dem Sattel gehoben worden sei. Weiter wünschte Genosse David vom Staatssekretär eine Darlegung der zwischen England und Deutschland stehenden Verhandlungen. — Abg. Gedtscher forderte Aufklärung über die Situation in Abyssinien, und warum für den dortigen Gebirgen, der seit Jahr und Tag sich nicht mehr auf seinem Posten befindet, immer Gehalt angefordert wird. — Die letztere Frage beantwortete Unterstaatssekretär Zimmermann dahin, daß sich der Gesandte zurzeit auf Urlaub befindet. — Genosse David kritisiert es, daß der Staatssekretär keine Antwort gibt; auch nicht über das Abkommen, das zwischen England und Italien wegen einiger Inseln im Ägäischen Meer getroffen worden sei. Das Stillstehen der Regierung würde beweisen, daß der Dreimonatsvertrag ein Ende erreicht hat. — Staatssekretär v. Kiderlen lehnte es ab, mitzuteilen, was er über die Beziehungen dritter Staaten untereinander wisse. Er erlaube nur, sehr vorsichtig mit Schlussfolgerungen zu sein. — Abg. v. Richthofen besprach die Verhältnisse in Marokko, wo dem Sultan von den Franzosen so ziemlich alle Rechte genommen worden seien, so daß von der Souveränität des Sultans nicht mehr die Rede sei. Wie soll fortan die diplomatische Vertretung Deutschlands in Marokko sein? — Staatssekretär v. Kiderlen erklärte, das werde sich erst regeln lassen, wenn das französische Protektorat über Marokko den Mächten unterbreitet worden ist. Bis jetzt sei das Protektorat noch von keiner Macht anerkannt worden, doch werden Frankreich seine Schwächen offen gemacht werden. — Damit war die Beratung des Auswärtigen Amtes erledigt.

Das Zentrum hat in der Budgetkommission zum Zwecke der Deckung der Wehrvorlagen hgv. behufs Schaffung eines teilweisen Erlasses für das durch die Beschlüsse der Brannwein-Kommission geschaffene Defizit folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

„Der Zeitpunkt für die Herabsetzung der Zuckersteuer (Art. 1 des Gesetzes, betreffend die Aenderung des Zuckersteuergesetzes vom 19. Februar 1908) wird unter Aushebung des Artikels V des Gesetzes betreffend Aenderungen im Finanzwesen vom 15. Juli 1900 auf den 1. Oktober 1916 festgesetzt.“

Die Annahme dieses Gesetzentwurfes würde eine Hinausschiebung der Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 P. pro Doppelzentner um 2 1/2 Jahre bedeuten. Der hierdurch für die Reichskasse zu erzielende Betrag wird auf rund 100 Millionen Mark geschätzt. — Der Antrag kam am Mittwoch in den Budgetkommission noch nicht zur Verhandlung.

Die Brannweinsteuerkommission des Reichstags

fährte am Mittwoch die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zu Ende. Als Einleitung der Sitzung gab es noch einen kleinen Nachtrag zu den Debatten vom vorhergehenden Tage über die auffallende Datumsänderung im § 9. Der Abg. Dietrich von den Konservativen brachte die Aenderung mit einem Wunsch der Brennerer Wandschied, hinter welchem Namen sich der spekulative national-liberale Abg. Dr. Semler verbirgt, in Verbindung.

Bei den §§ 55 und 56 des geltenden Gesetzes kam es zu einer längeren Erörterung über die vorgesehene Begünstigung von Kleinweizen, gegen die sich die Genossen Wurm und Davidsohn ausgesprochen. Die Einziehung anderer Industriezweige in die Schutzbestimmung erfolgte durch Annahme eines Antrages Köllich (natl.), für dessen größten Teil auch die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder stimmten. In Riffer 2 des § 56 wurde eine vom Genossen Dr. Beill beantragte Erweiterung aufgenommen.

Die Anträge Dietrich (L.) zu den §§ 57, 58, 60, 72 und 107 wurden mit der allen Mehrheit angenommen, während unsere von den Genossen Wurm und Dr. Südekum gestellten Gegenanträge, ebenso wie unsere Anträge zu den §§ 61, 106, 109 und 110 fielen. Eine längere Debatte gab es namentlich zu dem § 72 (Vergällungszwang).

Der § 126 der Vorlage (erste Lesung) wurde angenommen, nachdem ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung der Ueberwachungsgebühr abgelehnt war. Ebenso die folgenden Paragraphen der Vorlage.

§ 18 (Marzenschuh), der schon in erster Lesung abgelehnt war, wurde nicht wieder aufgenommen.

Der Bericht der Kommission soll am Freitag fertiggestellt werden; die zweite Beratung im Plenum soll am Dienstag beginnen.

Reichswohnungskommission.

In der Mittwochssitzung beschäftigte sich die Kommission mit einer Resolution Schädlers und Genossen, welche die Pinaufhebung des Zinsfußes durch die Landesversicherungsanstalten für Darlehen zum Kleinwohnungsbaue bezweckt. Der Regierungsvertreter gab Erklärungen über die Stellung der Regierung ab. Diese Antwort genügt aber der Kommission nicht und sie ersuchte den Staatssekretär Delbrück um nähere Darlegungen in der nächsten Kommissionsitzung. — Dann wurde beschlossen, die Beratung des von der Subkommission vorbereiteten Entwurfes eines Reichsgesetzes über die Wohnungsinspektion bis zum Herbst zu vertagen.

In der Dienstagssitzung hatte der Regierungsvertreter erklärt, daß es der Einstellung eines besonderen Postens in den Etat für die Vorarbeiten zur Regelung des Wohnungswesens nicht bedürfe. Der Antrag der Subkommission, 150.000 Mk. für diesen Zweck in den diesjährigen Etat zu stellen, wurde daher zurüdgezogen.

Aus Industrie und Handel.

Australien und Deutschland.

Ueber die Beziehungen beider Länder sprach gestern der frühere Ministerpräsident von Neu-Südwalles und jetzige Generalkommissar

des australischen Staatenbundes für Europa, Sir George Reid, vor geladenen Gästen im Reichstag. Nach einem Ueberblick über die Besiedelung Australiens und die Entwicklung dieses Weltteils unter englischer Herrschaft fuhr er fort: Die einmaligen beschiedenen Aussichten Australiens haben sich vor 60 Jahren durch die Goldfunde in einem Augenblick vollständig umgewandelt. Aus dem Delirium des Goldfiebers entwickelte sich aber in sehr schneller Zeit ein gesunder kräftiger Geist ruhigen, reichen Fortschritts. Auch der Staat als solcher hat geradezu gigantische Unternehmungen ins Leben gerufen. Eisenbahnen, Post und Telegraph, Schulen, Gerichte und der dem Menschen der Zivilisation unentbehrliche technische Komfort sind mit Energie über ein Gebiet ausgebreitet worden, das größer ist, als viele Länder Europas zusammengekommen. Der Handel Australiens ist heute ein harter Faktor der Weltwirtschaft. Eine Handelskrise hat Australien niemals gehabt, nur zwei Bankkrisen, 1842 und 1893, infolge ungesunder Land speculationen. Will man Australien beurteilen, so muß man stets an eine Tatsache denken, an den Grundbesitz des Staats. Nur 7 Proz., nämlich 134 Millionen Acres, sind vom Staatseigentum verkauft, während die übrigen 1770 Millionen Acres dem Staate gehören. Die Bevölkerung Australiens beträgt jetzt 4.455.000 Köpfe. Ein Bundesgesetz verhindert die Landung farbiger dadurch, daß die ankommenden Personen einer Sprachprüfung unterworfen werden können. Die verschiedenen Handelszweige haben ihre eigenen Feiertage, auch erfreuen wir uns einer angenehmen Arbeitszeit, der Achtstundentag herrscht ziemlich allgemein im ganzen Handwerk und Handel. Die Hauptquelle des australischen Reichtums sind die Herden. Es gibt nicht weniger als 2,2 Millionen Pferde, ihre Zahl hat sich in fünf Jahren um 25 Proz. vermehrt. Die Vermehrung des Rindviehbestandes in den letzten fünf Jahren betrug 40 Proz.; 12 Millionen Stück sind zu zählen, das ist etwa 1/3 Million mehr als Kanada. Die Zahl der Schafe beträgt 92 Millionen. Die unter Bebauung stehende Fläche umfaßt heute 12 Millionen Acres, das ist eine Zunahme von 25 Proz. in fünf Jahren. Davon sind 62 Proz. mit Weizen bebaut. Die Mineralien, die in den letzten 60 Jahren gewonnen wurden, bewerten sich auf 14.700 Millionen Mark. Der Wert der gesamten Produktion Australiens ist mit annähernd 4000 Millionen Mark zu veranschlagen, bei einer Zunahme von 14 Proz. in zwei Jahren. Der gesamte auswärtige Handel im letzten Jahre repräsentiert einen Wert von 2920 Millionen Mark, der Export beläuft sich auf 1600 Millionen Mark. Es wurden 350 Millionen Kilo exportiert und für 100 Millionen Mark Butter. Dieser Butterhandel breitet sich außerordentlich aus und hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Auch der Export von Getreide und Mehl ist in den letzten drei Jahren um 82 Proz. gestiegen. Er belief sich 1910 auf 220 Millionen Mark. Ein Gradmesser der australischen Kultur ist es, daß jeder Mann, der 20 Jahre in Australien gelebt hat, beim Erreichen des 65. Lebensjahres aus Staatsmitteln eine Pension bis zu 520 Mk. im Jahre erhält. Die gesamten jährlichen Ausgaben für diese sozialen Lasten betragen 40 Millionen Mark.

In großem Maße bezieht Australien Waren deutscher Herkunft über andere Länder, namentlich über Großbritannien, das in dieser Weise für 29 Millionen Werte deutscher Herkunft nach Australien verschifft. Im Jahre 1910 betrug die Einfuhr von Gütern deutscher Herkunft 104,3, der direkte Export australischer Waren nach Deutschland 146,3 Millionen Mark. Man beachte, daß noch im Jahre 1908 der Wert der Waren deutschen Ursprungs nur 78,8 Millionen Mark betrug, daß wir also eine Zunahme von mehr als 32 Proz. in 4 Jahren sehen. Die Ausfuhr Australiens nach Deutschland ist in derselben Zeit noch viel härter, von 74 Millionen im Jahre 1906, gewachsen, also eine Zunahme von fast 100 Proz. in vier Jahren. Wir beziehen von Deutschland hauptsächlich Waren der Bekleidungs- und Textilindustrie, Metall- und Gumminaren, Drogen und Bier. Deutschland bezieht von uns für 100 Millionen Mark Wolle, ferner Häute, Felle, Silber, Blei, Kupfer und Zink.

In noch nicht 100 Jahren ist Australien mit seinem Handel und seiner Industrie ein wichtiger Faktor der Welt geworden. Der deutsche Bundesstaat ist nur eine Generation älter als der australische. Aber dennoch bedeutet Deutschland eine ungeheure Macht unter den Völkern, die Größe Australiens dagegen steht erst am ersten Anfang. Ich habe die feste Zuversicht, daß die künftige Größe Deutschlands wie auch Australiens sich auf den Pfaden des Friedens entwickeln wird. Die Vorliebe für kriegerische Angriffe, einst das Ideal der Völker, ist unserem modernen Gefühl zuwider. Vorbereitungen für Kriege, welche niemals kommen, erschöpfen jetzt den Krieg selbst, und die für Rüstungen erforderlichen Geldsummen sind so enorm, daß es bald unmöglich wird, überhaupt zu rüsten. Australien trifft keine Vorbereitungen für einen Krieg, sondern für die Verteidigung, und ebenso ist die Lage in Großbritannien und dem ganzen britischen Reich. Sind die anderen Nationen zu einer Abrüstung bereit, so wäre das britische Volk das erste, seine Dreadnoughts abzuschaffen und seine Armeen zu entlassen. Wir haben alles, was wir wünschen, wenn wir Frieden haben, und Frieden müssen wir haben, sollten wir auch um ihn kämpfen müssen.

Wenn Deutschland und Großbritannien an die Spitze einer europäischen Koalition auf Grundlage der friedlichen Erledigung aller Streitigkeiten treten würden, so wäre das eine Wohltat für beide und für alle Länder der Erde. Statt enormer Heerlager, an Stelle von Schlachtschiffen voller Kanonen, würden die Völker den gefunden Antriebe zu wirtschaftlichen Kämpfen verdoppeln. Der Entwicklung des freien Spiels der Kräfte der menschlichen Natur auf dem Gebiete der Industrie und des Handels, der Wissenschaft, der Entdeckungen und Erfindungen würde ein weites Feld offen stehen. Zuversicht würde dann an die Stelle der Furcht treten. Jeder gegenseitige Argwohn würde beseitigt sein, und die Völker würden in freundschaftlichen Wettbewerb miteinander treten. Deutschland ist groß im Kriege wie im Frieden, aber die besten Aussichten, die Welt zu erobern, hat es nach meiner Meinung, wenn die Welt darangeht, sich den allgemeinen Frieden zu erobern.

Verammlungen.

Eine imposante Volksversammlung

war es, welche die Genossen des ersten Wahlkreises am Dienstag im „Marinehaus“ an der Waisenbrücke veranstalteten. Das zum erstenmal von unserer Seite benutzte Versammlungslokal verfügte über einen Saal, der circa 1200 Personen faßt, und es war bis auf den letzten Platz gefüllt. Mit reger Aufmerksamkeit folgten die Versammelten dem Vortrage des Genossen Scheidemann, der die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehenden politischen Ereignisse vom sozialdemokratischen Standpunkt aus beleuchtete. Das persönliche Regiment in Preußen-Deutschland kennzeichnet er, nicht minder die Junkerherrschaft, die zu der ständischen Vergefallung von sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtage geführt hat, der einzigen Abgeordneten, die als wirkliche Volksvertreter mit Recht in jenem Hause weilen. Die schände Mißachtung, welche die Regierung den Vertretern von 4 1/2 Millionen Wählern im Reichstage zuteil werden läßt, beleuchtete der Redner unter Hinweis auf die Art, wie die ersten „kurzen Anfragen“ sozialdemokratischer Abgeordneter von den Regierungsvertretern „beantwortet“ wurden. Diese Behandlung zeige, daß die 110 Sozialdemokraten der Regierung noch nicht genug seien. Wir werden dafür sorgen, daß sich die Zahl unserer Abgeordneten in Zukunft noch vermehrt. Nach einer treffenden Kennzeichnung des Imperialismus, der Kolonial-, Welt- und Flottenpolitik betonte der Redner, daß wir nie erlahmen werden, diese Politik und ihre Ursachen mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und daß wir unseren Gegnern dabei nicht die geringsten Konzessionen machen werden. Es gelte, unsere Ideen in immer weitere Kreise zu tragen, denn wenn das Volk mit uns ist, dann ist auch der Sieg unser. — Die Ausführungen des Redners wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Bese- und Diskussionsklub „Paul Singer“. Freitag, den 17. Okt., bei Genossen Ved, Samariterstraße 17: Vortrag. Bitte willkommen.

A. Wertheim

G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37
Königstrasse 31-32
am Bahnhof Alexanderplatz

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

**Soweit
vorhanden:**

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten
Artikel können nicht
zugestellt werden.

Back-Artikel

Fleischwaren

Fleisch

*Fische

*Obst u. Gemüse

Echt. Budapester Mehl Pfd. 28 Pf.
Kaiser-Auszug-Mehl Pfund 20 Pf.
000 Weizenmehl . . . Pfund 17 Pf.
00 Weizenmehl . . . Pfund 16 Pf.
Mandeln I süß und bitter, Pfd. 1.45
Mandeln II süß und bitter, Pfd. 1.22
Türk. Sultaninen Pfund 70, 85 Pf.
Korinthen Pfund 38 Pf.
Rosinen Pfund 55 Pf.
Zitronat Pfund 75 Pf.
Selbsttät. Backmehl 1 Pfund 32 Pf.
Backpulver . . 3 kleine Beutel 16 Pf.
Vanillin-Zucker 16, 1/2 Pfd. 38 Pf.
3 kleine Beutel
Ständiger Verkauf:
Florylin (Dauerhefe)
kleine Dose 20 Pf., 1/2 Pfund-Dose . . . 95 Pf.

Landschinken ca. 9-11 Pfund schwer . . . Pfd. 1.25
Rollschinken ca. 5-8 Pfund schwer . . . Pfd. 1.30
Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfd. schwer . . . Pfd. 1.20
Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.10
Zerelat u. Salamiwurst Pfd. 1.25
Zerelatwurst in Fettdarm Pfd. 1.45
*Teewurst Pfd. 1.10
Bauernmettwurst mit Knoblauch Pfd. 1.00
Jagdwurst Pfd. 95 Pf.
*Rotwurst Pfd. 50 und 70 Pf.
Schinken in Dosen, tafelfertig, zum Warmmachen, ca. 6-8 Pfd. schwer Pfd. 1.45

Geflügel

Junge Enten 2.40, 3.00, 3.50
Junge Gänse . . Pfund 1.15, 1.25
Brathühner . Stück 1.65 bis 2.25
Suppenhühner Stk. 1.75 bis 3.25
Junge Tauben . Stück 45, 75 Pf.
Möweneier 3 Stück 15 Pf.

Schmorfleisch . Pfund 1.00
Roastbeef Pfd. 1.10 ohne Knochen 1.50
Brust u. Fehlrippe Pfund 80 Pf.
Kamm- u. Querrippe 70 Pf.
Gulasch Pfund 70 Pf.
Nierentalg Pfd. 50, ausgelassen 60 Pf.

Kamm u. Schuft Pfd. 90 Pf.
Rückenfett . . . Pfund 70 Pf.
Gehacktes Fleisch Pfd. 60 Pf.
Kalbskamm und Bug 85 Pf.
Kalbsbrust 85 Pf., Spitze 1.00
Kass. Rippespeer 85 Pf. bis 1.00
Pökelszunge Pfd. 1.30

Kabeljau in ganzen Fischen, ohne Kopf . . . Pfund 10 Pf.
Seelachs in ganzen Fischen, ohne Kopf . . . Pfund 9 Pf.
Schellfisch Pfund 15 Pf.
Rotzungen Pfund 10 Pf.
Grosse Schollen Pfd. 25 Pf.
Lachs in ganzen Fischen Pfund 48 Pf.
Lebende Krebse Mdl. 50 Pf. bis 4.00
Solo-Krebse . . . Stück 40, 60 Pf.
Lebende Schleie . . . Pfd. 1.10
Lebend. Aale Pfd. 95 Pf. 1.20, 1.35

*Räucherwaren

Lachsstör in Stücken . . . Pfd. 68 Pf.
Geräuch. Aale Pfd. 1.20, Bd. 40 Pf.
Bücklinge 2 Stück 10 Pf.
Kieler Schleibücklinge Stück 20 Pf.
Ahlbecker Flundern . Pfund 40 Pf.
Grosse Flundern . . . Pfund 70 Pf.
Sardellen Pfund 75, 90 Pf.
Matjes-Heringe St. 15, 20, 25 Pf.
Aal in Gelee Pfund 98 Pf.

Frische Erdbeeren . . Pfd. 70 Pf.
Australische Äpfel . . Pfd. 38 Pf.
Kopfsalat 3 Kopf 20 Pf.
Holländ. Gurken St. 15, 28, 33 Pf.
Rhabarber 3 Bund 10 Pf.
Spinat 3 Pfund 10 Pf.
Radieschen 6 Bund 10 Pf.
Frisch. Spargel Pfd. 35, 50, 70 Pf.
Zitronen Dtz. 28, 40, 60 Pf.
Italienische Kartoffeln Pfd. 14 Pf.
Waldmeister 3 Bund 10 Pf.
Junge Mohrrüben große Bunde . 35 Pf.

Käse und Butter

Emmentaler Pfd. 1.15, Schweizer 88 Pf.
Tilsiter . Pfd. 72, Holländer 95 Pf.
Limburger Pfd. 58 Pf.
Briekäse Pfd. 68 Pf.
Speise-Quark Stück 10 Pf.
Koch- und Backbutter Pfd. 1.20
Tischbutter Pfd. 1.26
Tafelbutter Pfd. 1.30, 1/2 Pfd. Stück 65 Pf.

Extra-Preise für Porzellan, Glaswaren, Steingut.

Nächsten Sonntag (vor Pfingsten) bleiben unsere Geschäftshäuser wie an allen Sonntagen geschlossen.

Im gold'nen Frühlingssonnenschein
Musst Du stets chic gekleidet sein
Drum kauf bei Oskar Wollburg ein.

56 Brunnenstraße 56.

Nur eigene Fabrikate. Nur eigene Fabrikate.
Ohne jeden Zwischenhandel,
Daher unvergleichlich in Auswahl und Preiswürdigkeit.
Passend für jede Figur.

Prachtvolle Kostüme aus blau Kämmgarn, gestreift und Stoff, gediegene Vorarb. jetzt 16.30 23.- 36.50 44.-
Schwarze und farbige Frauenmäntel aus Tuch, Ripa, Vellé und Seide, nur kleidsame Fassons jetzt 14.30 19.- 23.- 38.-
Engl. Paletots und Ulster jetzt 6.50 10.75 13.50 19.-

Extra preiswerte Angebote
in Kinder- und Backfisch-Konfektion,
Staub- u. Reise-Mänteln, wetterfesten
Loden-Capes, Röcken und Blusen.



Mantel M. 12.- Kostüm M. 19.- M. 9.-

Vornehme

H

Herren-

Bekleidung

fertigt und nach Maß

erhalten Sie in der modernen
Maß-Schneiderei

J. Kurzberg

auf Wunsch Wochenrate

Garderobe auf Kredit!

Herren-Anzüge 5 Mark Anzahl.
Paletots, Ulster
Damenkostüme Wochenrate
Kostüme, Röcke
Paletots, Mäntel 1 Mark
Blusen

Kinder-Garderobe für Knaben u. Mädchen

ebr. Lieber

Alexanderstr. 16, vis-à-vis der Holzmarktbl., dir. a. Bld. Jannowitzbrücke

Sonntag von 8-10 geöffnet.

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

von

1

an

Rosenthaler Strasse 40
Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse.
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Ohne Anzahlung

Befors an jedermann

Garderoben auf Kredit

für Herren, Damen und Kinder

Gehrock-Anzüge, Jackett-Anzüge, Paletots, Ulster, Damen-Kostüme, Blusen, Röcke, Paletots, Engl. Jacketts, Staubmäntel, Seidene Kleider u. Mäntel in allen Farben u. neuesten Fassons.
Größte Auswahl. Bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

Möbel kompl. Wohnungs-Einrichtung, sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Kissen.
Persieren, Teppiche, Gardinen, Lein- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung.

S. DORN

Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Strasse

Sonntag von 8-10 vorm u. 2-6 geöffnet

Um die Arbeiterjugend.

Seitdem die proletarische Jugendbewegung durch die Einflüsse der erwachsenen Arbeiter zu einer imposanten Massenbewegung geworden ist, gilt es in den Vereinen des Bürgerturns als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Arbeiterjugend für die bürgerlichen Bestrebungen zu gewinnen. Über dieser Jugend der proletarischen Jugend will nicht recht glücken. Die durch die Zerstückelung ihrer Organisation und die Verfolgung ihrer Bewegung obdachlos gewordene Arbeiterjugend ist nun genug, den Lockmitteln des Judentums, deren sich die staatliche Jugendpflege bedient, zu folgen. Den Leitern der bürgerlichen Jugendbewegung ist das Betragen der proletarischen Jugend unverständlich. Für sie ist die Arbeiterjugend und ihre Gewinnung für das Bürgerturn ein Problem, dessen Lösung alle ihre Gedanken und Intelligenz in Anspruch nimmt. Der größte Teil der neueren Literatur über die Jugendpflege handelt von der Pflege der arbeitenden Jugend.

Dieses Problem stand auch im Mittelpunkt der in diesen Tagen in Jena abgehaltenen dritten Jahresversammlung des Bundes deutscher Jugendvereine. Diese Organisation bemüht sich in einem besonderen Maße um die Gewinnung der arbeitenden Jugend. Er verschmäht alle Mittel, die auf sie abtrotzen wirken könnten. Schon bei der Namensbezeichnung der Vereinigung ist das Prinzip beachtet worden. Der Name verschweigt den evangelischen Charakter der Organisation. Tatsächlich gehört der Bund deutscher Jugendvereine zur evangelischen Jugendbewegung. Er ist vor drei Jahren, als die proletarische Jugendbewegung besonders in den Großstädten so rapid wuchs, auf die Initiative des liberalen Pastors Roese, nachdem er die damalige proletarische Jugendorganisation in Berlin eifrig studiert hatte, gegründet worden. Die Gründer, liberale Theologen, die der evangelischen Junglingsvereinsbewegung angehörten, waren zu der Erkenntnis gekommen, daß die Junglingsvereine, die arbeitende Jugend nicht zu gewinnen vermögen. Sie führten diese Tatsache auf den „Bezirk“-Charakter der Junglingsvereine zurück. Sie proklamierten „Kirchliche Schonzeit“ für die schulentlassene Jugend; verichteten auf die öden Bibelstunden und das lächerliche Posaunenblasen, schoben dafür die vaterländische und soziale Erziehung der Jugend, betrieben in einem die kapitalistische Ordnung bejahenden und den Klassenkampf vermeinenden Sinne, in den Vordergrund ihrer Tätigkeit. Trotz der „geschickten“ und eifrigen Agitation ist es dem Bunde dennoch nicht gelungen, größere Scharen jugendlicher Arbeiter zu gewinnen. Er zählt heute — nach seinen Angaben — 7000 Mitglieder, die in 120 Vereinen organisiert sind.

Auch die diesjährige Tagung, die sich u. a. zum ersten Male mit der „Pflege der weiblichen Jugend“ beschäftigte, stand unter dem Zeichen des Kampfes um die Arbeiterjugend. Nicht weniger als drei anwesende Referenten behandelten an einem öffentlichen Vortragsabend „Das Massenproblem in der Jugendarbeit“. Der erste Redner, Pfarrer Dr. Finckh, wollte die Frage beantworten: „Wie gewinnen wir die Massen der Volkjugend?“ Er tat's aber nicht. Er konnte es nicht. Einige seiner Ratschläge, die er, teils auf eigener Erfahrung beruhend, gab, waren so ädel nicht. Zum Beispiel: Alles Philisterhafte müsse aus dem Verein gebannt werden, der Leiter müsse immer auf dem Posten und immer freundlich sein und dürfe nie befehlen. Der Verein müsse eine vielseitige Tätigkeit entfalten, um die Jugendlichen zu fesseln. Der Leiter müsse sich ihr Vertrauen erwerben und ihnen auch in sozialen Nöten helfen. Das war aber auch alles, was der liberale Pastor zu sagen hatte. Er wird selbst nicht glauben, daß die Befolgung seiner Ratschläge allein genüge, um die Massen der Volkjugend zu gewinnen.

Der zweite Redner war der Vorsitzende des Bundes, Pfarrer Hc. Dr. Söllmann-Charlottenburg, der über: „Notwendig-

keit und Gefahren staatlicher Jugendpflege“ sprach. Der Staat habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich der Jugend anzunehmen, selbst dann, wenn man ihn, wie die Sozialdemokraten, für einen Klassenstaat hält; denn die Jugend sei der künftige Staat. Bedauerlich sei nur, daß die Anfänge staatlicher Jugendpflege mit dem Vorstoß der organisierten Arbeiterschaft zur Erziehung ihrer Jugend zeitlich zusammenfielen. Dadurch liege der Verdacht nahe, daß nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie der Staat Jugendpflege treibe. Die Sozialdemokratie dürste den Regierungen höchstens das Bewußtsein geschärft haben, dagegen dürfe die staatliche Jugendpflege nicht eine Abwehrmaßregel gegen die Sozialdemokratie bilden. Die Jugendpflegeauschüsse seien eine Gefahr. Das ganze Reich läßt sich zwar mit solchen Ausschüssen überspannen. Aber damit sei weder der Sache noch der Jugend geholfen. Wenn ein Regierungspräsident alle einflussreichen Leute eines Bezirks einlädt, so kommen sie zwar alle, weil sich jeder dazu verpflichtet fühlt, — aber die Jugend kommt nicht. Schwingt er den Klügelbeutel, so bekommt er wohl auch viel Geld zusammen, denn man möchte sich gern einen Namen machen, — aber mit der Jugend gibt sich keiner ab. So werde vom grünen Tisch aus die Jugend „gepflegt“, ohne Freude, ohne Mitgefühl. Mit dieser Gefahr der staatlichen Jugendpflege hänge eine weitere zusammen: die Erzeugung des Strebestums. Da alles von „oben“ komme, drängen sich ununtere Elemente heran, die nur nach „oben“ schielen, ohne ein Herz für die Jugend zu haben. Dadurch sei die Arbeit nur um so schwerer. — Eine frische Kritik des fein ausgefärbten Planes der staatlichen Jugendpflege!

Als dritter Referent trat der bekannte liberale Pastor Walter Klassen-Hamburg auf, der überall über gewaltige Erfolge in der Gewinnung der Arbeiterjugend, die er in Hamburg erzielt haben will, redet, von denen man aber in Hamburg wenig hört. Er ist einer der Propheten, die nur in der Fremde etwas gelten. Der Herr ist — dessen rühmte er sich im vorigen Jahre in einer Versammlung in Berlin — mit der Erziehung der Jugend dermaßen beschäftigt, daß er noch keine Zeit fand, darüber nachzudenken, zu welcher politischen Richtung er sich rechnen solle. Diesmal sprach er über: „Die Aufgaben des einzelnen Gebildeten gegenüber dem Massenproblem in der Jugendarbeit“. Er kritisierte, daß die Herrschenden in ihrem Bildungsgange systematisch vom Volke ferngehalten werden. Die einzige Möglichkeit, sie zur Mitarbeit in der Jugendregierung geeignet zu machen, sei, sie zum Volke zu führen. — Der Herr täte im Interesse seiner Bildung gut, sich doch ein wenig mit Politik zu befassen, damit ihm die Massenbildung unserer Gesellschaft klar werde.

In der ausgiebigen Diskussion wurden die vielseitigsten und verworrensten Ansichten zum Ausdruck gebracht. Ein Pfarrer mahnte, der sozialen Not der Jugend Verständnis entgegenzubringen. Ein anderer ist nahe genug, sich einzubilden, das Vertrauen der sozialdemokratischen Väter gewinnen und die Jugend zur „heiligen Kavität“ erziehen zu können. Ein Fortbildungsschullehrer meinte, daß wohl der Staat aus Furcht vor der Sozialdemokratie die Jugendpflege begonnen hätte und daran ganz recht tue. Auch der Bund deutscher Jugendvereine treibe Jugendpflege, um gegen den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterjugend anzukämpfen.

Ob die Erörterungen trotz ihrer Ausführlichkeit dazu beigetragen haben, daß die Anhänger des Bundes in Zukunft mit mehr Erfolg als bisher den Gang der proletarischen Jugend betreiben können, möchten wir bezweifeln. Wie dem auch sei: Alle theoretischen Erörterungen bürgerlicher Kreise über die Gewinnung der Arbeiterjugend werden durch das praktische Eingreifen der Arbeiterkriterien sich als fruchtlos erweisen.

Streikjustiz.

Dorfmund, 14. Mai.

Freigesprochen und aufs neue gepackt wegen derselben Tat! Das, das kraueste Durcheinander bei der Schnellstreikjustiz vorkommt, haben wir schon oft erwähnt. Gar nicht mehr zu zählen sind die Fälle, wo sich in der Verhandlung gegen einen Streikverbrecher herausstellt, daß sich der unter Anklage gestellte Vorfall in Wirklichkeit an einem ganz anderen Tage abgespielt hat, als wie es die Anklage behauptete. Der Angeklagte muß sich natürlich bei seinen Beweisanträgen an die Angaben der Anklage halten. Nachdem dann Tausende Zeugen aufmarschiert sind, war alles für die Sache, wenn sich herausstellt, daß sich die Justiz mit der Zeitangabe wieder mal eilig vergiffen hatte. Aber daß man einen schon Freigesprochenen noch einmal packt, war auch bei der Streikjustiz, die uns an so Vieles gewöhnt hat, etwas Neues. Der Bergmann Bach aus Markkride war wegen einer Beuherung über einen „schmächtigen Elektriker“ angeklagt und freigesprochen worden. Der Staatsanwalt hatte Revision eingelegt, diese aber zurückgezogen. Nach einigen Wochen kam der Bergmann wegen derselben Tat vor die gleiche Streikammer. Erst als der Angeklagte wiederholt auf die Freisprechung hinwies, wurden die Akten beschafft und das Verfahren eingestellt.

Ein mißhandelnder Betriebsführer? Dem Betriebsführer Müning von der Seche Erin in Rastrop war schon in einer früheren Streiksache vorgehalten worden, daß er einen Zaler greifen wollte, wenn ein Invalide, der Streikposten fand, verhaften würde. Als der Invalide mit Stöcken von Jochenbeamen ohne jeden Grund mißhandelt wurde, stand Müning dabei und tat nichts, die Mißhandlung zu verhindern. Der Invalide behauptete, Müning habe selbst mitgeschlagen. Der angeklagte Streikführer wurde danach freigesprochen. In einer neuen Sache spielte der Betriebsführer insofern wieder eine besondere Rolle, als der Angeklagte auch behauptete, er sei nach der Festnahme von Müning und anderen Jochenbeamen mit Stöcken mißhandelt worden. Obwohl der Angeklagte die Behauptung wiederholt aufstellte und obgleich, wie gesagt, der Betriebsführer vor derselben Streikammer schon ein wenig rühmliche Gastrolle als Zeuge gespielt hatte, fragte keiner vom Gericht den Müning, ob die Angabe richtig sei. Dafür bekam der Bergmann, der — nach dem Streik — einem früheren Willigen ein paar Schläge mit der Faust gegeben hatte, vier Monate Gefängnis!

Ein Bergmann wurde von einem anderen gefragt, was das für ein Mann sei, der am Ende eines Militärtrupps marschierte und einen Kasten trug. Die Antwort soll gelautet haben: „Das ist ein Bittensklöcker!“ Ein „Sanitätsunteroffizier“ und seine Vorgesetzten kletten Strafantrag. Wegen diesem Dreck hatte der Bergmann vom 10. März bis zum 4. April in Untersuchungshaft gesessen! Das ist ein Skandal ärgster Art. Man will das Publikum mit Gewalt zwingen, Respekt vor Gendarmen, Militär und Streikbrechern zu haben! Für den „Wittensklöcker“ gab es zwei Wochen Gefängnis.

Nach dem Streik spuckte ein Streikbrecher a. D. aus dem Fenster seiner Wohnung einigen am Streik Beteiligten auf den Kopf und drohte ihnen mit „Augen aussteden“, als sich die Drunkenstehenden die Liebendürstigkeit verboten. Der Streikbrecher wurde später für seine Tat mit einem Stod verhaften, so daß er Schaden an einem Arm nahm. Die Täter, drei an der Zahl, erhielten sieben und fünf Monate Gefängnis und der letzte 75 M. Geldstrafe.

Unglaublich hohe Strofen hat besonders das Schöffengericht in Rastrop für einfache Worte verhängt. Der Bergmann Ernath aus Hahninghorst hatte für das Wort „Pfu!“ sechs Wochen Gefängnis bekommen. Als das Urteil von der Streikammer

Zur Psychologie des Militarismus.)

Von einem deutschen Soldaten.

I.

Wohl kein Begriff ist in der Geschichte des menschlichen Geistes so oft und so eingehend Gegenstand der Erörterung gewesen, kein Zustand so leidenschaftlich erstritten worden, als derjenige der persönlichen Freiheit. Was diese Tatsache immerhin von Unausforschbarkeiten und Unerrückbarkeiten reden, mag die Freiheit in absoluten Sinne des Wortes dem denkenden Verstande wie dem handelnden Willen bei näherer Betrachtung als eine Illusion sich herausstellen — die unausgesetzte Vermählung um die Sache der Freiheit beweist jedenfalls aus, daß sie selbst oder ein ihr nahekommender Zustand einem tiefen Bedürfnis der menschlichen Seele entspricht. Und die Erfahrung lehrt, daß auch Illusionen ihre praktische Bedeutung haben, daß wir sie als ziel- und richtunggebende Ideale für die Ordnung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und für die Befestigung unserer individuellen Lebensführung dringend bedürfen. Der Glaube an die göttliche Freiheit verleiht uns ein Möglichkeitsmaß irdischer Freiheit. Wer aber den Glauben an die absolute Freiheit zu den übrigen Unglaublickeiten geworfen hat, wird gut tun, an dem Begriff einer relativen Freiheit und seine Realisierbarkeit um so fester zu halten.

Relative Freiheit heißt eingeschränkte Freiheit. Freiheit unter Vorbehalt, Freiheit unter Bedingungen, Freiheit mit Pflichten verbunden. Der Besitz dieser Freiheit im ethischen Sinne bedeutet die Fähigkeit, sich im Zustand der Gebundenheit frei fühlen zu können, bedeutet die Kunst, sich innerhalb des Besieges frei zu bewegen. Der Besitz dieser Freiheit im gesellschaftlich-sozialen Sinne bedeutet eine Reihe von Rechten: Das Recht der freien Bewegung, das Recht der freien Koalierung, das Recht, sich der gesellschaftlichen Sitten zu entziehen, das Recht der freien Rede und Meinung, das Recht der Berufswahl, das Recht der ökonomischen freien Betätigung usw. Alle diese Rechte sind heute (oder sollten es sein) das unveräußerliche Besitzgut der westeuropäischen Kulturnationen, und auf ihnen gründen sich alle Glücke und Wohlfahrtsmöglichkeiten des neuzeitlichen Menschen. Was wäre der Mensch ohne das Recht der freien Fortschritt, was der Politiker ohne das Recht der freien Meinungsäußerung, was der Kaufmann ohne das Recht der freien Bewegung, was der Arbeiter, der Angestellte ohne das Recht der freien Koalierung?

Es war nötig zu zeigen, daß die Freiheit also doch kein leerer Wahn ist. Es war nötig, anzudeuten, daß die Freiheit das Fundament unseres persönlichen und gesellschaftlichen Seins ist. Sie ist so

sehr in unser Bewußtsein übergegangen, daß wir sie als ein kostbares Gut nur dann noch empfinden, wenn sie uns plötzlich entzissen wird. Sie ist uns zum Lebensbedeuten, zur zweiten Natur geworden. Gerade deshalb aber, weil wir sie als etwas Außerordentliches nicht mehr empfinden, ist die psychische Funktion, die sie ausübt, so ungeheuer wichtig. Was dem Organismus des Körpers die atmosphärische Luft, ist dem Organismus des modernen Geistes, der modernen Seele die Freiheit: das Element, in dem und von dem sie lebt. Sie ist dem Menschen das allerstärkste und allerrealste Bedürfnis. Sie ist es, die ihm die Spannkraft zuführt, die ihn das Größte vollbringen lassen. Sie ist die notwendige Lebenszufuhr, ohne die das Individuum eintrocknen und zu einer Krume erstarrten muß. Nur wer diese psychische Funktion der Freiheit im Leben des modernen Menschen ganz begriffen, wird ermessen können, was die Eingliederung des Individuums in das System unseres neuzeitlichen Militarismus bedeutet.

Witten in unserer modernen Welt der Freiheiten, der Freiheitsumschümeligkeiten und des Freiheitsbewußtseins erhebt sich eine Welt des absoluten Zwanges und Zwangs-bewußtseins: die Kaserne. Wenn alles Geschehen in der Welt — von der psychologischen Seite gesehen — ein Ringen um die Erweiterung der persönlichen Freiheit, Macht- und Willenssphäre ist, so ist alles Geschehen in der Kaserne ein bloßes Mißgeschicklassen, ein passives Verhalten, ein wortloses Dulden: was der Soldat zur Erweiterung seiner persönlichen Freiheit etwas unternehmen könnte, wird immer ein unzulässiges Herausgehen aus seinem Pflichtkreis sein, der ihn ringsum einschließt. Wenn die Triebfeder aller menschlichen Handlungen der persönliche Wille, das Freiheits- und Machtbegehren ist, und das Gefühl in allen Lagen zum Menschen spricht: „Du kannst — wenn du nur willst“, so ist diese Triebfeder im Soldaten lahm geworden und funktioniert nicht mehr und in seinem Bewußtsein lebt ein immer lebendiges: „Du mußt — weil du nicht anders kannst“. Wenn der Beamte den Dienst quittieren, der Angestellte kündigen, der Lohnarbeiter streiken, die unglückliche Ehefrau ausscheiden, der Nichtmetreicht seine Taufe rückgängig machen, der Vaterlandsfeind sich entnationalisieren lassen kann, wenn, kurz gesagt, alle Zwangsverhältnisse praktisch durchbrechbar sind und jedes andere Mitglied der Gesellschaft einer verächtlichen Lage ein Ende machen und sich in eine glücklichere Hinfüßertheit, Hinfüßertheit fassen, und wenn, was psychologisch am meisten bederiet, das Bewußtsein der Glücksumschümeligkeiten in allen übrigen immer lebendig ist — so fann der Soldat nur resignieren, in seiner Seele lebt keine Hoffnung auf eine nahe bevorstehende Wendung der Dinge, und ihm bleibt nichts übrig, als die Tage zu zählen, die ihn von dem Genuß einer Freiheit, eines Glückes, die ihm nun als die Freiheit und das Glück erscheinen, noch trennen. Was denn auch mit Fleiß zu geschehen pflegt: nichts kennzeichnet besser den psychischen Depressionszustand des modernen Soldaten, als die in allen Heeren der allgemeinen Dienstpflicht bestehende Sitte, die Tage bis zur Entlassung kalendarrisch zu zählen und an allen möglichen Orten anzutreiben. Alle wünschenden Kräfte der Seele, die unter dem fortgesetzten Druck härtesten Zwanges der Gegenwart zu entleeren streben, richten sich auf das eine befreiende Endziel, schauen sich nach dem einzig vorhandenen Ausweg, sehen nichts als das grobe verheißende Tor, durch das man am Ende der Dienstzeit wieder in die Freiheit spazieren wird. . . .

Der Soldat hat keine Rechte — wenigstens keine praktische bedeutsamen oder nennenswerten Rechte. Psychologisch bedeuten sie jedenfalls gar nichts. Denn diese Rechte sind zugleich Pflichten, es fehlt ihnen der psychologisch beglückende Inhalt, nämlich das freie Belieben ihres Verbrauchs, und außerdem schließen diese Rechte alle möglichen Verpflichtungen in sich und ziehen alle möglichen Verpflichtungen nach sich, und endlich sind sie nicht eigentlich im Interesse des Soldaten erfunden, sondern im Interesse des Heeresorganismus. Beweise: Der Soldat hat nicht nur ein Recht auf Lösung (ein „Recht“ auf so schmalen Grunde überdies, daß man sich wundern muß, wie sich nur ein so stolzes Lebensattribut, ein solcher Pyramidalbau darauf erheben mag) — er darf die Lösung auch nicht ausschlagen, ohne bestraft zu werden, es erwidert ihm aus der Lösung zugleich die Pflicht, keine Schulden zu machen, die Pflicht, sich gewisse Ruhmestitel zu beschaffen, die Pflicht, seine Wäsche besorgen zu lassen usw., woraus erhellt, daß die Lösung nicht für den „Mann“ und seine privaten Bedürfnisse, sondern für die Bedürfnisse des Heeresorganismus eingeführt ist. Das Recht auf Essen, Trinken, Schlafen, Wohnen usw. ist ebenfalls nichts als eine maskierte Pflicht: denn nicht nur zum Erzeulieren, zur Instruktion, zum Säubern reinigen läßt der Herr Hauptmann antreten, sondern eben auch zum Essen, zum Baden, zum Biertrinken, zum Kirchgang, zum Weihnachtsfest — alles das ist keinerlei ins Einzelne geteiltes Recht, sondern „Dienst“, und wer die Recht- oder Tagesruhe verabsäumen oder sein Recht auf Speise und Trank nicht wahrnehmen würde, würde bestraft. Dann sind alle diese Dinge auch gar nicht für den äußeren oder inneren Menschen da, sie gelten vielmehr dem militärischen Dienstinstrument, der als kriegstüchtiges Instrument erhalten werden soll.

Die wunderlichste Pflanze im Garten der soldatischen Rechte ist das Beschwerderecht. Zunächst hat auch dieses wieder den Charakter der Pflicht: der Soldat darf sich nicht allein beschweren — er soll sich auch beschweren (allerdings ist es noch nicht gehört worden, daß einer, der dieser Beschwerdepflicht nicht genügt hätte, zur Unteruchung oder Beirufung herangezogen worden wäre). Dann aber: das Recht der Beschwerde ist ein so beängstigend vielfach paragrafisiertes, es hat so viele kläufliche Stellen, aus denen dem Beschwerdeführer allerlei Bedrohliches entgegenblitz, daß jeder gerne die Finger davon läßt, selbst wenn er Besonnenheit und Überlegenheit genug besitzt, einen formalen Verstoß zu vermeiden, was wiederum nicht so ganz leicht ist — es ist mit zu viel Pflichten verknüpft, dieses Beschwerderecht, als daß man es mit Recht ein „Recht“ heißen könnte. Endlich gewertet gleiches ein Recht, der, vom Fleck abwallend, sich gegen die Krust des Schönen lehrt. Psychologisch betrachtet ist es wie ein Sprenggeschloß, dem der Unkundige mit den ungewissten Gefühlen gegenübersteht: er weiß nicht, ob das Ding nicht losgeht, wenn er es anfaßt — und so läßt er die Hände lieber davon.

Die faktische Rechtslosigkeit des Soldaten ist nur einer der Gründe für das immer in seiner Seele lebendige Zwangs-bewußtsein, das wir oben ganz im allgemeinen gekennzeichnet haben. Es gibt dafür noch andere: einen mehr in der äußeren und einen mehr in der inneren Organisation des Dienstbetriebes liegenden, nämlich die Inbeschlagnahme des ganzen Menschen durch das System und die Disziplin.

*) Der hier abgedruckte Aufsatz ist der erste Teil einer Broschüre, die den Militarismus von der psychologischen Seite betrachtet. Dieser erste Teil handelt von dem „Zwangsbewußtsein als seelisches Erlebnis des Soldaten“. Der zweite Teil trägt die Überschrift: „Die Entseelung des Massenhandwerks“. Der dritte Teil: „Die Tragik des Militarismus“. Die Broschüre ist zum herabgesetzten Preise von 1,50 M. nur zu beziehen vom „Kulturphilosophischen Verlag“, Weimar.

Nicht nur Polizei, Gendarmerie, Feuerwehrlente und Polizeihunde nahmen an der Belagerung des von den Banditen bewohnten Hauses teil, sondern auch reguläre Truppen feuerten stundenlang Salven gegen die Verschanzung ab. Von Zeit zu Zeit wurden gegen das Haus Bomben geschleudert und Dynamitpatronen zur Explosion gebracht, ohne jedoch die gewünschte Wirkung zu erzielen. Schließlich wurde nach neunstündiger Belagerung ein Kilogramm Melinit vor das Haus geschafft. Das explodierende Sprengmittel demolirte einen großen Teil des Hauses, so daß es den Angreifern gelang, in das Haus einzudringen, wo man Garnier und Ballet, von den Kugeln wie ein Sieb durchlöchert, in den letzten Rügen auffand. Um die kulturelle Geldentat der saunenden Umwelt zu erhalten, knatterten die Aufnahmeapparate der verschiedenen Filmfabriken mit den Klirren der Quaden um die Wette. Alles in allem eine Szene von so abstoßender Widersichtlichkeit, daß man wirklich fragen muß, ob das das Zeitalter der so viel gepriesenen Kultur ist.

Natürlich hat die menschliche Gesellschaft sich vor Verbrechern à la Garnier zu schützen; ihre Unschädlichmachung darf jedoch nicht mit solch barbarischen Mitteln erfolgen, wie sie in Frankreich jetzt beliebt wird. Mit etwas Geduld und Ueberlegung war es möglich, der beiden Banditen ohne Blutvergießen habhaft zu werden.

Die Schlacht von Nogent-sur-Marne ist wahrlich kein Ruhmesblatt in der Geschichte Frankreichs!

Zur Ergänzung der bereits gestern wiedergegebenen Meldungen lassen wir nachstehend einen Bericht über den weiteren Verlauf des Kampfes folgen:

Nogent-sur-Marne, 15. Mai. Die Belagerung der Wohnung, in der sich Garnier und Ballet befanden, wurde die ganze Nacht fortgesetzt, ohne daß es den Polizisten gelang, nennenswerte Erfolge zu verzeichnen, da sich die Verbrecher mit dem Rute der Verzweiflung verteidigten. Verschiedene Versuche, das Haus in die Luft zu sprengen, mißlang. Um 2.15 Uhr morgens unternahm schließlich der Polizeipräsident Fleury einen entscheidenden Schlag gegen die Apachen, der auch von Erfolg begleitet war. Er ließ ein Kilogramm Melinit gegen das Haus legen und zur Explosion bringen. Durch diese neue Explosion wurde das Haus teilweise zerstört. Als das Mauertor in sich zusammenstürzte, brachen die Zuschauer der Belagerung in laute Weisfallsrufe aus. Der Polizeipräsident ließ nun unverzüglich alle Vorbereitungen treffen, um in die Wohnung einzudringen. Zuerst wurden Polizeihunde vorgeschickt, hierauf folgten einige Polizeibeamte, dann Gendarmen und schließlich Quaden, die seit 6 Uhr abends die Wohnung umstellt hatten. Als die Polizisten in die Verfassung eintraten, vernahm man einige Revolvergeschüsse, die wahrscheinlich auf die angreifenden Hunde abgegeben wurden. Gleichzeitig hörte man laute Verzweiflungsrufe der beiden Banditen, welche sich verloren sahen. Die Revolvergeschüsse der Verbrecher wurden durch lebhaftes Gewehrfeuer der angreifenden Polizisten, Gendarmen und Quaden erwidert. Zwei Polizisten haben Verwundungen erlitten. Schließlich wurden keine Schüsse mehr vernommen und die Polizei drang nunmehr in den Raum ein, den die Apachen besetzt hielten. Auch die Volksmenge drängte

den vorrückenden Quaden nach, um sich an der Erschließung der Wohnung zu beteiligen. Als die Polizisten den Raum betraten, in dem sich die beiden Verbrecher befanden, fanden sie Garnier und Ballet rüchend am Boden liegend auf. Ballet gab noch einige Revolvergeschüsse auf die Herannahenden ab, ohne jedoch zu verlegen. Bald verließ Garnier. Ballet wurde von den Polizisten in ein bereitstehendes Automobil gebracht, um nach Verreuz transportiert zu werden. Als der Wagen abfahren wollte, griff ihn die Volksmenge an, es gelang jedoch den Polizisten und Gendarmen, sie zurückzudrängen, so daß die Abfahrt glatt vonstatt ging. Untertweg gab auch Ballet seinen Geist auf.

Der Gewissenskonflikt des Pastors.

Am Montagnachmittag fand in Altenfließ in der Neumark die Beerdigung des Mühlenbesizers Hugo Karow statt, der in geistiger Unmachtung Hand an sich gelegt hatte. Die Trauerfeier fand im Hause des Verstorbenen unter großer Beteiligung seiner Familienangehörigen und Bekannten statt. Pastor Schubert (Gurkow) hielt, nachdem er seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht und der Kirchenrat ihm zugestimmt hatte, am Begräbnis eine Leichenrede ungefähr folgenden Inhalts:

„Liebe Trauergemeinde! Es ist für uns alle ein schwerer Tag, denn der Verstorbene hat es nicht nur den Angehörigen schwer gemacht, sondern auch mir. Auch ich stehe hier schweren Herzens, denn ehe ich kam, habe ich zu Hause schwer kämpfen müssen, ob ich hierher kommen könnte, um meine Aufgabe zu erfüllen. Denn so gern ich Trost spende bei demjenigen, der in Frieden mit seinem Herrn abschließt, so liegt die Sache hier anders. Denn es liegt hier Selbstmord vor, und wie Sie wissen, verweigert die Kirche einem Selbstmörder das kirchliche Begräbnis. Wenn daher nicht zwei ärztliche Atteste vorgelegen hätten, die dartun, daß der Verstorbene in geistiger Unmachtung Hand an sich gelegt hat, so könnte ich nicht an dieser Stelle stehen. Ich frage Sie, hatte dieser Mann es nötig, zur Waffe zu greifen? Er hat diese schändliche Tat im Kreise seiner Familie begangen. Diese seine letzte Handlung läßt auf sein Vorleben schließen. Dieser starke und doch so willensschwache Mann hat nicht die Kraft gehabt, gegen das Alkohollaster anzukämpfen. Außer diesem Laster fallen noch andere dunkle Punkte auf sein Leben.“

Bei diesen Worten verließen die Anwesenden unter lebhaften Ausdrücken der Empörung den Trauersaal, so daß die Rede und somit die weitere Feier jäh abgebrochen wurde.

Den vorstehenden Bericht über die recht eigenartige Leichenfeier entnehmen wir der uns übersandten „Neumärkischen Zeitung“. Wie aufreizend die Worte des Gewissensstrupfels geplagten Pfarrers gewirkt haben, beweist, daß der Bericht von 17 Teilnehmern an der Leichenfeier — darunter mehrere Ritterguts- und Gutsbesitzer — namentlich unterzeichnet ist. Nur so weiter, Herr Pastor!

Ueberfall auf einen Expresszug.

Banditen hielten den New York-Express in der Nähe von Hattiesburg (Mississippi) an, sprengten den Gepäckwagen mit Dynamit und stürzten dann zu Pferd mit einem Paket, in dem sich 140 000 Dollars befanden. Die Reisenden wurden nicht belästigt. Verittene Schutzmannschaften haben die Verfolgung der Banditen aufgenommen.

Aus aller Welt.

Kleine Notizen.

Die Cholera in Konstantinopel. Laut amtlicher Meldung ist in Konstantinopel ein Soldat an Cholera erkrankt und im Militärhospital interniert worden.

Todessturz eines französischen Militärfliegers. Am Dienstagabend stürzte der Flieger Kapitän Scheman auf dem Flugplatz von Etampes aus einer Höhe von 40 Meter ab. Der Verunglückte erlitt bei seinem Sturze so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Ein neuer Dammbau des Mississippi. Durch einen neuen Dammbau, 25 Meilen nördlich von New Orleans, sind 60 000 Personen und 1000 Quadratmeilen bebauten Landes bedroht.

Marktbericht von Berlin am 14. Mai 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—35,00. Linzen 40,00—50,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rende 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,40—3,20. 50 Stück Eier 3,20—5,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Kale 1,00—3,20. Bänder 1,60—3,60. Deckte 1,20—2,60. Barde 0,80—2,00. Schleie 1,40—3,20. Meie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 1,80—4,00.

Witterungsübersicht vom 15. Mai 1912.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Emmende	759 R	1	Wester	10	Saparanda	760 R	6	Wolken	7
Hamburg	759 DSD	2	Wolfig	11	Petersburg	750 DSD	1	bedeckt	6
Berlin	759 D	2	bedeckt	12	Saigo	752 DSD	4	Wolfig	12
Kranf.a.W.	754 SD	1	Wester	15	Usterben	750 S	2	Wester	13
München	756 SHH	1	Wester	20	Paris				
Wien	758 DSD	1	halb Bd.	16					

Wetterprognose für Donnerstag, den 16. Mai 1912.

Zunächst etwas wärmer, vorherrschend wolfig und Gewitterregen mit ziemlich lebhaften westlichen Winden; später wieder aufklarend und etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 5.	am 15. 5.	Wasserstand	am 14. 5.	am 15. 5.
Remel, Mühl	140	+1	Saale, Großh.	78	-1
Stegel, Zisterburg	-39	-2	Saale, Spandau	42	0
Seichel, Horn	68	-8	Saale, Rathenow	8	-31
Oder, Rasthor	112	-8	Spreew., Spremberg	66	+6
„ „ „ „ „ „ „ „	80	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	84	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	95	-1	Weser, Rinteln	128	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	-10	-4	„ „ „ „ „ „ „ „	206	-8
„ „ „ „ „ „ „ „	-12	-2	„ „ „ „ „ „ „ „	470	+4
„ „ „ „ „ „ „ „	-2	0	„ „ „ „ „ „ „ „	223	+4
„ „ „ „ „ „ „ „	-20	-12	„ „ „ „ „ „ „ „	203	+13
„ „ „ „ „ „ „ „	-138	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	50	-11
„ „ „ „ „ „ „ „	82	+1	„ „ „ „ „ „ „ „	133	+11
„ „ „ „ „ „ „ „	74	+1	„ „ „ „ „ „ „ „	48	-2

) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

1. Preis Arcona-Räder

Der Siegeszug der Arcona-Fahrräder.

IV. Berliner 6-Tage-Rennen
I., II., III., IV. Preis auf Arcona-Rad gewonnen!

II. Dresdener 6-Tage-Rennen
I., II., III., IV., V. Preis auf Arcona-Rad gewonnen!

V. Berliner 6-Tage-Rennen
II., IV., V., VI. Preis auf Arcona-Rad gewonnen!

Wohl kein anderes Fabrikat der Welt kann diese Erfolge aufweisen.

Die besten Rennfahrer der Welt fahren die **Marke Arcona — das beste Rad** weil leichtlaufend, stabil und zuverlässig.

Neue Spezial-Fahrräder fertig m Pneumatik 35 M.
Neue Damen-Fahrräder 38, 45, 50 M.
Neue Arcona-Fahrräder 55, 65, 75, 85 M.
 13 Jahre Garantie und Verleerungsscheln auf **3000 M.**

Neue Dürkopp-Fahrräder 75 M.

Fahrradzubehörteile billiger: Karbid-Laternen 1.10, mit Kessel 2.50. Laufdecken, ganz dicke Gummiauflage, 18 Monate Garantie 3.25. Gehrigeisen, 12 Monate Garantie, riesige Gummiauflage, 3.—. Stollenrollen, 12 Monate Garantie, 5.25. Laufdecken, 12 Monate Garantie, 4.—, ohne Garantie 1.—, 1.50, 1.75. Luftschlüsseln, alle Größen, ohne Garantie 1.25, mit 12 Monate Garantie 2.—, 18 Monate Garantie 3.50. Pedale 75 Pf. Touren-Rollenketten 55 Pf. Luxus-Reinnetten, Hohlketten 2.—. Leder-Artel 1.25. Fuss-Luftpumpen 40 Pf. Luftpumpen, wetterfest vernickelt, 80 Pf., vorstellbar 2.25. Griffe, Paar 12 Pf. Glocken 9 Pf. Ständer 20 Pf. Rucksäcke 40 Pf. usw. usw.

Ausserdem **Automobile u. Automobil-Zubehörteile:** Motoren, Vergaser, Getriebe, Zylinder, Kühler, Automobil-Beleuchtungs-Gegenstände, Auto-Rollen, Cyclonetten-Rollen, Motorzweiräder, Gepäckdreiräder, Schreibmaschinen etc.

Ernst Machnow, Berlin, Weinmeisterstrasse 14,
Größtes Fahrradhaus Berlins, Jahresumsatz ca. 20 000 Fahrräder.
Verlangen Sie Katalog über Arcona-Räder, Arcona-6-Tage-Modelle und Fahrradzubehörteile gratis und franko.
Sonntag von 8—10 und 2—6 Uhr geöffnet.

Zähne 1.50 M. 10 Jahre Garantie.
Sahnarsl Well, Potsdamer Straße 55 (Dachbahnstation).

Santa Lucia
Kraft-Rotwein

Flasche 1.50 u. 2 M.
Nachahmungen bis zu rückweisen

Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Delikatess-Geschäften.

Knorr Suppen-Würfel

Wer nicht probiert, verliert.

3 Teller Suppe 10 Pfg.

Ruch 14-jähriger Tätigkeit bei der Firma **Müller Söhne**, Wiesbaden, und langjähriger Reisen im In- und Auslande für dieselbe habe ich mich in **Berlin, Oranienburger Str. 46/47**, vis-à-vis Postamt, niedergelassen, um **künstliche Augen** direkt für Patienten und nach Muster herzustellen. Für allerbeste Ausführung leichte Garantie.

Richard Greiner,
Sprechstunde 9—12, 2—5. Fernsprecher Norden 6175.
Silberne Medaille Weltausstellung Brüssel.

Stoffe

für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots, Damenkostüme Wtr. 3.— 4.— 5.— 6.— 8.—
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, dts.-a.-vis d. Petrifabrik.

Auf Teilzahlung!
Ohne Anzahlung! Kein Kassierer.
Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Stepp-, Plüsch- und Divandeen.
Matzner, Gutfeldstraße 41.
Bildergeschäft. Kartenz. od. Besuch erbet.

Bis jetzt verkauft **1536 Grundstücke**

Anglegte Obstgärten, Wald- u. Garten-Grundstücke für Eigenheim und Ferienhäuser — Außerst billige und günstige Kaufgelegenheit.

Neu-Sadowa
Stat. Sadowa, a. d. St. asse n. Biesdorf, 5 Min. vom Bahnhof, Qu.-Rute von 15 M. an.

Kaulsdorf
Neu erschlossenes Gelände, 8 Minuten v. Bahnhof, Quadr.-Rute von 12 M. an.

Petershagen
Stadion Fredericksdorf a. d. Ostbahn, Qu.-Rute von 6 M. an.

Biesdorf
Station an der Ostbahn, direkt am Bahnhof beginnend, Qu.-Rute von 20 M. an.
Bei kleinster Anzahl, langjähr. Hypotheken. — Verkaufsstellen an den Bahnhöfen und auf dem Gelände. — Prospekte kostenlos.

Nieschalke & Nitsche
Berlin NO 42, Nene Königsstr. 14.
Fernspr. - Amt Königsstr. 6376.

Drei Tropfen Kaol

flüssige Metall-Politur putzen das schmutzigste Metall spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pf. Ueberall zu haben.
Fabrik: **Lubszynski & Co., G. m. b. H. Berlin-Lichtenberg.**

Arbeiter, jeder praktisch Mann
jeder für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei **Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung**
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neustädt. Bergstr. 66
Nähe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstr. am Friedrichshagen. (Nahverkehr) am Ringbahnst. (Nahverkehr) am Ringbahnst.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Heinrich Franck
Tel.: Amt Ndn 4352. Brunnenstraße 22. 8 bis 7 Uhr geöffnet.
Viele neue Sumatra- u. Vorstentl.-Sandblätter, hochfeine helle, hellfarne und weiße Farben!
Preise von M. 2,85 bis M. 8,25 verzollt.
Decken Sie jetzt Ihren Bedarf in feinen Tabaken!

Neueste Knaben-Moden



Anzug: Oskar weinrot, od. grauer Cheviot, Krage n. Schnurbesatz Für 2-3-jähr. Knaben 2.50 M. Jedes Altere Jahr 25 Pf. mehr.

Farbige Tricot-Sweater 1.45, 1.10 M. 05, 55 Pf. Spiel-Höschen 2.50, 1.25, 95 Pf. Sport-Höschen blau Satin von 1.50 an

Wasch-Anzug Nr. L. Gestreift für 2-3 Jahre 1.10 M. Jedes Altere Jahr 10 Pf. mehr. Nr. N. Gestr. Leder-Satin für 2-3 J. 3.50 Jedes Altere Jahr 25 Pf. mehr.

Anzug: Merkur Fein-blauer Kammgarn-Cheviot, Satin-Überkragen, Hose ganz gefüttert. Für 2-3-jährige Knaben 12.50 M. Jedes Altere Jahr 75 Pf. mehr.

Anzug: Rügen Dunkel-bl. Kammgarn-Cheviot, Satin-Überkragen, Hose ganz gefüttert. Für 2-3-jährige Knaben 9 M. Jedes Altere Jahr 50 Pf. mehr.

Anzug: Keitum Blauer Cheviot m. Satin-Überkrag. Kittelform. Für 1-3-jährige Knaben 6.50 M. Jedes Altere Jahr 50 Pf. mehr.

Anzug: Saxeitz Sport-Hemd und blaue Kammgarn-Hose. Für 10-jähr. Knaben 3.50 M. Jedes Altere Jahr 50 Pf. mehr.

Anzug: Leo Beht Kleider Anzug, dunkelblauer Cheviot mit kurzer oder langer Hose. Für 2-3-jähr. Knaben 19 M. Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.

Anzug: Borkum Braun, gras od. grünblauer Cheviot, gestreute Taschen. Für 2-3-jährige Knaben 11 M. Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.

Anzug: Fähr Blau gestripptes Kammgarn-Cheviot, Hose ganz gefüttert. Für 2-3-jährige Knaben 6.50 M. Jedes Altere Jahr 50 Pf. mehr.

Anzug: Westerland Oliv, gras, braun od. grünlicher Cheviot, Hose ganz gefüttert. Für 10-jähr. Knaben 10 M. Jedes Altere Jahr 75 Pf. mehr.



Anzug: Kurt Gestreift Phantasie-stoff, Fischgräten-gewerbe, elegante Verarbeitung. Für 10-jähr. Knaben 15 M. Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.

Anzug: Prinzheirich Reinwoollen Kammgarnstoff, Prima-Satins-Verfärbung. Für 2-3-jährige Knaben 12 M. Jedes Altere Jahr 75 Pf. mehr.

Anzug: Apollo Feiner, blauer Kammgarnstoff mit Überkragen. Hose ganz gefüttert. Für 2-3-jähr. Knaben 9.50 M. Jedes Altere Jahr 50 Pf. mehr.

Anzug: Neigoland Neueste Muster in Cheviots, bestes gute Verarbeitung. Hose Breest. Für 10-jähr. Knab. 19 M. Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.

Anzug: Andreas Loden-Joppe mit Leberhose. Für 2-3-jähr. Knab. 6.60 M. Jedes Altere Jahr 30 Pf. mehr.

Hosener Mantel Feines Strichloden in gras grünlich, sehr praktisch. Für 6-7-jähr. Knaben 8.50 M. Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.

Pyjack: Kornholm Modellarb, Cheviot-coat, sehr eleg. Ausführung. Für 3-4-jähr. Knaben 11.50 M. Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.

Pyjack: Prinz Heinrich Dunkelblauer Cheviot, guter, sehr haubar. Für 2-jähr. Knaben 7.50 M. Jedes Altere Jahr 75 Pf. mehr.

Ulster: Gortina Gras, grünlicher Cheviot, sehr schick verarbeitet. Für 2-jähr. Knaben 12 M. Jedes Altere Jahr 75 Pf. mehr.

Pyjack: Carl Echtfarbig, Cheviot in vornehmer Ausstattung, Aermel u. Krage n. Abwech. Für 2-jähr. Knaben 4.25 M. Jedes Altere Jahr 25 Pf. mehr.

Pelerine: Sturm Gras od. grünlich, Strichloden, Imprägniert mit Tragehaken, and Armdurchlöcher, 10 cm lang. 4.50 M. Jede 10 cm länger 50 Pf. mehr. Prima: 70 cm lang 6 M. Jede 10 cm läng. 1 M. mehr.

Nächsten Sonntag
von 8-10 vorm.
und 2-6 nachm.
geöffnet
Himmelfahrt v. 8-10 geöffnet

BaerSohn

Kleider-Werke - Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 - 11 Brückenstraße 11 - Gc. Frankfurter Straße 20 - Schöneberg, Hauptstr. 10

Mützen, Hüte, Wäsche,
Krawatten, Hemden,
Strümpfe, Hosenträger
usw. sehr billig
Man verlange Hauptkatalog
Himmelfahrt v. 8-10 geöffnet
Jeglicher Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Letzte Moden) auf Wunsch kostenfrei

5. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. Mai 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Nachdruck verboten.)

(Ohne Gewähr.)

200 40 [3000] 548 728 87 800 [5000] 89 92 959 1017
104 57 94 308 028 60 878 940 2228 70 97 361 420 961
3053 75 181 92 207 15 650 625 [1000] 4077 [3000]
225 44 59 83 808 64 720 [3000] 46 [500] 65 842 77
600 8006 41 231 519 633 70 6121 393 413 635 718
7010 21 445 500 59 86 710 856 960 8034 78 95 401
8 803 918 96 9013 67 332 47 312 443 44 868 794
10010 45 120 [3000] 408 865 840 11095 370 474
645 [1000] 76 751 918 12245 63 99 [3000] 384 807
710 35 70 808 908 13172 [1000] 70 228 62 302 24
612 024 80 [1000] 704 [500] 842 970 14032 142 65
894 892 603 787 622 37 15021 40 72 116 318 47 368
681 773 10097 [600] 122 83 67 358 87 422 679 755
825 99 10000 919 22 17015 102 320 312 408 609
[500] 684 705 930 18062 88 992 910 [3000] 19398
168 78 634 645 970 80
20008 187 [500] 80 804 11 303 20 65 68 449 895
614 43 61 703 41 71 940 82 21114 259 78 311 412
85 [500] 43 [500] 852 889 22134 84 243 535 940 749
81 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
24608 68 495 848 [500] 255121 280 79 340 11000 65
492 758 898 26222 90 117 59 328 [500] 448 543 630
44 843 845 83 27147 620 688 904 [1000] 28101 43
872 855 737 53 870 687 28188 657 754 98 879
871 [500]
30005 241 357 315 45 427 810 649 [500] 723 83
76 834 960 72 31105 58 244 402 513 739 50 893 [500]
881 68 83 32194 498 514 28 603 62 763 77 883 33028
61 23008 161 338 409 [3000] 43 77 834 812 62 913
2

Stadtverordneten-Verammlung.

17. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch, den 15. Mai 1912, nachmittags 5 Uhr.

Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten in Urlaub gegangenen Vorstehers Richelet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Wahl des Ersten Bürgermeisters.

Vor dem Eintritt in die Wahlhandlung richtet der Vorsteher-Stellvertreter Cassel folgende Ansprache an die Versammlung: Wir haben heute auf unserer Tagesordnung Anträge und werden sie in geheimer Sitzung beraten, welche der Magistrat an uns wegen des Abgangs des Oberbürgermeisters Kirchner gerichtet hat. Ich habe gerechten Grund zu der Annahme, daß ich in Uebereinstimmung mit allen Mitgliedern der Versammlung handle, wenn ich schon jetzt in unserer öffentlichen Sitzung unförmlich alleseitigen Bedauern über seine Amtsniederlegung hiermit Ausdruck gebe (Beifall), da alle Versuche, ihn zum Weichen zu bewegen, keinen Erfolg gehabt haben. Es wird in Zukunft Gelegenheit sein, das Walten und Wirken des Herrn Oberbürgermeisters Kirchner in unserer Gemeinde näher zu beleuchten; heute aber glaube ich in Uebereinstimmung mit Ihnen zu handeln, wenn ich hiermit in unser aller Namen die gewissenhafte Pflichterfüllung, die unermüdbare Sorgfalt, das reiche Wissen und Können und die unerschütterliche, feste und niemals wankende Entschlossenheit, unsere Selbstverwaltung und ihre Rechte zu schützen, sowie seine Verdienste um unsere Stadt hiermit in unser aller Namen anerkenne. Die Persönlichkeit des Herrn Oberbürgermeisters Kirchner und seine hohen Leistungen werden dafür sorgen, daß in der Geschichte der Stadt Berlin sein Name unvergessen bleiben wird. Wir alle aber, die wir den Vorzug gehabt haben, mit ihm in der Selbstverwaltung zu arbeiten, werden seiner als eines hervorragenden, hochgebildeten, hoch- und freigeistigen, aufrechten, charaktervollen und wahrhaft vornehmen Mannes stets in Treue und Ehrfurcht gedenken für alle Zeit. (Lebhafte Beifall.) Die Wahl erfolgt unter der Voraussetzung des Amtsantritts am 1. September 1912.

Das Ergebnis ist die Wahl des Staatssekretärs a. D. Wermuth mit 72 Stimmen; 42 Jettel sind unbeschriftet, 1 enthält mehr als einen Namen. Im ganzen sind 116 Jettel abgegeben, eine Stimme entfällt auf den Stadtrat Dr. Biemer. Der frühere Reichsfinanzsekretär Wermuth ist somit für zwölf Jahre ab 1. September 1912 mit einem Gehalt von 40 000 M. zum Ersten Bürgermeister von Berlin gewählt. Die Versammlung tritt hierauf in ihre eigentliche Tagesordnung ein. Ein Antrag Rodler (A. L.) geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, dem Preussischen Feuerwehrcorps 15 000 M. zur Errichtung des geplanten

Feuerwehr-Erholungsheims in Verbindung mit einer Landesfeuerwehrschule zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird vom Antragsteller und vom Stadtrat Solmitz (Fr. Fr.) warm empfohlen. Auch Stadtrat Rosenow (A. L.) stimmt in das Lob der Feuerwehr ein, bemängelt aber gerade aus diesem Grunde, daß der Antrag einseitig von einer Fraktion eingebracht sei, ohne daß man sich mit den anderen Fraktionen ins Benehmen gesetzt habe.

Stadtrat Dr. West (Soz.): Auch wir stehen der Vorlage sehr sympathisch gegenüber; trotzdem die Feuerwehr königlich ist und wir mit dieser nur zu tun haben, wenn wir für sie in die Tasche greifen müssen, werden wir doch im Ausschuss eifrig mitarbeiten. Es ist zureichend erwähnt worden, daß wir in unsern Heimstätten für Genesende auch den erkrankten und erholungsbedürftigen Feuerwehrleuten nach Möglichkeit entgegenkommen; aber es soll an unserer Unterstützung nicht fehlen, wenn darüber hinaus etwas für die Feuerwehrleute gesehen kann.

Nachdem noch Stadtrat Bamberg (A. L.) in Abrede gestellt hat, daß seine Fraktion mit Absicht einseitig vorgegangen sei, und die Hoffnung ausgesprochen hat, daß die ganze Versammlung dem Antrag zustimmen werde, wird dieser an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern verwiesen.

Zur Beratung steht sodann der vom Magistrat vorgelegte Entwurf eines Ortstatuts über die Anstellung und die Befugnisse von Direktoren in der Verwaltung der Stadt Berlin.

Die Vorlage wird mit Rücksicht auf ihre große Bedeutung und Tragweite von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Die Schlossbrücke soll unter Befestigung der hölzernen Brückenklappen massiv umgebaut werden. Die Kosten sind auf 140 000 M. veranschlagt.

Die Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme.

An der Freibad Müggelsee-W. m. B. S. soll sich Berlin nach einem Magistratsantrage durch Erwerb eines Geschäftsanteils von 5 000 M. beteiligen.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung; eine Erörterung findet nicht statt.

Das Besondere Gelände auf der Judenwiese an der Spree zwischen dieser und der Wallenweberstraße soll nach einem neuen Fluchtlinienprojekt durch Anlegung von drei Straßen aufgeteilt und erschlossen werden.

Auch diese Vorlage wird ohne Erörterung gutgeheißen.

In Alt-Landsberg gelangt am 20. Mai ein Grundstück zur Zwangsversteigerung, auf welches eine Sicherungshypothek von 865 M. eingetragen ist, welche eine von der Stadt in offener Armenpflege unterstützte Frau Müller wegen Alimentenforderung gegen den ursprünglichen Eigentümer, den von ihr getrennt lebenden Ehemann, hat eintragen lassen. Vor dieser Hypothek steht noch eine Hypothek von 8 000 M. eingetragen, so daß die Sicherungshypothek mit 8 865 M. ausgeht.

Der Magistrat beschließt, dieselbe auszubieten, eventuell das Grundstück zu ersteigern und, falls notwendig, die erste Hypothek bar auszuzahlen.

Nachdem auf Anfrage des Stadtrat Dr. Arons (Soz.) Stadtrat Dr. Frank bestätigt hat, daß nur die Hypothek ausbezahlt und über die Summe von 8 865 M. nicht hinausgegangen werden solle, wird die Vorlage angenommen.

Schluß gegen 7 Uhr.

Soziales.

Der Minister gegen das geschwundene Vorgehen zugunsten der Ärzte.

In dem Hallenser Arztstreit ist der Minister jetzt endlich gegen das zugunsten der Ärzte erfolgte geschwundene Vorgehen des Regierungspräsidenten eingetreten. Wie die „Saale-Zeitung“ meldet, hat der Minister für Handel und Gewerbe durch Erlass vom 11. Mai den Regierungspräsidenten in Merseburg veranlaßt, die Verfügung zurückzunehmen, vermöge der die Hallenser Kronrentenbesitzer den Ärzten des Leipziger Verbandes 60 Proz. ihrer Honorarforderung auszahlen. Es genügt freilich diese ministerielle Korrektur noch nicht.

Beamtenkonsumvereine.

Der Finanzminister hat unter dem 9. d. M. einen jetzt im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Erlass den Präsidenten der Ministerial-

Militär- und Baukommission, der Staatsschuldenverwaltung, der Seehandlung, der Generallotterielasse, der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern, dem Münzdirektor und dem Leiter des Hauptstempelmagazins zugehen lassen. In dem Erlass richtet sich der Minister unter Hinweis auf Klagen von Mittelstandsvereinigungen dagegen, daß Beamte sich während der Dienstzeit und unter Benützung dienstlicher Räume durch Einkauf, Lagerung und Abgabe von Waren zugunsten der Beamtenkonsumvereine betätigen. Ebenso wendet sich der Minister dagegen, daß zum gemeinschaftlichen Warenbezug von Beamten Diensträume, Voten, Kistenwagen benützt werden.

Staatsgelder für Konsumgenossenschaften.

Der Feuerungs-Ausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hat unter anderem auch beschlossen, die Regierung aufzufordern, den Konsumgenossenschaften, welche die Lebensmittel zu billigen Preisen von Produzenten an den Konsumenten vermitteln, die größte Förderung angedeihen zu lassen, solche Einrichtungen des direkten Absatzes zu subventionieren und eine Konsumgenossenschaftsliste zu errichten, aus der landwirtschaftlichen, gewerblichen und Konsumgenossenschaften billiger Kredit verschafft werden soll. Das wäre so eine Summation an unsere „Preußenkasse“, über die die Hammer und Kalkewitz zu Gericht sitzen!

Hege gegen das Berliner Gewerbegericht.

In mehreren bürgerlichen Blättern, so den „Berliner Neuesten Nachrichten“, der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Post“, sind in jüngster Zeit Artikel erschienen, die sich mit dem von uns mehrfach erwähnten Prozeß beim Berliner Gewerbegericht gegen die Firma Siemens u. Halske beschäftigen. Die Absicht der letzteren, verschiedene Beisitzer des genannten Gerichts als befangen abzulehnen, ist bekanntlich bisher mißglückt. Das hinterher angerufene Landgericht hat noch nicht gesprochen. Offenbar ist in der Absicht, den Spruch des Landgerichts zu beeinflussen, wird nun gegen das Berliner Gewerbegericht, und besonders gegen die sozialdemokratischen Beisitzer der Vorwurf erhoben, daß sie einseitig zugunsten der Arbeiter urteilen. Diese Behauptungen sind vollständig aus der Luft gegriffen. Die Artikelschreiber beweisen mit ihrer Anpöbelung nur, daß ihnen die Verhältnisse am Berliner Gewerbegericht vollständig unbekannt sind. Die Vorsitzenden des Gewerbegerichts haben stets anerkannt, daß die durch die sozialdemokratische Liste gewählten Beisitzer redlich bemüht sind, objektiv zu urteilen. Den angeführten Zeitungen kommt es bei ihrem Angriff auf einige grobe Unwahrheiten mehr oder weniger nicht an. So wird z. B. behauptet, auch unter den Arbeitgeberbeisitzern befänden sich beinahe zwei Drittel Sozialdemokraten. Tatsächlich sind leider von den 210 Arbeitgeberbeisitzern nur einige dreißig aus der sozialdemokratischen Liste gewählt. Aber der Hege wäre ja jeder Boden entzogen, wenn jene Blätter der Wahrheit die Ehre gäben.

Die Firma Siemens u. Halske hat übrigens jetzt in ihren Arbeitsordnungen überall das Spanbauer Gewerbegericht als allein zuständige Instanz für Prozesse aus dem Arbeitsverhältnis zwischen ihr und ihren Arbeitern bezeichnet. Diese Vorschrift ist unglücklich, weil eine einseitige Festlegung der Zuständigkeit eines Gerichts nach dem Gesetz unzulässig ist und weil selbst eine dahingehende allgemeine Vereinbarung, wie längst vom Chemnitzer Gericht mit Recht entschieden ist, gegen die guten Sitten verstieße.

Unbegrenzte Ueberarbeitspflicht eines Krankenkassenangestellten.

Mit dieser Frage, die für das Arbeitsverhältnis der Angestellten der Ortskrankenkassen von sehr erheblicher Bedeutung ist, hatte sich das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Berlin, in seiner Sitzung vom 14. Mai 1912 zu beschäftigen. Der Angestellte F. der Ortskrankenkasse der Maschinenbauarbeiter in Berlin war im vergangenen Jahre mehrfach zur Vertretung eines anderen Angestellten beordert worden; seine Arbeiten sollten in der Zwischenzeit von einem anderen Angestellten erledigt werden. Der Angestellte F. bemerkte jedoch stets nach der Rückkehr auf seinen Posten, daß erhebliche Rückstände aus der Tätigkeit seines Vertreters liegen geblieben waren. Er versuchte nun, diese Rückstände teilweise nach Schluß der Bureauzeit zu erledigen und meldete den Tatbestand auch dem Abteilungsvorsteher Warnst. Dieser veranlaßte jedoch nichts darauf. Als nun am 9. September 1911 erkrankte, ließ der Vorstand die Rückstände durch einen anderen Angestellten aufarbeiten und erteilte dem Angestellten F. nach seiner Wiederherstellung eine Verwarnung mit der Androhung, daß er im Wiederholungsfalle entlassen werden würde. Hiergegen richtete sich die Beschwerde des F., mit der er vom Schiedsgericht am 14. Mai 1912 abgewiesen wurde. Das Schiedsgericht war der Ansicht, daß der Angestellte auch für die von seinem Vertreter verursachten Rückstände verantwortlich sei und sie eben durch Ueberarbeiten hätte beseitigen müssen. Da er dies jedoch nur sehr unvollkommen versucht habe, sei die Verwarnung als eine sehr milde Bestrafung zu betrachten.

Wenn diese Rechtsauffassung wirklich Geltung erhalten sollte, so würde das für die Angestellten der Krankenkassen zu unabsehbaren Konsequenzen führen. Sie müßten dann stets trotz der größten Ueberlastung alle vorkommenden Arbeiten erledigen, und nicht nur die übrigen, sondern auch die anderer Angestellten. Die selbige Ueberlastungsfrage würde dadurch allerdings für die Krankenkassen mit einem Schläge gelöst sein. Es ist zu hoffen, daß die Krankenkassen, deren sozialer Sinn sich schon so oft bewährt hat, sich diese Auffassung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung nicht aneignen.

Weiße Salbe.

Die zum Schutze der Arbeiterinnen erlassenen Vorschriften, die eine über das gesetzliche Maß hinausgehende Beschäftigung verhindern sollen, sind im allgemeinen nur „Weiße Salbe“. Das Unternehmertum findet mannigfache Mittel und Wege, die Bestimmungen zu umgehen. Leider kommen ihnen dabei wirtschaftliche Not, Unwissenheit und die Angst der Arbeiterinnen, die von einem nicht willfährigen Verhalten den Verlust der Arbeitsstelle oder sonstige Schädigung befürchten, hilfreich entgegen. Daß die Bestimmungen vielfach nur für die Not sind, bestätigt das Ergebnis der von den Gewerbeinspektoren angestellten Untersuchungen über den Umfang der Rinnahme von Arbeit nach Hause. In dem Bericht für 1911 wird darüber berichtet. Reistens kommen hierbei nur Arbeiterinnen in Frage. Und das Ergebnis ist im großen und ganzen negativ. Die Beamten müssen gestehen, daß sie der Kniffe und Pfliffe der Unternehmer bei der Umgehung der Bestimmungen nicht gewachsen sind. Nicht einmal der Umfang der Rinnahme nach Hause läßt sich feststellen, noch viel weniger inwiefern dabei gegen die Schutzgesetze verstoßen wird. Vollständig illusorisch wird die Kontrolle durch das nachfolgend umschriebene System, von dem eine Reihe der Beamten berichtet. Den Angaben des Landespolizeibezirks Berlin entstammt diese Mitteilung: Eine regelmäßige Rinnahme von Arbeit nach Hause findet in bestimmten Gewerbebezirken, namentlich in der Damenkonfektion, insofern statt, als eine nicht unbedeutende Zahl von verheirateten Arbeiterinnen täglich nur einige Stunden vormittags und nachmittags in der Betriebsstätte des Arbeitgebers tätig ist und sich den Hauptteil der Arbeit mit nach Hause nimmt, um nebenher ihren Hausstand besorgen zu können. Vereinzelt verlangen auch Arbeiterinnen die Rinnahme größerer Mengen von Arbeit mit der Begründung,

daß sie bei deren Erledigung von ihren Angehörigen oder anderen Personen unterstützt würden.

Hinter der folgenden Meldung scheint sich ebenfalls ein Trieb zu verbergen, der geordneten Zeit hätte nachkommen können, ihr bedeuten, daß sie dann den Auftrag dieser oder jener ihrer Bekanntschaft übergeben würden, die ihn zu Hause ausführen könne. Aus Rinnahme wird berichtet, die Arbeitgeber hätten sich in den meisten Fällen in der Weise gehalten, daß die früheren Fabrikarbeiterinnen, die zugleich etwas Heimarbeit verrichteten, nun ausschließlich Heimarbeiterinnen wurden. Beispielsweise sind in einer Wollwarenfabrik, die zur Zeit 40 Arbeiterinnen beschäftigte, ungefähr 20 Arbeiterinnen, die früher tagsüber in der Fabrik beschäftigt wurden, nun reine Heimarbeiterinnen geworden. „Ob durch das neue Gesetz eine wirkliche Verbesserung der früheren Verhältnisse erzielt worden ist, erscheint hiernach recht fraglich.“ So bemerkt der Beamte dazu! In Erfurt ist die Rinnahme von Arbeit nach Hause in zahlreichen Anlagen üblich. Nicht aufgeführt hat die Rinnahme von Arbeit für Familienangehörige, wobei die Fabrikarbeiterin die Rolle des Bestellers oder Voten übernimmt. Das Verbot der Rinnahme von Arbeit für Rechnung Dritter wird allgemein so aufgefaßt, daß der letztgenannte Fall dadurch nicht getroffen werden soll!

Die Feststellung, ob die Arbeiterin die mitgenommene Arbeit nicht doch selbst fertigstellt oder bei ihr mißfällt, ist in solchen Fällen kaum möglich. Wie man den Schutzbestimmungen Schnippschen schlägt, wird im Düsselbacher Bericht also geschildert: „Tatsächlich ist beobachtet worden, daß die Arbeiterinnen eines Betriebes sich während der Pause und nach Betriebschluß aus einem anderen, auf demselben Grundstück liegenden Betrieb Arbeit zur Rinnahme nach Hause holten. Auch zwei unmittelbar gegenüberliegende Großbetriebe waren auf den Gedanken eines solchen Austausches ihrer Arbeiterinnen verfallen, ohne daß es indessen zur Ausübung von Arbeit an die fremden Arbeiterinnen gekommen wäre, wohl infolge des großen Angebots von Heimarbeiterinnen. Nach Angabe des Geschäftsführers eines großen Warenhauses hat dieser mehrfach beobachtet, wie sich Putz- und Konfektionsarbeiterinnen an den Samstagen nach Schluß der Werkstätten in den Verkaufsräumen aufhielten und den Käufern von Hüten und Kleidungsstücken die Vornahme unverzüglicher Änderungen in ihren nahegelegenen Wohnungen anboten. Gleiche Beobachtungen wurden auch gelegentlich von Polizeibeamten gemacht. Zu einer gerichtlichen Klärung der Frage, inwiefern solchen Praktiken eine strafbare Umgehung des Gesetzes liegt, hat sich bislang noch kein Anlaß geboten.“ Geschwundene Rinnahme von Arbeit nach Hause wurde in einem größeren Konfektionsbetrieb in Lachen ermittelt, wo vier Mädchen nach Beendigung ihrer zehnstündigen Arbeitszeit von der Direktrice für mehrere Stunden Hausarbeit mitbekamen, obwohl angeblich der Firmeneinhaber dies verboten hatte. Um zu verhindern, daß die Geschäftsleitung etwas hiervon erfährt, wurden die ausgegebenen Sachen auf Namen von männlichen Arbeitern eingetragen.

Die Heimarbeit erweist sich als das breite Tor, das jede Gefeslosigkeit auf diesem Gebiete des Arbeiterinnenschutzes freie Passage gewährt. Es zeigt sich, daß die Redner der Sozialdemokratie gute Propheten waren, als sie bei der Beratung des Heimarbeitergesetzes auf die Unzulänglichkeit der von den bürgerlichen Parteien akzeptierten Bestimmungen hinwiesen. Und es klingt wie bitterer, blutiger Hohn, daß angeblich ihrer Ohnmacht gegenüber kapitalistischen Räden und Läden die Beamten ihre Hoffnung auf die vielbesätteren Arbeiterorganisationen setzen. Nachdem er darauf hingewiesen, daß die Gewerbeinspektion, in dem Bereiche, den Schutzbestimmungen Geltung zu verschaffen, ziemlich machtlos sei, bemerkt beispielsweise der Beamte von Frankfurt a. O.:

Zu widerstandlungen werden im allgemeinen wohl nur durch Anzeigen aus Arbeiterkreisen zur Kenntnis der Aufsichtsbekanntem gelangen. Angesichts des bedeutenden Einflusses der Arbeiterorganisationen im Bezirke ist außerdem damit zu rechnen, daß die organisierten Arbeiter die Durchführung dieser Bestimmungen hier ebenso scharf überwachen werden, wie das bezüglich anderer Gesetzesvorschriften schon lange geschah. So wird auch wohl hier im Wege der Selbsthilfe aus der Arbeiterkraft dem Gesetze gebührende Beachtung verschafft werden.“

Die Konsequenz dieser Tatsachen und Urteile ist eine entsprechende Aenderung der Schutzbestimmungen nach den Forderungen der Sozialdemokratie und dazu die offizielle Mitbeteiligung der Arbeiter in der Gewerbeinspektion durch freigewählte Kontrolleure aus den eigenen Reihen.

Gerichts-Zeitung.

Uebertretung der Arbeiterschutzvorschriften.

In den Berliner Arbeitervereinen zu Reinickendorf, wo bei neunstündiger Arbeitszeit eine dreiviertelstündige Mittagspause galt, war zu Pfingsten 1911 viel zu tun. Es sollte eine Stunde länger gearbeitet werden, also 10 Stunden, ohne daß den Arbeiterinnen eine längere, als die übliche dreiviertelstündige Mittagspause gewährt wurde. Das geschah denn auch. Am selben Tage nahm ein Gewerbeamt eine Revision der Fabrik vor, um festzustellen, ob Schutzvorschriften vorhanden seien. Der Betriebsleiter Schatalowsky sprach bei der Gelegenheit mit dem Gewerbeinspektor über die Längerarbeit und fragte, ob eine Stunde länger gearbeitet werden dürfe. — Der Gewerbeinspektor verwies ihn auf den Weg eines schriftlichen Antrags. Darauf fragte Sch., wieviel es denn kosten könne, wenn man es ohne Genehmigung täte, worauf er die Antwort erhielt, die Richter verhängen gewöhnlich 20 M. Geldstrafe. Nun sagte Sch.: „Na, dann kostet es ja keine Welt.“

Der Betriebsleiter Schatalowsky und der Fabrikbesitzer Reinhold wurden später wegen Uebertretung des § 137 der Gewerbeordnung vom Landgericht zu je 100 M. verurteilt, weil trotz der Längerbeschäftigung (10 Stunden) nur eine dreiviertelstündige Mittagspause gewährt worden sei und nicht eine solche von einer Stunde, wie es erforderlich gewesen wäre. Begründet wurde u. a. ausgeführt: Daß der Betriebsleiter Sch. die Absicht gehabt habe, die Schutzvorschrift zu übertreten, steht zweifellos fest. Aber auch der Fabrikbesitzer Reinhold sei strafrechtlich verantwortlich, und zwar gemäß § 151 der Gewerbeordnung. Reinhold sei dabeigewesen, als der Betriebsleiter die Unterhaltung mit dem Gewerbeamt hatte. Aus dem Verhalten des Leiters habe er entnehmen müssen, daß er den Arbeiterinnen trotz der auf 10 Stunden verlängerten Arbeitszeit keine längere Mittagspause gewähren würde. In Betracht komme, daß Schatalowsky eine große Nichtachtung dem Beamten und den sozialpolitischen Bestimmungen gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, und daß der Betriebsinhaber Reinhold dies ohne Widerspruch habe hingehen lassen.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die gegen dies Urteil von den Angeklagten eingelegte Revision, weil die Vorentscheidung keinen Rechtsirrtum erkennen lasse.

Zum Stellenvermittlungswesen.

Der Stellenerverein „Altköln am Wasser“, zu dessen Zweck auch die Stellenvermittlung gehört, läßt diese durch sein Mitglied Wilhelm in dem Bureau ausführen, welches sich in einem besonderen Räume der Postwirtschaft der Frau Wilhelm

besteht. Dort hielt auch der Verein seine Sitzungen ab. Die Vermittlung erfolgte unentgeltlich. Da die Nachfrage nach Stellen über die Zahl der Mitglieder manchmal hinausging, so wurden zuweilen Inserate erlassen, zum Beispiel folgenden Inhalts: „60 Stellen verlangt Burgstraße 10.“ Die vereinsfremden Stellen, für die die Vermittlung ebenfalls unentgeltlich war, hielten sich, wenn sie auf die Vermittlung warteten, teils im Bureau, teils in dem Gastzimmer auf und machten bei der Frau Wilhelm eine Rache in Speisen und Getränken. Die Einnahmen der Frau Wilhelm wurden dadurch in beträchtlichem Maße erhöht.

Aus Grund dieses Tatbestandes verurteilte das Landgericht Herrn Wilhelm wegen Hebertretung des Stellenvermittlungsgesetzes zu einer Geldstrafe, weil er gewerbmäßig die Stellenvermittlung betrieben habe, ohne die dafür vorgeschriebene Erlaubnis zu besitzen. Das Kammergericht verwarf dieser Tage die vom Angeklagten eingelegte Revision aus folgenden Erwägungen: Der Verein besitze keine Rechtsfähigkeit. Somit könne nicht sein Vorstand verantwortlich gemacht werden. Es sei vielmehr jedes Mitglied, das für den Verein tätig werde, verantwortlich. Daraus ergebe sich die Verantwortlichkeit des Angeklagten im Hinblick auf die Stellenvermittlung, da er sie ausgeführt habe. Es frage sich, ob er sie gewerbmäßig ausgeübt habe. In diesem Falle hätte er die Erlaubnis haben müssen. Es sei anzunehmen, daß er die Stellenvermittlung auf eigene Rechnung und Verantwortung, wenn auch gleichzeitig mit auf Verantwortung und Rechnung der anderen Vereinsmitglieder, betrieben habe. Ferner sei anzunehmen, daß er es gewerbmäßig getan habe, daß er es also getan habe, um dauernd einen Gewinn daraus zu erzielen. Und zwar insofern, als er im Auge gehabt habe, in der gedachten Weise das Einkommen seiner Frau aus der Gastwirtschaft dauernd zu steigern. Es sei gleichgültig, ob die Kneipe seiner Frau oder ihm gehörte. Der Zusammenhang zwischen beiden als Eheleuten bringe es mit sich, daß auch ihm zugute komme, was die Frau mehr gewinne. Da er die Erlaubnis zur gewerbmäßigen Stellenvermittlung nicht hatte, so habe er sich strafbar gemacht.

Ein Streik von Landarbeitern.

Auf dem Gute Grumbow, Kreis Stolp, einem Herrn von Livonius gehörig, waren circa 60 galizische Arbeiter mit dem Auftrage von Kartoffeln beschäftigt. Laut Vertrag sollten sie für jeden Korb Kartoffeln, deren Inhalt 60 Pfund betragen soll, 6 Pf. erhalten. Tatsächlich erhielten die Körbe aber 80—90 Pfund und merkten die Arbeiter diese Differenz erst später. Natürlich verlangten sie nun eine größere Entschädigung, die ihnen nach langem Strauben bewilligt wurde. Da nun durch diese Täuschung das Mißtrauen bei den Arbeitern geweckt war, ist selbstverständlich. Als sie nun am Sonnabend nicht den vollen Lohn erhielten, sondern nur eine Abschlagszahlung, wurden sie empört und wollten nicht weiter arbeiten. Selbst als am Montag der Rest des Geldes gezahlt wurde, hatten sie doch in ihrer großen Mehrzahl keine Lust weiter zu arbeiten. Infolge reichlichen Alkoholgenusses entstand des Abends eine Rauscherei, bei der ein galizischer Arbeiter mehrere Arbeiter bedrohte und verschiedene Gegenstände zerstörte. Außerdem sollten drei galizische Arbeiter die anderen Arbeitswilligen durch Drohen mit Mißhandlungen genötigt haben, die Arbeit einzustellen. Tatsächlich reisten dann am anderen Tage die übergroße Mehrzahl der Arbeiter ab. Dieserhalb hatten sich vor der Strafkammer in Stolp die Arbeiter Wladislaus Kowilecki, Martin Gzorski und Simon Krotowski zu verantworten. Sie sollen in diesem „Streik“ als Mädelstörer tätig gewesen sein. Sie bestritten aufs entschiedenste ihre Schuld. Sie erklärten, sie haben die Arbeit nur eingestellt, weil sie kein Essen bekamen. Die Arbeiter, die später arbeiteten, beklagten, daß keine Nötigung vorlag. Demgegenüber sagten der Inspektor und Hofmeister aus, daß

ihnen mitgeteilt sei von Arbeitern, daß sie sich bedroht fühlten. Der Staatsanwalt beantragte, da in unerhöhter Weise die Notlage des Besitzers ausgenutzt wurde, sogar das Doppelte zu verlangen, eine Gefängnisstrafe von je 3 Monate, da hier eine strafbare Verabredung zum Zwecke, erhöhte Löhne zu verlangen, vorliege. Das Gericht konnte dieser Deduktion nicht folgen und erkannte auf Freisprechung der Angeklagten.

Polizeiverordnungen gegen das Konfubinat.

Eine alte kurhessische Verordnung, welche Strafvorschriften mit Bezug auf das Leben im Konfubinat enthält, erklärte das Kammergericht am 6. d. M. für ungültig. Die Verordnung bezwecke den Schutz der Sittlichkeit. Diese Materie sei aber strafrechtlich erschöpfend im Reichsstrafgesetzbuch geregelt. Derselbe Materie behandelnde Verordnungen hätten daneben keinen Raum. Die Angeklagten Pape und Meier wurden freigesprochen bezgl. es wurde ihre Freisprechung durch das Landgericht Kassel aufrecht erhalten.

Das Toilettenwasser der Mönche von Nonifaz Maria in Eder (Kärnten).

Mit einem recht eigenartigen Gründungsschwindel, auf welchen ein österreichisches Kloster und sogar das Staatssekretariat des Vatikans hineingefallen ist, wird sich am Freitag unter Vorbehalt des Landesgerichtsdirektors Gadel die 5. Strafkammer des Landesgerichts III zu beschäftigen haben. Angeklagt des Betruges gegen mehrere bekannte Berliner Finanzleute ist der Kaufmann Karl Glabich, der sich zurzeit im Auslande aufhält, um dort eine neue Erfindung zu realisieren. — Der Angeklagte hatte vor längerer Zeit ein neues Toilettenwasser à la Eau de Cologne erfunden, von dem er sich sehr viel versprach. Um diese Erfindung genügend ausbeuten zu können, wählte er eine neue Methode an. Er wandte sich an den Prior des Klosters Nonifaz Maria bei Klagenfurt in Kärnten und verstand es auch, diesen für seine Idee zu interessieren, die dahin ging, daß ein von einem Kloster vertriebenes Toilettenmittel in allen katholischen Ländern einen reichlichen Absatz finden würde. Tatsächlich kam auch zwischen dem Prior jenes Klosters und dem Angeklagten ein Vertrag zustande, nach welchem letzterem verschiedene Räume des Klosters zur Herstellung und dem Versand des Toilettenwassers zur Verfügung gestellt werden sollten. Außerdem sollte die Etikette der einzelnen Flaschen mit den Insignien des Klosters versehen werden. Für diese Gefälligkeit sollte das Kloster für jeden fertigestellten Liter des Toilettenwassers den Betrag von 6,25 M. erhalten. Da die Erlaubnis zu einem derartigen Gewerbebetrieb den Mönchen nur von dem Papst selbst erteilt werden kann, wandte sich der Angeklagte mit Unterstützung des Klosterpriors an den Papst selbst. Der Vertrag wurde auch von dem Staatssekretär des Vatikans genehmigt.

Der Angeklagte begann nun eine ganz ungeheuerliche Reklame für das klösterliche Schönheitsmittel zu machen, und zwar hauptsächlich in Oesterreich, Italien und Spanien, trotzdem ihm nach dem Vertrage jede auffällige Reklame ausdrücklich verboten worden war. Als diese Reklame schließlich in den beteiligten Kreisen selbst unangenehm auffiel, machte der Prior des Klosters von jener Bestimmung Gebrauch und teilte dem Angeklagten mit, daß er den Vertrag für aufgehoben erkläre. Der Angeklagte soll nun — wie die Anklage behauptet — unter Verschweigung dieses Umstandes an mehrere bekannte Geldleute in Berlin herangeraten sein und diese zur Hergabe größerer Summen für das Unternehmen verleitet haben, indem er ihnen vorgespiegelt haben soll, daß es sich um ein glänzendes Geschäft handle, welches Millionen abwerfen würde. In dieser Sache stand schon einmal Termin an, der aber der Vertagung anheimfiel, da von den Rechtsanwältinnen Justizrat Leonh. Friedmann und Dr. Herbert Fuchs das damalige Richteramt des Angeklagten damit entschuldigt wurde, daß diesem ein Schaden von mehreren hunderttausend Mark entstehen würde, da er sich Zweck Gründung einer Fabrik, welche eine von ihm erfundene Methode zur Herstellung von Metallfäden für Glühlampen aus-

beuten solle, im Ausland befinde. Das Gericht verurteilte damals die Sache mit dem ausserordentlichen Hinweife, daß für den Fall, daß der Angeklagte auch zu dem neuen Termin nicht erscheine, ein Steckbrief gegen ihn erlassen werde. Inzwischen ist der Abt des Klosters Nonifaz Maria in St. Veit kommissarisch vernommen worden und hat endlich seiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß er offenbar einem Schwindler in die Hände gefallen sei.

Schießerei.

Eine Revolverjagd, die sich in der Nacht vor Weihnachten in der Dresdener Straße nahe am Oranienplatz abgespielt hat, hat für den 23-jährigen Kaufmann Ernst Lindig eine Anklage wegen Körperverletzung und Schießen in der Nähe bewohnter Gebäude zur Folge gehabt. Als sich L. in späterer Nachtstunde auf dem Heimwege befand, wurde er von einem Aufseher Haupt und dessen Schwager Lohm ohne jede Veranlassung angegriffen. Mit dem Worten: „Du Affe, kannst doch den Hut abnehmen!“ wurde dem L. der Hut einfach vom Kopf geschlagen, und als er sich dies verbot, schlugen die Beiden auf ihn ein, so daß er zu Boden stürzte. In seiner Bedrängnis zog er einen Revolver und gab einen Schreieschuss ab. Als er dann die Flucht ergriff, schloß ihm die Erzgebirger nach und der eine schleuberte einen hölzernen Weihnachtsbaumunterfah, den er mit sich trug, ihm nach und L. wurde im Rücken getroffen. Er gab zum zweiten Male einen Schuss ab, ohne jemand zu treffen. Die wilde Jagd ging weiter; L. schoß zum dritten Male, und als er den Oranienplatz erreichte, kamen von den verschiedenen Seiten Leute herbeigeführt und schlossen sich der Verfolgung des L. an. Dieser kam in dem Gebüsch auf dem Oranienplatz zu Fall und gab, auf dem Bauch liegend, noch einen vierten Schuss ab. Dieser traf den Haupt in den Oberschenkel. Haupt mußte nach der nächsten Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus Verbanen übergeführt werden. — Das Schöffengericht hatte auf Grund dieses Tatbestandes den völlig unbescholtenen L. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, wobei es von der Ansicht ausging, daß der an sich geringfügige Ertrag zweier gleichfalls unbescholtenen Leute zu einem solchen Schießen mit dem Revolver keine ausreichende Veranlassung gegeben habe. Bei der gestrigen Verhandlung vor der 8. Strafkammer als Berufungsinhänger machte Rechtsanwältin Tuschke für den Angeklagten geltend, daß dieser doch zweifellos in der Notwehr gehandelt und diese höchstens überschritten habe, so daß er wohl nur wegen des Schießens in der Nähe bewohnter Häuser verurteilt werden könnte. Es wurde überdies festgestellt, daß die beiden Erzgebirger nicht unbescholtene Leute waren, der eine von ihnen vielmehr schon recht erhebliche Vorstrafen aufzuweisen hat. — Das Gericht hob das erste Urteil auf, kam aber nicht zur Freisprechung des Angeklagten, sondern verurteilte ihn wegen der Körperverletzung zu 300 M., wegen des Schießens an den Menschen bewohnten Orten zu 30 M. und wegen Tragens einer Schusswaffe, ohne im Besitz eines Waffenscheins zu sein, zu 10 M. Geldstrafe.

Eingegangene Druckschriften.

Familienkennern. Vierzehn Geschichten von Weiß und Kindern, von Dienstboten und von der Welt. Von Walter Hasen. 2 M. — Die Erziehung. Novelle von Anselm Heine. 2 M. — Der neue König. Roman von R. v. Besk. 4 M. G. Neumann, Berlin W. 2. Pfadfinderbuch für junge Mädchen. Herausgegeben von E. v. Hoffgarten. 2 M., geb. 3 M. D. G. Neumann, München. Deutscher Geschichtskalender für 1912. Begründet von A. Wippermann. 1. Heft. 1,35 M. F. Meiner, Leipzig. Neue Frauenkleidung und Frauenkultur. Heft 5. G. Braun, Karlsruhe i. B. Naturwissenschaftl. Techn. Volksbücherei. Herausg.: Dr. B. Schmid. 17—21. Die Metalle nach Vorkommen, Gewinnung, Verwendung und wirtschaftlicher Bedeutung von Dr. R. K. Hemmer. 1 M. — Die Wissenschaft der Schöpfung und Vieharbeiter von L. Wunder. 40 Pf. — 26—28: Die Chemie der menschlichen Nahrungsmittel von Dr. H. Bauer. 60 Pf. — 24—25: Heizung und Heizungsanlagen von R. Rabung. 40 Pf. — Th. Thomas, Leipzig.



Ich schnitt' es
gern in alle
Rinden ein

21⁷⁵

Kleider

In leicht Sommerstoffen, weiß u. in zarten Modifarben
von 11⁰⁰ bis 75⁰⁰

29⁷⁵

Popeline Palet.

In äusserst geschmackvollen Ausführungen und der enormen Nachfrage entsprechenden Auswahl
von 9⁷⁵ bis 37⁵⁰

36⁷⁵

Wasch-Kostüme

sehr aparte Fassons aus prima Ware, elegant verarbeitet
von 13⁰⁰ bis 41⁵⁰

C & A

BRENNINKMEYER
Spezialhaus für Damen-, Backisch- u. Kinderkonfektion

Am heutigen Himmelfahrtstago
bleiben unsere Geschäfte
geschlossen.

Sonntag, den 19. Mai, sind unsere
Geschäfte geöffnet
von 8—10 und von 2—6.

Königstr. 33, am Bahnhof Alexanderplatz.

Chausseestr. 113, Ecke Invalidenstr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Mitglieder-Versammlungen

Montag, den 20. Mai.
Lischler.

Osten II: Abends 5 1/2 Uhr, bei Grünwald, Memeler
Straße 67.

Osten III: Abends 5 1/2 Uhr, in den Prachtgärten des Ostens,
Frankfurter Allee 152.

Nordosten: Abends 5 1/2 Uhr, bei Voetzer, Weberstr. 17.

Neukölln: Abends 5 1/2 Uhr, bei Sukker, Idealkassio,
Weichselstr. 8.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadtratsmannes Emil Wutsky. — 2. Bericht von
der letzten Generalversammlung und Ausgabe der Delegiertenkarten.

Bautischler. (Bezirk II.)

Abends 5 1/2 Uhr, bei Rieh, Warschauer Str. 61.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung. — 2. Verbandsangelegenheiten.

Küchenmöbelbranche.

Abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung:

1. Der Zentralverband der Unternehmer in der Küchenmöbelindustrie.
— 2. Branchenangelegenheiten und Ausgabe der Delegiertenkarten.

Klavierarbeiter.

Abends 8 Uhr, in den Andreas-Prachtgärten, Andreasstr. 21.

Achtung! **Achtung!**

Zelluloidarbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c:

Protest-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Behandlung unserer Petition, betreffend die Brandgefahr des
Zelluloid, vor dem Deutschen Reichstage und unsere Antwort an den
Regierungsvertreter Herrn Dr. Caspar. Referent: Kollege Julius
Hildebrand. — 2. Diskussion.

Um die Versammlung zu einem wirksamen Protest zu
halten, ist das Erscheinen aller Zelluloid verarbeitenden Arbeiter
und Arbeiterinnen dringend notwendig.

82/15 Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter.

Zur Besprechung der Forderungen des geplanten
obligatorischen Arbeitsnachweises
finden folgende Versammlungen statt:

Bezirk Weißensee.

Sonnabend, den 18. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, im
Prälaten, Berliner Allee, Ecke Lehderstraße.

Sandsteinbranche.

Montag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, in den Musiker-
gärten, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Marmorbranche.

Dienstag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im Englischen
Garten, Alexanderstr. 27c.

Jeder Kollege ist verpflichtet, in der für ihn in Betracht
kommenden Versammlung zu erscheinen.

171/12 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 19. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal I), Engelauer 15:

Versammlung

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstage.
2. Wahl der Mitglieder zum Verbandsauschuss.
3. Stellungnahme zum Stichtagsfest.
4. Verbandsangelegenheiten.

51/11
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Der Vorstand.



Gerold Cabinet
Veredelter
vor dem Rösten gereinigter
KAFFEE
wissenschaftlich und
ärztlich empfohlen
Erhältlich bei
Johannes Gerold,
Lützowstr. 21 - U. & Linden 24
und in den Geschäften
d. Nahrungsmittelbranche.

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12
Ecke Schulstraße
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
selbstangefertigten **Frühjahrs-Anzügen** und **Paletots**
für **Herren** und **Knaben** zu sehr soliden Preisen.
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an
in eigener Betriebswerkstätte. 28382
Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Gewerkschaftshaus.

Bezirk Groß-Berlin, Sektion II.

Engelauer 14/15.

Achtung!

Kutscher, Mitsfahrer, Stallente und Arbeiter aus allen Bau-
und Arbeitsfuhrwerksbetrieben Groß-Berlins.

Sonntag, den 19. Mai 1912, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-
ufer Nr. 14-15 (großer Saal):

Große Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission über den Stand unserer Lohnbewegung!
2. Diskussion und Beschlussfassung.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen! Die Verbandsbücher sind mitzubringen und
am Eingang des Saales vorzuzeigen! Die Branchenleitung.

Arbeiter! Radfahrer! Parteigenossen!

Sonntag, den 19. Mai, mittags 12 Uhr:

Große öffentliche Radfahrerversammlung

in Neukölln, Anesebedstraße 48.

Tagesordnung:

1. Ist der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“ eine Organisation, die auf dem Boden der modernen
Arbeiterbewegung steht? Referent: Genosse Franz Preuß-Neukölln.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Arbeiter-
Radfahrer sowie Radfahrerinnen notwendig.

Der Einberufer:

Emil Fiebig-Neukölln, Anesebedstr. 72.



Wir schwören
auf
Selowsky's Caruso-Cigaretten

Der richtige Weg
zum Einkauf realer
Möbel
führt nach
Brunnenstr. 120
zum Möbelmagazin
Otto Piehl

Obwohl kein Kredithaus,
**Tellzahlungen kulant und
ohne einen Preisaufschlag!**

Von 230 M. an komplette Einrichtungen.
Garnituren 110 - 350 M., Sofas 52 - 180 M.
Schreibtische 48 - 225 M., Trumeaus v. 32 M.
Ankleideschränke von 95 - 165 M.
Bücherschränke 75-160, Vertikals 38-72 M.
Büfette 125-550 M., Flurgarderoben v. 13.50.
Moderne bunte Küchen von 48 - 180 M.
Moderne Speisezimmer von 320 - 900 M.
Moderne Wohnzimmer von 235 - 625 M.
Moderne Schlafzimmer von 295 - 800 M.

1 Mark
wöchentl. Teilzahlungen
liefern elegante fertige
**Herren-
Garderoben**



Ersatz für Mass: Anfertigung u. Mass Tadellios-Ausführung
Julius Fabian
Schneidermaler
Gr. Frankl. Str. 37^{1/2}
Eingang Stramberger Platz.
K. 80-
E. 80-
nur 1. Etage,
2. kein Laden. 11



Zähne (mit Kautschukplatte einberechnet) pro Stück 1.80 M.
Fast gänzlich schmerzlos
Zahnziehen (in örtlicher Betäubung) pro Zahn 1.- M.
Plomben billig!
Reparaturen sofort!
Reform
Zahn-Praxis
Karl Rudolph.
1. Prax.: Oranienstr. 61.
2. " Elsassstr. 17/18.
3. " Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
4. " Lichtenberg, Frankfurter Allee 109.
5. " Potsdam, Charlottenstr. 80.
Teilzahlungen zugelassen! Verlangen Sie kostenlosen Besuch eines Vertreters!

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Monats-Garderobe
kauft man in der
Pfandleihe Prinzenstr. 34
1 Tr. (kein Lad.) wie allbekannt
Jackettanzüge, Rockanzüge,
Paletots, Hosen für jede Figur
passend.

Vom Obstgarten zum Eigenhaus

Feiertagshaus und eigener Garten in so kurzer Entfernung von Berlin, nur 26 Km., wie die
Gartenstadt Hoppogarten
bedeutet für jede Familie einen unermeßlichen Wert.
OR von 15 Mark aufwärts.
In der
Gartenstadt Hoffjagdrevier
am Bahnhof Stolpe sind 20 Straßen gepflastert und 200 Häuser erbaut. Sie ist die einzige Gartenstadt, welche am Berliner Hoffjagdrevier liegt. Jeder kann es sich an den fünf Fingern abzählen, daß sie ohne Frage durch das Jagdrevier und durch die vornehmen Anlagen vom benachbarten Frohnau eine ungeheure Zukunft erwirkt, wie es ihre romantische Lage unbedingt mit sich bringen muß. 24 Grundstücke von 1/2 Hektar sind vom Kolon in 41 Tagen beendigt worden.
OR 15 Mark.
Wir suchen für das Deutsche Reich Grundstücke eines tüchtigen Restaurateurs. Das Grundstück liegt unmittelbar am Potsdamer Bahnhof-See, an vier Hauptverkehrsstraßen, und bildet den Eingang zur Gartenstadt Hoffjagdrevier. Die Straße an gepflastertem Straßebahnen wird nur kaufkräftigen und tüchtigen Restaurateurs mit 70 Mark an inkl. Baubauschalt und den darauf befindlichen Baumaterialien (Raffensche, Holz, Sommerlauben, Bodenbau).
Kolonie Thyrow, Anhalter Bahn, OR 8 Mark.
Kaulsdorf, OR 15 M.
Birkenwerder, mitten im Hoffjagdrevier an der romantisch. Briele mit Wald und Wasser OR 6 Mark
Zehlendorf, OR 70 Mark.
Waldmannslust, OR 95 Mark.
Denken Sie an künftig — an die ungeheure Entwicklung Berlins und an die Elektrifizierung des Nordostreviers und der damit verbundenen Zukunftsmöglichkeiten für das immer wertvoller werdende Bestehen. Nach wie vor fordern wir
50 Mark Anzahlung
und stunden die
Restkaufgelder bis 1927!
Viele Beamte, besond. des Post-, Eisenbahn-, Beamten-, Gerichtsbeamte, Kaufleute, Lehrer, Künstler, Beamte, Ärzte, haben sich bei uns angekauft, je nach Lage der betreffenden Kolonie sind alle Dienste vertreten. Wir haben nahezu 10 000 Gärten, viele Bauhäuser, Sommer- und Feiertagshäuser zu taunten Bedingungen errichtet und 12 Kolonien gegründet, die sich in ihrem Wachstum und dauernder Bodenwertsteigerung befinden. Seinerzeit verkaufen wir in mehreren Kolonien die Quadratmeter mit 6 Mark. Heute kostet sie das Doppelte und Dreifache. Haben Sie Pläne und das Kaufkassettensystem der
„Feiertagshäuser“.
Allgemeine Bau- und An siedelungs-Gesellschaft
C. Winkler & Co.
Berlin O 26, Oranienstr. 20.
Fornspr.: Köpenick 2004

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Peterstr. 36. Dez. 364.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Arbeiter
Felix Marx
(Schreinerstr. 8) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 17. Mai, nachmittags
8 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Der Vorstand.

**Zentr. Krankenunterstützungs-
verein der Schmiede**
u. verw. Gewerbe Deutschl.
Berlin 11.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Schlosser
Paul Kreutz
am 14. Mai im Alter von 49 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 17. Mai, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des städtischen Zentral-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
176/13 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schlosser
Paul Kreutz
Trandoostr. 20
am 14. d. Mts. an Darmleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 17. Mai cr. nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Kege Beteiligung wird erwartet.
Jugendabteilung.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Dreherlehrling
Paul Nieschalke
am 9. d. M. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
117/6 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass
unser Kollege, der Tischler
Rudolf Reinboth
Littauer Str. 22, im Alter von
70 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 18. Mai, nachmittags
8 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Fried-
hof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
63/14 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Hut- und Filz-
warenarbeiter u. Arbeiterinnen**
Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur künftigen
Nachricht, dass der Kollege, Invalide
Karl Brehme
im Alter von 63 Jahren am
14. d. Mts. nach langen, schweren
Leiden verstorben ist.
Er ruhe sanft!
Die Beerdigung findet Freitag,
nachmittags 5 Uhr, von der Halle
des Bartholomäus-Kirchhofes in
Weißensee, Falkenberger Str. 148-
149, aus statt.
Bühliche Beteiligung erwartet
76/8 Der Vorstand.

Am Dienstag, den 13. d. M.,
entschlief nach langen, schweren
Leiden meine liebe Frau, Tochter
und Schwiegermutter
Auguste Knüppel
geb. Dräger
im Alter von 34 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Otto Knüppel, Wastler.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 16. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Elisabeth-Kirchhofes,
Prinzessinnenstr., aus statt. 254

Mein Freunden, Verwandten
und Bekannten die traurige Nach-
richt, dass meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Tochter und Schwester
Olga Schulze geb. Weigand
am Dienstagabend nach langem,
schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt mit der Bitte um stille
Teilnahme tiefbetrübt an
**Der trauernde Gatte
und Sohn.**
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend nachmittags 5 Uhr von der
Halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Dankfagung.
Für die innige Teilnahme und die
reichen Kranzpenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters
Friedrich Lewer
lagen wir allen Teilnehmern, im
besonderen den Genossen des 263. Be-
zirks und dem Wahlverein für den
IV. Wahlkreis unseren herzlichsten
Dank.
Ww. Lewer und Kinder,
Markusstr. 2.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes
August Nitschke
sage ich allen Verwandten und Freun-
den, den Mitgliedern des Sozial-
demokratischen Wahlvereins Adlershof,
den Kollegen aus der Schlosserei der
Firma Bechstein und dem Personal
von der Wittengesehäft für Gas-
glühlicht, Gubener Straße 47, herz-
lichen Dank.
Witwe Nitschke, Adlershof.

Dankfagung. 17066
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzpenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes
Oskar Röser
sage ich allen Freunden und Bekannten,
den Kollegen der Firma Otto Röser,
sowie dem Verein der Stereotypen-
u. Galvanoplastiker meinen herzlichsten
Dank.
Liddy Röser.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage ich allen Ver-
wandten und Bekannten, besonders
dem Wahlverein und dem Bauarbeiter-
verband, für die zahlreichen Kranz-
penden meinen herzlichsten Dank.
254 Witwe Anna Klose.

Dankfagung.
Für die innige Teilnahme und die
reichen Kranzpenden bei der Beerdig-
ung unserer geliebten Tochter lagen
wir allen unseren aufrichtigsten Dank.
August Schulz nebst Frau.

**Albessnierer-
Pumpen**
zum Selbstausstellen für
Gartendesigner u. Lauben-
tolonisten von 8 W. an
Flügelpumpen,
Gartenpumpen,
Filter, Röhren,
Schläuche usw. billigst.
Erdböhrer leichtwie.
Karl Köchlin & Co.
Berlin SW.,
Alte Jakobstr. 20/22
(Tel. 1676)



**Zentralverband der
Maschinen, Heizer sowie
Berufsgen. Deutschlands.**
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonnabend, den 18. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr,
in den Remisenhallen, Komman-
dantenstraße 58:
Verammlung.
Tagesordnung:
Die Reichsversicherungsordnung.
2. Teil. Referent: Vizepräsident
G. Link. Verschiedenes. 145/14
Um zahlreiches Erscheinen der Mit-
glieder wird gebeten.
Die Verwaltung.

**Gardinenhaus
Bernhard Schwartz**
erstklassige Bezugstoffe für
Gardinen u. Teppiche
Wallstr. 13 (dreizehn)
Nehmen Parteigenossen u. Freunden
zur Nachricht, dass ich das Lokal
von Schulte, am
Treptower Park,
Ecke Puderstraße,
übernommen habe und allen Spazier-
gängern bestens empfehle.
früher Prinz-
Hugo Meier, Handjerystr.

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,

in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn
Sie
direkt in der **Möbelfabrik**
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35



**So Vergnügt
ZUM
Pfingstfest**

werden alle diejenigen sein, welche für sich oder An-
gehörige ihren Bedarf auf **Kredit** kaufen bei der überaus
bekannt-renommierten **Kredit-Firma**

**Berlins grösstes Waren- und Möbel-Kredit-Haus
ALLE TAGE ANDERS**

Grösstes Haus am Nettelbeckplatz
Pank-, Gericht- und Reinickendorfer Str.-Ecke
parterre, I., II., III., IV. Etage.
— Direkt am Nettelbeckplatz, am Bahnhof Wedding. —

Ohne jede Anzahlung

für unsere Kunden und Beamte. Für neue Kunden
Anzahlung Nebensache, selbstzubestimmende Abzahlung

Auf Kredit!

Unsere riesigen Läger stehen nicht nur, wie in vielen Geschäften,
auf dem Papier, sondern wir unterhalten sie auch tatsächlich!

Damen-, Herren- und Kinder-Garderobe
Gardinen, Teppiche, Sport u. Kinderwagen Möbel, Polsterwaren
Vitrinen, Stepp- u. Tischdeck. usw. Zusammenklappbare Wagen. Einzelne Möbel u. ganze Ein-
richtungen. — Eigenes Fabrikat.

Schuhwaren jeder Art.

Für alle, welche ihren Bedarf zum Pfingstfest
billig und trotzdem auf Kredit kaufen wollen,
kommt nur ein Geschäft in Betracht, und dieses ist:

Bestimmung nur durch
sach- und fachkun-
diges Personal.

Jede Abteilung
gleich einem
Spezialgeschäft

**Einziges
Waren-Kredit-
Geschäft, das zur Ver-
abfolgung der braunen
Rabattmarken der
Spar-Genossenschaft
berechtigt ist.**

**Bis zum
Pfingstfeste**
Verabfolgung der
doppelten Anzahl
der Rabattmarken
in bar für Anzahlung

Sonntag
bleiben die Ver-
kaufsräume bis
6 Uhr abends
geöffnet.

10%
sofortige Vergütung der
Anzahlung b. Vorzeig.
dieser Annonce

1 M.
Wochenrate

Gratis
sof. bei jedem Kauf Hut,
Stock, Mütze, Bürse
Hosenräger oder
Handtäschchen

**Doppelte
Sparmarken
für Anz.**

**Jeder
erhält
Kredit!**

**Waren- und Möbel-Kredit-Haus
ALLE TAGE ANDERS**

Grösstes Haus am Nettelbeckplatz Pank-, Gericht- u. Reinickendorfer Str. Ecke, Parterre, I., II., III., IV. Etage, am Bahnhof Wedding

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Kreis, I und II Abt. Am Sonntag, den 19. Mai, gemeinsame Besichtigung des Bot. Gartens in Dahlem. Straßenbahn-Linie 59. Treffpunkt am Bot. Garten in Dahlem 2 Uhr nachmittag. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

I. Abteilung. Sonntag, den 19. Mai cr., Besuch der „Arbeiter-Wohlfahrts-Ausstellung“. Treffpunkt 10 1/2 Uhr bei Kaufsch, Wilsdruffer 12.

Hohen-Neuendorf a. d. Nordbahn. Die für Sonntag, den 19. Mai, festgesetzte gemeinschaftliche Mitgliederversammlung in Birkenwerder findet nicht statt. Der Gruppenführer.

Trebbin. Am Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus (Emil Schulze) Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1911/12. 3. Vortrag des Gen. G r o g e r - K e u f s o n . 4. Parteiangelegenheiten.

Dabendorf bei Jossen. Am Sonnabend, den 18. d. M., abends 9 Uhr bei Wiese: Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorstand.

Schenkenberg bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 Uhr, bei Otto Haefsch: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassen der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung von der Kasse. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Rowawes. Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Ernst Schmidt (Deutsche Festhalle), Wilhelmstr. 41-43, eine Volksversammlung statt. Landtagsabgeordneter Genosse H i r s c h spricht über das Thema: „Das preussische Abgeordnetenhaus als Polizeiwachstube. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorstand.“

Berliner Nachrichten.

Graf und Kintopp.

Abend war's. Ein feiner Sprühregen neht den blankpolierten Asphalt. In verschwenderischer Fülle spenden prunkende Vogenlampen ihr rötliches Licht und aus den Cafés und Restaurants am Potsdamer Platz flutet der Schein tausender elektrischer Glühbirnen hinaus in das wildbewegte Weltstadtleben.

Vor einem neuerrichteten pompösen Bau bleibe ich stehen. Große Plakate leuchten mir entgegen und kündigen ein sensationelles Lustspiel an: Der Stallmeister, in dem Graf Wolff-Metternich die Rolle eines Barons bzw. eines Stallmeisters spielt, während seine Frau als Gutsderrin auftritt. Das gerichtliche Verbot ist aufgehoben, wie auf dem Plakat besonders hervorgehoben wird.

Ununterbrochen strömen Menschen zu den Lichtspielen. Ehe ich mich versehe, hat mich der Trubel mitgerissen, in dem betreten, komplimentierenden Lürsther vorbei, in die geräumige, lichtdurchflutete Vorhalle, wo eine Mauer von Damen und Herren die Garderobe umgibt. Eigentlich weiß ich nicht, was ich hier soll; nun ich aber mal da bin, lasse ich der Sache gleichmütig ihren Lauf. Ich mache mir aus Kintoppvorstellungen nicht viel, seit Graf Bücker rühmlichen Angedenkens keine zwerchfellerschütternden Vorstellungen mehr gibt, läßt mich die Aussicht, einen lebhaften Grafen, und sei er auch selbst gerichtsnotorisch zu sehen, kühl bis ans Herz. Da ich aber den Raum schon betreten hatte, mochte der Spah auch zu Ende geführt werden. So ließ ich mir denn ein Billett zu 1,50 M. geben (unter 1 M. is hier nicht zu machen) und befand mich nach Ueberwindung einiger Stufen an der Quelle der Filmwunder.

Ein angenehmer, intimer Raum mit Plüschigen, der während des Spieles von grünen und roten Lämpchen nur matt erleuchtet ist. Das Publikum „buntfarbig zusammengestückt“ — zum Teil Berlin W., auch WW., in Seide und Samt, Nebemänner, mit müden blasierten Gesichtern und riesigen blinkenden Glagen, exotisch efeidete Globetrotter, Geschäftsdamen mit ihrem Verhältnis und so mancherlei andere, heften ihre Blicke unverwandt auf die nervös zitternde Bildfläche. Die mannigfaltigsten Parfüms vermengen sich mit dem Rauch mehr oder minder teurer Stimmstengel und in das seine Klängen der Biergläser mischen sich sicherndes Lachen und halbunterdrückte Ausrufe; doch alles übertönt die pridelnde, feurige Musik, die mit munterem Rhythmus die Lichtspiele begleitet.

Gerade jetzt ziehen anmutig, reizende Szenerien aus dem Schwarzwald vorüber, die in meiner Brust sehnsüchtige Gefühle auslösen. Dann folgt eine banale Scheidungs- und Ehegeschichte, von erläuternden Anschriften unterbrochen, der eine Wochenchronik folgt, die bildlich die aktuellsten Ereignisse aus aller Welt vorführt. Darunter ist mancherlei Schönes und Interessantes, wie zum Beispiel Hafenbauten am Baltischen Meer, die Einweihung des Campanie in Venedig, die Baumblüte in Werder, Studien aus Lappland und Bilder von der „Titanic“-Katastrophe. „Damen aus den „höchsten“ Kreisen teilen Kleider an die Geretteten aus,“ erläutert der Film, was meinem Nebenmann, scheinbar ein biederer Landmann, eine bissige Bemerkung durch die Zähne preßt.

Endlich naht der Clou des Abends und ein erlösendes Ab: Ah entringt sich den schmachtenden Lippen sensationshungriger Zuschauer, denn alles andere war nur leichte Vorspeise, der fetter, saftige Happen kommt erst jetzt. Ach, wohl alle, die gierig auf diesen Akt harren, hätten für ihr Leben gern dem Stinkprose in Moabit beigezogen, wenn andere, Glückliche ihnen nicht die Plätze vorweg genommen hätten. Nun begnügen sie sich eben zur Not mit dem Wilde des Grafen nebst seiner Gattin und der Film muß für die entgangenen Genüsse, so gut es eben möglich ist, entschädigen.

Da zittert auch schon die erste Szene vorüber und ein junger, schmachtiger, tadellos gekleideter Herr, mit einem schmalen, nichtslagenen Gesicht und einer kleinen, wohlgebildeten Tonjur, macht sich in einem stilvoll eingerichteten Herrenzimmer zu schaffen. Weiter rollt der Film, Szene wechselt mit Szene, deren Mittelpunkt immer dieser junge Herr bildet. Das also ist das Gräslein, das wochenlang einen Gerichtshof beschäftigt, die Spalten der Klatschpresse füllen und ein sensationslüsternes Publikum in Atem halten konnte! Der Herr Graf, der schönen Frauen das blauchwarze Haar kämmen durfte, im Boudoir, des Nachts um halber Zweie.

D göttliche Ironie! Den edlen Sproß eines edlen Geschlechtes auf der Filmrolle, für eine Mark Eintrittsgeld jedem Plebejer zur Schau gestellt! Aber schließlich ist jede Be-

schäftigung, wenn sie redlich ist, der Achtung wert, und wenn es, wie erzählt wird, in New York ein exklusives Hotel gibt, das nur ehemalige Gardeoffiziere als Kellner einstellt, also, warum soll in Deutschland ein Graf nicht auch sein Brot verdienen wie er will, besonders dann, wenn er keinen anderen Beruf als den eines Gentlemans gelernt hat. Wechsel-, Pump- und Lombardierungsgeschäfte haben ihre verfluchten Schattenseiten, und beim Goldsichfang heißt oft im letzten Moment das Opfer auf den Köder nicht an, und von Pfannkuchen allein kann der Mensch nun auch nicht leben, zumal man sie nicht immer ohne Geld erhält. Und schließlich muß man dem jungen aristokratischen Herrn in einem Punkte dankbar sein, nämlich: er hat endlich einmal den Begriff „Kavalier“ klar und prägnant definiert und präzisiert, so daß heute jedes Kind weiß, was es unter dieser Bezeichnung zu verstehen hat: einen vornehmen Herrn, der den — Kellner anpumpt! Und das ist in sprachlicher und gesellschaftlicher Hinsicht auch was wert. Deshalb mag der Graf seine Rolle als Stallmeister auf dem Film mit Erfolg spielen, desgleichen mögen seine Standesgenossen ihren gewohnten Passionen auch weiterhin huldigen — bis die Zeit kommt, wo man aus Wappen Müllschippen macht und den ganzen Blunder auf den Rehrichthausen setzt, auf daß der einzig echte und wahre Adel zur Geltung komme: der Herzensadel.

Die Berliner Ofenkammer.

In einer Stunde bringt uns der Bummelzug vom Stettiner Bahnhof oder vom Gesundbrunnen über Ziegel nach dem durch seine Kachel-, Ton- und Terrakottwarenindustrie zu gewisser Berühmtheit gelangten Röhren Welten. Die Fahrt hinter Ziegel geht durch schönen Wald, der stellenweise beinahe romantisch ist. Wer sich die Tour noch abwechslungsreicher gestalten will, wählt den interessanten Wasserweg im Dampfer über den Zegeler See in die Sabel hinein, an Försfelde, Heiligensee, Nieder-Neuendorf, Hennigsdorf und Neubrück vorbei. Hinter den neuen Panower Wasserwerken biegt der Dampfschwan in den Beltener Stichkanal zu Seiten der Stolper Heide und der Falkenhagener Forst, der für die Entwicklung Weltens so überaus wichtig ist und später bis nach Pinnow weitergeführt werden soll. Der „Ofenstadi“, die trotz ihrer vielen ragenden Schöte einen guten Eindruck macht, sieht man es nicht an, daß sie ihren Ursprung auf eine wendische Niederlassung zurückführen kann und rund tausend Jahre alt ist. Ganz moderne Entwicklung, wie wir sie sonst selbst in entlegeneren Berliner Vororten gewohnt sind, hat sich noch nicht herangewagt, weil eben alles in der Industrie mit ihren reichlich zweitausend Arbeitern aufgeht, aber ein schwacher Anfang ist doch schon gemacht durch eine wichtige Promenadenbahn, die der unvermeidliche Verschönerungsverein unweit des Bahnhofs hat aufstellen lassen. Unser Hauptinteresse nehmen natürlich die etwa vierzig Ofenfabriken in Anspruch, die in ihrer Anlage an die großen Zementfabriken in Kalfberge-Rüdersdorf und an die zahlreichen Ziegeleibörfen dicht bei Berlin erinnern. Zu einer der großen Fabriken wird uns der Zutritt gestattet. Wir sind einigermaßen verwundert über die Ruhe in diesen Betrieben und sehen zunächst, wie der rohe Ton geschlemmt und gesiebt wird, um hierauf in Trockenbassins, meist unter freiem Himmel, mindestens vier Wochen abzulagern. Nach dem Aneten und Zerhacken kommt der Ton in die Kachelpresse, dann in die Schleierei und zuletzt in die Glatur, in die sogenannten Ruffelöfen. Die Beltener Industrie liefert aber nicht nur die weiße Berliner Ofenfache, die durch Zentralheizung und andere moderne Ertrungenschaften noch lange nicht verdrängt werden kann, sondern auch Kunstprodukte, mit Schablonen- und Handmalerei, die sich im ganzen Deutschen Reich Eingang verschafft haben. Eine lehrreiche Darstellung des Werdeganges der Kachel erhält man auch in dem im Schulhause untergebrachten Ortsmuseum, das ferner alte Urnen und Tongeräte ausgestellt hat, auch ein wertvolles Archiv über die Kachel- und Tonwarenindustrie birgt. Vietet auch Welten landschaftlich nicht besonders reizvolles, so ist doch ein Absteher an einem Ausflugsstage empfehlenswert. Am zweckmäßigsten ist es, wenn man einen Wochentag wählen kann, um sich bei guter Gelegenheit durch Augenschein zu überzeugen, wie unser alter lieber häuslicher Wärmepender geboren wird.

Die Fürsorgekinder aufgehoben werden.

Vor den Toren Berlins herrschen zuweilen Zustände, wie man sie kaum für möglich halten sollte. In Blöhensee befinden sich drei Fürsorgeanstalten in unmittelbarer Nähe: Die Anstalt S i c h a r , eine Schwesteranstalt des Magdalenenstifts in Zeltow, dann die Anstalt V e t h a b a r a , die von einem alten, über 60 Jahre alten Herrn Pastor Berend geleitet wird, und endlich eine jüdische Fürsorgeanstalt. Von der letzteren wurde kürzlich in der Sitzung der Berliner Waisen- deputation ein recht hübsches Bild entworfen. Das Gebäude, das in der Nähe des früheren Johannistifts liegt, macht einen vollständig hausfälligen Eindruck und wer es nicht weiß, glaubt gar nicht, daß in diesem Gebäude Menschen hausen, junge Menschen, die erzogen werden sollen. Schon die Umgebung ist öde und trüf. Der Weg zu dieser Erziehungsanstalt ist nur schwer befahrbar. Der Chauffeur eines Automobils, der die Revisionsbeamten nach der Anstalt fahren sollte, hielt eine ganze Strecke vor der Anstalt und bat die Insassen, den ferneren Weg zu Fuß fortzusetzen, da er nicht weiter fahren könne.

Vollkommen verwettert ist das alte Gemäuer. „In den öden Fensterhöhlen wohnt das Grauen.“ Nichts Freundliches, Anheimelndes wohnt in diesen Mauern. Der Hofraum für 24 Jöglinge liegt im Keller, ist halbdunkel und gestattet nicht der Hälfte der Jöglinge, gemeinsam zu essen. Und nun erst die Wohnräume der Kinder! Wie die städtischen Revisionsbeamten erklären, sind das Kasse, aber keine Wohnräume. In die meisten dieser engen, unfreundlichen Räume kommt das ganze Jahr kein Strahl Sonne. Eine Anzahl solcher Kasse zur Beherbergung von Fürsorgezöglingen liegen hintereinander und haben nur einen einzigen Ausgang. Sollte in diesen Räumen Feuer ausbrechen, so läme nach der Ansicht der revidierenden Herren kein einziges Kind lebend heraus. Wie in einer Kaufhalle sind die Kinder eingeschlossen. Vorrichtungen zu Feuerlöschzwecken sind nicht vorhanden. Bei einem Feuer kann selbst die Feuerwehr bei den schlechten Wegen kaum an die Anstalt herankommen. Wenn die Kinder ihre Notdurft verrichten wollen, müssen sie über den ungepflasterten Hof nach einem auf Grund des Tonnenstems eingerichteten Raume. Nicht einmal ein bißchen Regen ist vorhanden, der dem Auge Abwechslung böte. Ein Krankenzimmer fehlt vollständig. Die Zustände in dieser Anstalt seien geradezu grauenhaft und es sei unverantwortlich, Kinder noch länger in einer

solchen Anstalt zu lassen. Der Regierung sollen diese Zustände durchaus nicht unbekannt sein. Schon vor einigen Jahren sei darauf aufmerksam gemacht worden, wenn auch nicht in der Ausföhrlichkeit wie jetzt. Die Anstalt reffortiert vom deutsch-jüdischen Gemeindegewand. Im allgemeinen sind die jüdischen Privatanstalten recht luxuriös eingerichtet, weil sie von besonders Bemittelten Leuten gestützt werden. Die oben geschilderte Anstalt aber spottet jedes Beschreibungen. Warum die Regierung im vorliegenden Falle nicht schon längst eingegriffen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Neuerdings ist die Unternehmerin der Anstalt aufgefordert worden zu sofortiger Außerung. In der Waisen- deputation gingen die Meinungen dahin, daß man es nicht verantworten könne, die Kinder noch ferner in der Anstalt zu lassen und es wurde verlangt, die Kinder sofort wegzunehmen und anderweitig unterzubringen. Bauliche Veränderungen können in dieser Anstalt überhaupt nicht vorgenommen werden; das Gebäude ist reif für den Abruch. Die Waisen- deputation beschloß noch einen Bericht der Feuerpolizei einzuholen und bis zum Eingang des Berichts zu erwägen, wo die in der Anstalt befindlichen jüdischen Jöglinge anderweitig untergebracht werden können. Neue Jöglinge sollen aber nicht in die Anstalt gegeben werden.

Ministerialdirektor Dr. W i d e , der Vorsitzende der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn ist gestern mittag gestorben.

W i d e trat im Jahre 1898 aus dem Eisenbahnministerium in den Vorstand der Großen Berliner über. Hier kamen ihm seine Beziehungen zu dem Eisenbahnministerium sehr zu statten. Er war es, dem es in der Folgezeit gelang, die Konzeption der Straßenbahn über den Kopf der Stadt hinweg auf 80 Jahre zu erlangen und seinem Einfluß war es zuzuschreiben, wenn die Stadtgemeinde auf dem Gebiete des öffentlichen Verkehrs mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Den Angestellten und Arbeitern gegenüber führte W i d e ein strenges Regiment und zeigte wenig Entgegenkommen gegen die berechtigten Wünsche der Angestellten.

Sein ganzes Wirken lag lediglich im Interesse der Aktionäre.

Unterschlagnngen bei der Stadthauptkasse. Bei den diesjährigen Abschlagsarbeiten der Stadthauptkasse stellte sich bei einer von dem Magistratssekretär H i l l e n früher verwalteten Buchhalterei ein Fehlbetrag von circa 84 000 M. heraus. Bei seiner Vernehmung gestand H. zu, schon seit mehreren Jahren bei den Einnahmen für Schulgeld Beträge für sich zurückgehalten und in eigenem Nutzen verwendet zu haben. Die Unterschlagungen sind nur dadurch möglich gewesen, daß er das Vertrauen seines ihn kontrollierenden inzwischen verstorbenen Kassierers auf das größtmögliche gemißbraucht hat. Die Entdeckung der Veruntreuungen ist dadurch ermöglicht worden, daß in der Stadthauptkasse seit einiger Zeit ein regelmäßiger Wechsel in der Besetzung der Buchhalterei eingeföhrt ist, und H. seine bisherige Buchhalterei im Dezember 1911 hat abgeben müssen. Seiner Verhaftung hat H. sich bis jetzt zu entziehen gewußt.

Die Höhe der veruntreuten Gelder beträgt, wie die jetzt abgeschlossene Nachprüfung ergeben hat, 86 000 M. Als die Unterschlagungen entdeckt worden waren und der ungetreue Beamte das Geständnis abgelegt hatte, die Hälftungen und die Unterschleife begangen zu haben, schickte man nach dem Polizeibezirksamt am Rollenmarkt, um seine Verhaftung zu veranlassen. Sofort erschienen auch zwei Beamte, denen jedoch bedeutet wurde, noch einige Augenblicke im Vorzimmer zu bleiben. Als diese dort eine Weile gewartet hatten, erhielten sie den Befehl, daß der Ungetreue durch eine Hintertür verschwunden sei. In seiner Wohnung in Schmaragdort war der Flüchtige nicht mehr erschienen. Seine Frau und seine Kinder waren von ihrer Mitteilung ganz überrascht. Obschon die Veruntreuungen mehr als zwanzig Jahre lang verübt wurden, hatte er sich nie zu Hause offenbart.

Unwillen erregte gestern vormittag die Art, wie ein krank gewordener Soldat behandelt wurde. Gegen 11 Uhr bewegte sich eine Kompanie Soldaten mit Musik durch die Neue Kofstraße und Alte Jakobstraße, als ein Mann zusammenbrach. Er wurde von einem Sergeanten und einem Gefreiten der Sanitätsmannschaft in einen Sausflur getragen, ohne dem Erkrankten das Gepäck abzunehmen. Auf Protest der angesammelten Zivilisten wurde der erkrankte Soldat nach dem Hof getragen und später in den Laden eines Schneidereiartikelgeschäfts, immer mit Helm und Gepäck. Nach einiger Zeit wurde der Mann mittels Droschke fortgeschafft und erst bei dieser Gelegenheit nahm man ihm das Gepäck ab. Das hätte doch sofort geschehen sollen.

Die Hoffnung auf den Zweverband Groß-Berlin.

Vom Zweverband Groß-Berlin erwartet die Bevölkerung Berlins und der Vororte, daß er vor allem zur Bekämpfung der Mängel des Groß-Berliner Wohnungswesens eine kraftvolle Reformpolitik einleiten werde. Diese Aufgabe wurde als seine wichtigste ihm nochmals zur Pflicht gemacht in zwei Versammlungen, die der Propagandaausschuß, der Wähler des Zweverbandes, am Dienstag abhielt. Beide Versammlungen waren leider nicht so besucht, wie man es wünschen mußte.

In der Wobdrauerei am Tempelhofer Berg beleuchtete der Landtagsabgeordnete Genosse H i r s c h in einem Referat über „Die Aufgaben des Zweverbandes“ die mannigfachen Widerstände, die der dringenden Reformpolitik sich entgegenstellen. Den noch ungebauten Terrains in Groß-Berlin eine auf Kleinwohnungen berechnete und dabei weiträumige Bebauung zu sichern, der unbemittelten Bevölkerung diese Wohnungen durch ein Netz von Schnellbahnen mit billigen Tarifen leicht erreichbar zu machen, Wasser und Wald ihr für Erholung und Spiel zu erhalten — das alles ist unerlässlich zur Wahrung und Förderung der Gesundheit unserer Großstadtbewohner. Aber die Terrainspekulation wehrt sich dagegen, daß in ihr vermeintliches Recht auf größtmöglichen Profit aus Grund und Boden nachdrücklich eingegriffen wird. Die Verkehrsgesellschaften lehnen es ab, zur Erschließung noch ungebauter Gegenden den Bau nicht sofort rentierender Bahnliniten zu wagen. Und der Fiskus sowie manche Kommunen scheuen sich nicht, durch Ausschüttung der dem Erholungsbedürfnis notwendigen Wälder zu Wästelstellen sich bar Geld zu verschaffen. H i r s c h kennzeichnete dieses Treiben mit scharfen Worten und wies unumwunden auch auf die politischen Faktoren hin, die diesem Widerstand die Kraft und Stärke mehren. Von der Gesetzgebung und der Verwaltung fordert man seit langem vergeblich eine großzügige Wohnungspolitik. Für eine reichsgefehlte Regelung des Wohnungswesens ist zurzeit wenig Aussicht, eine Regelung durch Landesgesetzgebung verspricht besonders in Preußen bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landtages nichts Gutes, und von den Kommunalverwaltungen kann man bei der Herrschaft des Hausgrosariertums kaum Hilfe erwarten. Die Bevölkerung muß, schloß der Referent, aufgerüttelt werden, damit sie den Zweverband, auf den jetzt für Groß-Berlin die nächste Hoffnung sich richtet, vorwärts treibe. Zu wünschen sei aber auch, daß bei allen Wahlen die Wählerkraft nur solche Männer in Gemeinde- und Volksvertretungen entsende, die das Wohl der Gesamtheit im Auge haben.

Nachdem dann Professor G w a l d - B e r l i n als Arzt über die Notwendigkeit der Erhaltung unserer Wälder und Gymnasialdirektor B e t e k a m p - S c h ö n e b e r g über den Mangel an Spielplätzen referiert hatten, stimmte die Versammlung ohne Debatte der Resolution zu, die den Zweverband auf seine Aufgaben hinweist.

Zu gleicher Zeit wurde für den Westen in den „Prachtställen“ der Spichernstraße eine Versammlung abgehalten, deren Besucher

vorwiegend der besser situierten Bevölkerung angehört. Der Kunsthistoriker Privatdozent Weissbach-Berlin führt über sein Thema „Groß-Berliner Stadtbaukunst“ aus, daß der Zweckverband bei der Aufstellung von Wohnungsplänen neben den Erfordernissen des Verkehrs und des Wohnungswesens auch künstlerische Gesichtspunkte zur Geltung kommen lassen solle. Wir wollen, so formuliert er seine Forderung, ein praktisches Berlin und zugleich ein schönes Berlin haben. In einem Referat „Die Sommerfrische für jedes Kind“ schildert der Theologe Professor Lehmann-Berlin die in Kopenhagen gemachten erfolgreichen Bemühungen, alljährlich im Sommer den Stadtkindern einen Pausenurlaub zu ermöglichen. Es sprach schließlich noch Landtagsabgeordneter Genosse Hirsch, der auch hier die Aufgaben des Zweckverbandes in einem zusammenfassenden Referat darlegte. Die Nichtschloßigkeit, mit der er vor dem Publikum aus Berlin-West sich äußerte, veranlaßte einige Zuhörer, durch Hirschen gegen den Beifall zu protestieren, der seinem Vortrag folgte.

In der Diskussion bemängelte dann ein Redner, daß dieses Referat eine politische Färbung gehabt habe, die der Sache nur Schaden könne. Hagemann, der Geschäftsführer des Propagandaausschusses, stellte fest, daß in der Buchdruckerei dieselben Ausführungen mit ungeteiltem Beifall aufgenommen worden waren. Derselbe erwiderte in einem Schlusswort, es sei seine Gewohnheit, offen seine Meinung zu sagen, und anders erreicht man nichts. Die Versammlung schloß mit Annahme der vom Propagandaausschuß vorgelegten Resolution.

Von einem Hörer erschossen wurde gestern früh im Walde bei Schönfließ ein in Charlottenburg wohnhafter Albert Wächtermann. Wie berichtet wird, war der Erschossene in Gemeinschaft mit seinem Bruder Hermann damit beschäftigt, Jarnkraut abzuschneiden. Als plötzlich der in den Diensten des Kammerherrn v. Belshelm in Stolpe stehende Förster Rohrbach auf einem Patrouillengang die beiden Brüder bei dieser Arbeit überraschte, soll sich ein Kampf zwischen diesen und dem Förster abgepielt haben, in dessen Verlauf sich das Gewehr des letzteren entlad und dadurch den Albert Wächtermann getödtet haben soll.

Der Bruder des letzteren wurde verhaftet und nach dem Amtsgericht Oranienburg geführt. Gestern hat bereits am Tatort durch Vertreter der Staatsanwaltschaft und des Gerichts ein Vorkermittlung stattgefunden. Von dem Ergebnis desselben ist noch nichts bekannt.

Durch eine Eisenwelle zu Boden geschmettert. Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich auf dem Wasserwerkgrundstück in Ziegel zugetragen. Bei einem Brunnenbau war der Arbeiter Ernst Kamlow in der Nähe einer in der Drehung befindlichen großen eisernen Welle beschäftigt. Als er der Welle versehentlich zu nahe kam, wurde er mit solcher Wucht am Kopf und an beiden Füßen getroffen, daß er bestunntlos zusammensank. In bedenklichem Zustande fand der Schwerverletzte im Paul-Gerhardt-Stift Aufnahme.

Einen entsetzlichen Tod hat der vierjährige Knabe Will Dornig, Pankstraße 83, gefunden. Eine Plurnachbarin, Frau R., hatte den Kleinen gebeten, für sie ein Pfund Salz zu holen. Als der Knabe dann das Salz in der Küche der R. abliefern wollte, stürzte er in ein Gefäß mit kochendem Wasser, das auf dem Fußboden gestanden hatte. Auf das Jammergeschrei des unglücklichen Kindes eilte Frau R., die nebenan wohnte, herbei und rief D. aus dem Wasser heraus. Leider hatte aber der Junge inzwischen am ganzen Körper so furchtbare Brandwunden erlitten, daß er unter qualvollen Schmerzen im Krankenhaus starb.

Mit Leuchtgas zu vergiften versuchte sich am Mittwochabend die im Quergebäude des Hauses Kameruner Str. 56 wohnhafte Frau des Schlossers Weder mit ihren beiden neun und fünf Jahre alten Töchtern. Nach einem vorausgegangenen Streit zwischen den beiden Eheleuten war der Mann fortgegangen. Gleich nachdem auch die Frau zur Ausführung der Tat geschritten sein. Man fand die Frau bewusstlos in der Wohnung liegend auf, während das älteste der beiden Mädchen bereits tot war; das jüngste wurde durch die Feuerwehr mittels Sauerstoffbehandlung wieder soweit hergestellt, daß es in der elterlichen Wohnung verbleiben konnte. Der Zustand der Frau machte ihre Überführung nach dem Krankenhaus notwendig.

Von einem Automobilomnibus totgefahren wurde am Mittwochabend der zweijährige Sohn Artur des im Hause Grüner Weg 18 wohnhaften Hausdieners Trotte. Der Kleine hatte sich gerade in dem Moment von der Hand der Mutter losgerissen und war auf dem Dammbelag, als ein Automobilomnibus der Linie 2 dahergefahren kam. Obwohl der Chauffeur nach Kräften bremste, konnte er es doch nicht bei dem schlüpfrigen Pflaster verhindern, daß der Wagen weiter rutschte und das Kind von dem Hinterrad erfasst wurde. Dem unglücklichen Knaben ging das Rad über den Leib und Kopf und führte den sofortigen Tod herbei.

Gustav Hagenbeds „Indische Völkerchau“ wird sich jetzt auf dem Tempelhofer Felde aufstellen.

In der Frauerversammlung am 12. Mai im Stadttheater Moabit ist eine Brosche gefunden. Verliererin kann dieselbe bei F. Großlich, Wittfoder Str. 23 (Radon) abholen.

Vorort-Nachrichten.

Pankow.

Der Gewaltstreik gegen die proletarische Wählerkraft ist beendet. Mit einigen 60 Stimmen sind unsere am 3. März mit einer Mehrheit von über 400 Stimmen gewählten Genossen Eichler und Fenzler in der durch Ungültigkeitsklärung ihrer Mandate notwendig gewordenen Nachwahl am Sonntag, Montag und Dienstag den bürgerlichen Kandidaten unterlegen. Es erhielten Genosse Eichler 1209, Fenzler 1208 Stimmen, während die Gegner 1277 resp. 1272 Stimmen auf sich vereinigten. Ein Resultat, das angesichts unseres Vorsprunges vom 3. März überraschend erscheint. Betrug doch damals unsere Stimmenzahl 1187, während die Bürgerlichen es auf 719 Stimmen brachten. Dieser Ausgang wird aber erklärlich, wenn man sich den bürgerlichen Wahlkampf, seine Leitung und seine Vertiefung im Wahlkampf näher ansieht. In diesem Ausmaß waren vertreten: Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Haus- und Grundbesitzerverein, Mieterverein, Bürgerverein, Evangelischer Volksverein, Windhorst-Bund, Vaterländischer Verein, Bund der Selbstbedienten, Oberlehrer-Verein und Lehrerbund. Die Leitung der Aktionen lag, wie schon bei früherer Wahlen, in den „bewährten“ Händen eines Herrn Herbert Schmidt, seines Zeichens Vorsitzender der Ortsgruppe Pankow des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Der Tätigkeit dieses Herrn ist auch in hervorragendem Maße der Ungültigkeitsbeschluss der Gemeindevertretung vom 16. April geschuldet. Was er dann weiter im Wahlkampf für die „bürgerliche Sache“ geleistet haben dürfte, zeigt die Tatsache der Steigerung der bürgerlichen Stimmen um etwa 500 gegen die erste Wahl. Die abhängige Wählerkraft Pankows hat an den drei Wahlen den „sanften Druck“ in aberlichem Maße zu spüren bekommen. In den bürgerlichen Schlepplagblättern sowie in dem von Herrn Herbert Schmidt bedienten hiesigen Ortsblättern wurde immer wieder hervorgehoben, daß „Wahlwähler indirekt die Sozialdemokratie unterstützen.“ Das hat denn auch gewirkt und in dichten Scharen sind die in diesem Bezirk zahlreich vertretenen Eisenbahner und sonstigen „nationalen“ Mitbewerber angetreten. Diesem Ansturm gegenüber vermochten unsere Genossen ihre Stimmenzahl vom 3. März nur um einige 70 zu erhöhen und mußten diesmal leider unterliegen. Noch einmal also werden bürgerliche Vertreter von Herrn Herbert Schmid

Graben die Pankower Gemeindevertretung auf längere Jahre zieren.

Charlottenburg.

In der Delegiertenversammlung der hiesigen Gewerkschaftskommission berichtete zunächst Genosse Storch über den Verlauf der diesjährigen Reichstags- und Ortsversammlungen. Die Beteiligung an derselben sei in diesem Jahre, gegenüber dem Vorjahre, etwas gestiegen. Ein Vortrag des Genossen Lint über: „Der Kampf der Berufsvereinigungen gegen die kleinen Renten und das Moment der „Gewöhnung“ in der Reichsprüfung“ feststellte die Aufmerksamkeit der Hörer in erhöhtem Maße, zumal Redner aus seiner Praxis als Arbeitersekretär verschiedene Momente ins Feld führen konnte, die bewiesen, daß von einem sozialen Geist in der Reichsprüfung und Behandlung bei der Unfallversicherungsgesetzgebung seit Jahren keine Rede mehr ist. Auch die neue Reichsversicherungsordnung schafft in dieser Hinsicht keinen Wandel. Einige von den Genossen Schröder, Hennig, Anderson und Seifert an den Referenten gestellten Fragen wurden von diesem noch recht eingehend erörtert.

Der Vertreter der Freigelehrten, Genosse Hahn, macht Mitteilung von ihrer Lohnbewegung und hat, falls es zum Kampfe kommen sollte, um Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft. Zum Vertreter in den Kreis-Jugendauschuß wurde sodann der Genosse Flemming gewählt. Bei der Anregung, für den Betrieb der Volksbühnen mehr Sorge zu tragen, ersuchte Genosse Ahrens die Gewerkschaftsvertreter, in den Sommermonaten das Volksbühnen durch Feste und sonstige Veranstaltungen zu unterstützen. Genosse Richter schloß sich diesem an und bekräftigte die Abhaltung eines allgemeinen Gewerkschaftsfestes, doch soll die endgültige Beschlußfassung über dasselbe der nächsten Sitzung überlassen bleiben.

Es fehlten in der Sitzung die Vertreter der Bäcker, Brauereiarbeiter, Fleischer, Gastwirtsgehilfen, Handlungsgehilfen, Müller, Porzellanarbeiter, Sattler und Tapezierer.

Älterverein für freie Erziehung. Sonntag, den 10. Mai, findet ein großer Familienausflug nach dem Grunewald statt. Treffpunkt 11 1/2 Uhr vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal; Abmarsch pünktlich 2 Uhr. Für Nachzügler zur Kaffeepause auf dem Spandauer Hof. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an den Ausflügen teilnehmen. Der Vorstand.

Neukölln.

In der Sitzung der Krankenhausdeputation wurde mitgeteilt, daß nach erfolgter Inbetriebnahme der Krankenstation im Siechenhause und der beiden Vorarbeiten im ganzen 450 Betten zur Verfügung stehen und daß Abweisungen von Kranken nach der vorgelegten Belegungsanweisung nur noch in geringem Umfange stattfinden. Da diese Abteilungen in erster Linie für Leichtkranke bestimmt sind, soll die Frage der Errichtung eines Pavillons für Leichtkranke noch besonders geprüft werden. — Aus Anlaß des Unglücksfalls in der Chorist hat eine eingehende Prüfung der Einrichtungen und Aufbewahrungsorte für Gifte stattgefunden. — Die Deputation erkannte nach den Berichten der Spezialkommission die Unzulänglichkeit der bisherigen Fleischabwägungsräume an und beschloß, nach dem Vorschlag des Hochbauamtes diese Räume im Erdgeschoß des Wirtschaftsgebäudes unterzubringen und die bisherigen Räume für derartige Zwecke völlig aufzugeben. Die zur Umänderung erforderlichen Mittel in Höhe von rund 15 000 M. werden aus Anleiheemitteln bewilligt. Eine mögliche Beschleunigung der Arbeiten ist unbedingt notwendig, so daß die Räume noch vor Beginn der heißen Jahreszeit in Benutzung genommen werden können. — Mit der Errichtung einer eigenen Bäckerei nach dem Vorschlage des Hochbauamtes ist die Deputation einverstanden.

Ein skandinavischer Zirkus Fischer-Reiffarth gastiert gegenwärtig in der Rainer Straße, Ecke Viebrichstraße. Der Zirkus ist ein Unternehmen größeren Stils und leistet sowohl auf dem Gebiete der Pferdedressur wie auch auf dem der circensischen Kunst Vortreffliches. Mit dem guten Pferdmaterial trägt die Direktion des Unternehmens auf dem Gebiete der Freizeits- und Kostendressur wie auch in der hohen Schule dem verdienstlichsten Zirkusbesucher Rechnung. Besonders Interesse erregen die Dressuren von Hunden, Raben und Tauben und die Vorführungen la Bella del Rio Grande mit ihren Indianern, Cowboys usw. in den verschiedenen Szenen und Abteilungen. Das gute Konzert wird von der Hauskapelle ausgeführt.

Orig.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich zunächst mit dem Plan zwecks Errichtung einer höheren Mädchenschule und eines Realgymnasiums. Um eine Mindestzahl von 20 Schülern pro Klasse zu erhalten, sollen auswärtige Schüler herangezogen, von denselben ein höheres Schulgeld jedoch nicht erhoben werden. Genosse Brenzlau betonte u. a., daß nach Vollendung dieser Pläne die bürgerlichen Vertreter für die entlastete Volksschule jedenfalls nicht mehr das Interesse bekunden werden wie vorher. Einige bürgerliche Herren bezogen sich hierauf auf den Schulratsbericht, in welchem u. a. mitgeteilt wird, daß einige Kinder unaußer zur Schule gekommen seien. Und weil sich die Vertreter der Besitzenden in die Lage der werktätigen Bevölkerung nicht hineinzuversetzen vermögen, deshalb suchten sie mit dieser Stelle des Schulratsberichts die Eltern der Volksschulkinder zu begeistern. Genosse Brenzlau zeigte, wie durch unsere sozialen Zustände oft Vater und Mutter gezwungen seien, gemeinsam dem Erwerb nachzugehen und somit den Kindern nicht die Sorgfalt angedeihen lassen können, wie dies in besitzenden Kreisen der Fall ist. Diese Erklärung hielt aber selbst den Gemeindevorsteher nicht ab, unserem Redner zu unterstellen, als habe er die Unaußerleit statt zu erklären, verderblich wollen. Genosse Brenzlau blieb dem Ortsvorsteher natürlich die Antwort nicht schuldig. Die „Frieder Zeitung“, die sich sonst immer einen arbeiterfreundlichen Anstrich gibt, unterließ sich jedoch nicht, ihren Lesern die Entgegnung unseres Redners. Wenn endlich der Herr Gemeindevorsteher betonte, daß nur 18 Proz. aller Kinder das Schulbesuch abgeben, so ahnte er wohl nicht, daß er damit gegen die Lehrerhaft zugleich den Vorwurf erhob, die Kinder nicht genug auf den hygienischen Wert der Badeeinrichtung aufmerksam gemacht zu haben.

Mariensfelde.

Im Königsgraben ertrunken ist gestern vormittag die 16 Jahre alte Anna Kunert. Das Mädchen war auf dem Wege nach ihrer Wohnung, Berliner Straße 114, begriffen. Als es an der Lantwiger Straße den Königsgraben entlang ging, wurde das Mädchen von Krämpfen befallen, wodurch es in den Königsgraben fiel und ertrank. Wie man uns mitteilt, sind kurz nach 10 Uhr zwei junge Männer an dem Mädchen vorbeigegangen, ohne sich jedoch um die Unglückliche zu bemühen. Um 1/2 11 Uhr wurde das Mädchen tot aus dem Wasser gezogen. Die von einem Arzt unternommenen Wiederbelebungsversuche waren leider ohne Erfolg.

Röpenitz.

Die Stadtverordneten ermächtigen in ihrer letzten Sitzung den Magistrat zum Abschluß eines Vertrages mit der Landwirtschaftskammer zwecks Uebernahme der Lebensmittelkontrolle. Derselbe soll sich erstrecken: 1. auf Untersuchungen von Nahrungs- und Genussmitteln und Verbrauchsgegenständen und zwar auf die Untersuchungen allgemeiner Art ausschließlich Wasser, 2. eine besondere sachgemäße periodische Milchkontrolle, 3. etwa erforderlich werdende Rohunterstützungen 4. Untersuchungen, welche der Polizeibehörde aus Verordnungs- oder sonstigen Gründen erforderlich erscheinen. Ueber die Ergebnisse der Untersuchungen sind der Polizeiverwaltung nach Beendigung der Untersuchung begründete Gutachten zu erstatten. Als Entschädigung zahlt die Stadt an die Landwirtschaftskammer jährlich 1031 M. — Dem Antrag des Magistrats, das Anfangsgehalt der Betriebsleiter bei den städtischen Werken an 3700 M., steigend von drei zu drei Jahren um 500 M. bis 5200 M. festzusetzen und ihnen nach zehnjähriger Dienstzeit die Pensionsberechtigung nach den staatlichen Grundregeln

zu gewähren, stimmte die Versammlung zu. Desgleichen auch einer Nachforderung in Höhe von 643,30 M., welche durch die Reichstagswahl entstanden ist. Auch dem weiteren Antrage des Magistrats, die Turnhalle der 8. Gemeindegasse, soweit sie für den Schulbetrieb nicht in Anspruch genommen wird, unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen Turnvereinen zum Turnbetrieb zur Verfügung zu stellen, stimmte die Versammlung zu. Dem Antrage der Stadt Berlin, ihr zu gestatten, durch die Linden-, Bahnhof- und Friedrichshagener Straße ein Wasserwerkdruckrohr zu legen, wurde stattgegeben mit der Maßgabe, daß die Stadt Berlin 10 Pfennig pro laufenden Meter Druckrohr jährlich als Anerkennungsgeld an die Stadt Köpenick zu zahlen hat, und daß der Stadt Köpenick, um bei vorübergehenden Betriebsstörungen in ihrem eigenen Wasserwerk, die Einwohner genügend mit Wasser versehen zu können, der Einbau eines Abzweiges in das Druckrohr der Stadt Berlin an der Bahnhof- und Lindenstraße-Ecke gestattet wird. Zum Schluß wurden noch die Kosten zur Errichtung einer weiteren Klasse an der Hiltshausen- und der Begründung einer neuen Leberstube an dieser Schule zum 1. Oktober 1912 sowie die Kosten zur Beschaffung eines weiteren Sprengwagens bewilligt.

Sergelbe.

Totgefahren wurde in der Dienstagnacht der 16jährige Arbeiter B. Reschke aus Hennidendorf in der Strausberger Straße unmittelbar vor dem Restaurant Dautewitz hierseits. Der junge Mann hatte versucht, den in voller Fahrt befindlichen Feuerwehrowagen der Freiwilligen Feuerwehr aus Hennidendorf, mit dem man zur Löschung eines in der Wollensstraße hier auf der Ziegelfeld von Feuer ausgebrochenen Brandes eilte, zu besteigen. Der Versuch mißglückte aber, so daß der mit der Mannschaft besetzte Wagen über R. hinwegging und ihn vollständig zermalmte. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Friedrichshagen.

Selbstmord eines Majors. In seiner Wohnung, Kastanienallee 8, wurde gestern vormittag gegen 8 1/2 Uhr der 71 Jahre alte Major a. D. Viktor v. Sommerfeld und Hallsenhausen im Bett erschossen aufgefunden. Der Grund des Selbstmordes ist in längerer schwerer Krankheit zu suchen. Major v. Sommerfeld war unverheiratet und lebte mit einer Wirtschafterin zusammen. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Obduktionshaus gebracht. Den tödlichen Schuß hatte sich Major v. Sommerfeld schon zwischen 7 und 8 Uhr morgens beigebracht. Die Wirtschafterin hörte um diese Zeit einen dumpfen Knall, glaubte aber, ihr Herr habe eine Weinflasche geöffnet.

Pankow.

Der Bildungsausschuß veranstaltet heute einen Familienausflug nach Lichterfelde. Abmarsch 12 1/2 Uhr von Schulz, Mühlenstraße. In Lichterfelde Kaffeekochen, im Walde Spiele für jung und alt, Verteilung von Geschenken und Speisen. Für kleine Kinder Fahrgelegenheit.

Oranienburg.

Als Staatsrat wurde in der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung der Regierungsbaumeister a. D. Stadtbauinspektor Schönwald aus Königsberg i. Pr. auf die Dauer von 12 Jahre gewählt. Das Gehalt wurde jährlich auf 6200 M. festgelegt. Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt 1000 M. Außerdem wurden dem Neugewählten der Sitz und Stimme im Magistrat hat, sechs seiner auswärtigen Dienstjahre in Anrechnung gebracht, was einer Alterszulage von 800 M. entspricht.

Ziegel.

Ueber „bürgerliche und sozialdemokratische Gemeindepolitik“ referierte am Dienstag in stark besuchter Versammlung Reichstagsabgeordneter Dr. Quard. Einleitend hob Redner hervor, es sei ein Irrtum, daß Gemeindepolitik etwas anderes als die große allgemeine Politik sei, in der die Interessenkämpfe zwischen Besitzenden und Besitzlosen ausgefochten würden. Er skizzierte des näheren die Art der Kämpfe zwischen den Gemeindevorständen und die Wirkung der Gemeindepolitik auf den einzelnen. Genosse Quard gab hierauf in anschaulicher Weise einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung, die die Gemeindepolitik genommen. Auch zeigte er an verschiedenen Beispielen den Umfang der veralteten preussischen Gemeindeordnung auf, daß nur der besitzende Einwohner Sitz und Stimme haben solle; der durch die moderne kapitalistische Wirtschaftsordnung bedingte unaufhörliche Besitzwechsel an Grundstücken verlange schon eine Aenderung. Dieser alten Aufstellung sollte Redner in eingehenden Detailschilderungen die sozialdemokratische Gemeindepolitik gegenüber. Durch die Umwandlung der neuzeitlichen Industrieverhältnisse, die Ansammlung der Industriebelagerung in den Städten und Vororten, ganz besonders um Berlin herum, haben sich die Gegensätze stark entwickelt. Nur wenigen Reuten wird durch das elende Dreiklassenwahlrecht die Herrschaft in der Kommune gesichert. Die bürgerlichen Vertreter in der Kommune stimmen lieber einer Verbesserung des Wahlrechts im Reiche resp. im Lande zu, als in der Kommune, wo sie durch ihre Gemeindepolitik ihr persönliches Interesse viel mehr wahren können. Zum Schluß seines mit vielen Beispielen aus seiner eigenen kommunalen Tätigkeit in Frankfurt am Main belegten Vortrages hob Redner noch hervor, daß auf dem letzten Jahreskongress ja auch der Hausbesitzerstand als „ein fester Wall gegen die rote Flut“ bezeichnet wurde; indes, wie auch die veraltete bürgerliche Gemeindepolitik sei, für und ist sie von agitatorischer Bedeutung gewesen und führe zur sozialdemokratischen Hinüber. Auch in Ziegel müsse durch umsichtige Agitation Arbeiterpolitik getrieben und dadurch gesündere Verhältnisse in der Verwaltung herbeigeführt werden. Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine Debatte, an der sich hauptsächlich unsere Gemeindevertreter U. J. H. e. n. b. e. r. g. und H. a. l. f. e. s. beteiligten. Sie wiesen auf bedeutsame Vorgänge in den Verhandlungen der Gemeindevertretung hin, den unter so auffälligen Umständen erst suspendierten, dann pensionierten Bürgermeisters Weigert, den Ankauf des Gaswerks, die traurigen Finanzverhältnisse, das Gaswerkmonopol, das eine einträgliche Anstalt ohne jedes kommunalen Elektrizitätswerts hindere und einen Tribut ohne jede Gegenleistung von jedem Stromabnehmer verlange. Mit einem kräftigen Appell an die zahlreichen Frauen und Männer zu einem stärkeren Auftreten, um den traurigen Zuständen in Ziegel wirksam begegnen zu können, wurde die Versammlung geschlossen; von den so hart mitgenommenen bürgerlichen Vertretern hatte man vergeblich eine Verteidigung ihres Verhaltens erwartet.

Notawied.

Um über Wesen und Bedeutung der Arbeiter-Samariterkolonnen weitere Kreise der Arbeiterschaft aufzuklären, findet am Sonntag, den 19. Mai, nachmittags 2 Uhr, in den „Deutschen Festhallen“, Wilhelmstr. 41/43, eine öffentliche Versammlung statt. Hierbei wird nicht nur auf zahlreiche Beteiligung der hiesigen, sondern auch der Arbeiterschaft Potsdams und der umliegenden Orte geredet. Besonders die Gewerkschafts- und Kartellfunktionäre sowie die Vorstände der Sportvereine, soweit sie Interesse an dem Ausbau des Arbeiter-Samariterwesens haben, seien auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachkunde findet in den Rubriken 69, von vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Vorkauf und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Namennote wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Besondereantwortung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen erage man in der Streifenkiste vor. R. Z. 100. Kommt nur für Privatangelegenheiten in Frage. Der Zeitpunkt des Antrags ist noch nicht bestimmt. — R. Z. 36. 1. Be, falls eigenhändig geschrieben. 2. Die Vernehmung muß durch einen Anwalt eingeleitet werden. 3. Nur die wegen Meineid Verurteilten. — R. Z. 75. R. — Richard 19. Die Kommandogewalt liegt dem Kaiser zu. — R. Z. 21. Redn. — J. 99. Ja, auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses. — R. Z. 25. Beantworten Sie bei dem Vorsitzenden der Ver-

anlagungskommission Befreiung. — C. B. 100. Ja. — P. D. 1. 1. Als
 Gemann der Verstorbenen ja 2 Als Blumenbürger. — P. D. 77. Ge-
 schliche Gründe stehen dem nicht entgegen. — E. M. 169. 1. Wenn
 Geschlechtsverkehr stattgefunden hat, ja. 2. § 181. — Charlottenburg N.
 Die Invalidenrente wird dem steuerpflichtigen Einkommen zugerechnet.
 — A. S. 16. 1. Ja. 2. Läßt sich so allgemein nicht sagen. — Tz. 3.
 Reichen Sie ein Gesuch an das Volkseigenes Amt ein. — P. D. 82. Ja zu-
 lässig. — A. G. 356. 1. Nein. 2. u. 4. Das ist zweifelhaft. 3. Bei
 dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihre Ehegattin verstorben ist.
 5. Circa 20 W. 6. Nicht zulässig. — E. G. 24. Ihre zahlreichen Anträge
 lassen sich im Rahmen des Briefkastens nicht behandeln. Das zweifelhafte
 ist. Sie setzen sich mit einem Anwalt in Verbindung. — P. D. 6. Falls

im Mietvertrag nicht anders bestimmt, wochentags zwischen 10 u. 6 Uhr.
 — A. B. 3. Leider ja, aber nur im Wege der öffentlichen Versteigerung.
 — J. T. 68. In der Regel nicht. Das Gesuch scheint gar nicht ein-
 gereicht zu sein. Ihre Frau soll beim Justizministerium anfragen.
 — A. 2. 102. Soweit ersichtlich, ja. — A. C. 8. Fragen Sie bei den
 in Betracht kommenden Einwohnermeldeämtern an. — Schulb. Fehr-
 belliner Straße 27. 1. Nein, falls nicht eine solche Verpflichtung aus
 Bestimmungen des Mietvertrages gefolgert werden kann. 2. Eventuell
 Klage. — E. S. Charlottenburg. Die im Verträge vermerkte Zeit ist
 maßgebend. Ein Recht zur Doffnung hat der Wirt nicht. Sie würden aber
 schadenhaftig sein. — E. 93. Sie sind nicht zahlungspflichtig.
 — A. D. 20. Der Wohnzweck hat auf die Höhe der Rente keinen

Einfluß. — A. D. 25. Sie können einen Berliner Rechtsanwalt mit dem
 Nachforschungen beauftragen. — G. D. 8. Ja, für die Dauer von sechs
 Wochen. — C. S. 11. Ja, bei dem Gericht, in dessen Bezirk das Grund-
 stück belegen ist. — H. Z. 70. Läßt sich nur nach Einschätzung in die
 Police legen. — G. D. 2. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen
 sind Sie nicht haftbar. Es ist aber möglich, daß aus Bestimmungen des
 Mietvertrages Ihre Ersatzpflicht gefolgert werden kann. Die Angemessen-
 heit des Anspruchs müßte der Kläger beweisen. — E. 11. 1. Sie können
 beim Volkseigenen Amt eine Unternehmung beantragen. 2. Ja, sofern die
 Sachen beim Kauf bereits in den Mieträumen waren, andernfalls nicht.
 3. Die Lohnforderung ist beschlagnahmefähig, soweit sie 28,85 M. wöchent-
 lich übersteigt. — P. J. 48. Nein.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 16. Mai 1912.
Anfang 3 Uhr.
 Berlin. Takt. Rottens Geburtstag.
 Kleines. Rottens Geburtstag.
 Neues Operetten. Der Graf von
 Luxemburg.
 Schiller-Charlottenburg. Wilhelm
 Tell.
 Lützen. Ich lasse dich nicht.
 Neues Volkstheater. Der Königs-
 leutnant.
Anfang 3 1/2 Uhr.
Westen. Wiener Blut.
Anfang 7 Uhr.
 Reichshallen. Stettiner Säger.
 Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung. (An-
 fang 8 Uhr.)
Anfang 7 1/2 Uhr.
 Kgl. Opernhaus. Der fliegende
 Holländer.
 Freitag: Der Rosenkavalier.
 Kgl. Schauspielhaus. Der große
 König.
 Freitag: Viel Lärm um Nichts.
Anfang 8 Uhr.
 Leistung. Die milde Liebe.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
 Freitag: George Dandin.
 Nammerspiele. Eine glückliche Ehe.
 Freitag: Mein Freund Leddy.
 Kurfürstentor. Tosca.
 Freitag: Traumbilder Tapfent.
 Komische Oper. Die Spiele ihrer
 Eltern.
 Freitag: Operabend. (Anfang
 7 1/2 Uhr.)
Westen. Die schöne Helena.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Königgrätzer Straße. Die fünf
 Frankfurter.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Neues Schauspielhaus. Parkett-
 sitz Nr. 10.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Neues. Der liebe Augustin.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Residenz. Alles für die Firma.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Lustspielhaus. So'n Windhund.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Verlierer. Große Rosinen.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Schiller O. Die Haubenlerche.
 Freitag: Der Weg zur Hölle.
 Schiller-Charlottenburg. Die
 Gefährtin. Paracelsus. Der
 grüne Kakadu.
 Freitag: Die Haubenlerche.
 Neues Operetten. Der Kongreß
 von Sevilla.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Lützen. Gold und Liebe.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Hofe. Preziosa.
 Freitag: 500 000 Teufel.
 Trianon. Der Ehemann am Fenster.
 Ein angebrochener Abend.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Thalia. Autolichon.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Kleines. Der Nachtmacher. Rottens
 Geburtstag.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Metro. Schwindelmeier u. Co.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Casino. Die lustige Strohwitwe.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Metro. Spezialitäten.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
 Friedr. Rich. Schauspielhaus.
 Die lustige Strohwitwe.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Hofes Caprice. Der Polizeihund.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Valhalla. Um eine Krone.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
 Neues Volkstheater. Der Rausch
 der Sabinerinnen.
 Freitag: In Behandlung.
 Königgrätzer-Kasino. Spezialitäten.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.
 Theater in der Königgrätzer Straße
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Residenz-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 8 Uhr:
Alles für die Firma.
 Schwan in 3 Akten von R. Demiequitt
 und G. Witzsch.
 Morgen u. folgende Tage: Alles
 für die Firma.
Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
 Operette von Leo Fall.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
 Donnerstag u. Sonntag 8 1/2 Uhr:
 Wiener Blut.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
Preziosa.
 Bei günstiger Witterung: Großes
 Gartenspektakel bei freiem Zutritt.
 Anfang 4 Uhr.
 Freitag zum 25. Male:
 5 x 100 000 Teufel.

Passage-Theater.
 Claire Waldoff
 Litta Carlsen
 Alt-Bonner
 Studenten
 und das große
 Mal-Programm!
 14 Varietè-Attraktionen!

Passage-Panoptikum.
**Das vereinte
 Riesenpaar**
 Brühhl und Dusore
 Deutschland u. Frankreich
 lebend zu sehen
 Ohne Extra-Entree.

Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: Nauchen gestatt.
Schwindelmeier & Comp.
 Phantastisch-musikalische Komödie in
 3 Akten und dem Englischen völlig
 frei bearbeitet von J. Freund. Musik
 H. Reifon. U. a. Tänze v. D. Bishop.
 In Szene geht vom Dir. A. Schulz.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
**Kobi Krach
 Bunter Teil
 No. 14.**

Admiralspalast
 am Bahnhof Friedrichstraße.
**z. Z. einziger Eis-
 palast Deutschlands**
 Heute: 2
 Vorstellungen 2
 nachmittags und abends:
 Das sensationelle Eis-Ballett
„Yvonne“.
 Außerdem abends:
 Die kleine Walzerkönigin
Charlotte.
 Weltmeister Bror Meyer.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 abends halbe Kassenpreise.
 Vor sechs Uhr goldene Tages-
 billette haben bis acht Uhr
 Gültigkeit.

Schiller-Theater O. Bühnen-
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.
Schiller-Theater Charlotten-
 burg.
 Donnerstag nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Gefährtin — Paracelsus.
 Der grüne Kakadu.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Lützen-Theater.
 Donnerstag 3 Uhr: Ich lasse dich
 nicht. 8 Uhr: Gold und Liebe.
 Freitag: Gold und Liebe.
 Sonnabend: Schwester Carmen.

Freie Volksbühne
 Sonnabend, den 18. Mai, 8 1/2 Uhr (pünktlich),
 im Gewerkschaftshaus:
Ordnersitzung.
 Das Erscheinen aller Ordner ist Pflicht.
 Neues Schauspielhaus: Calderon:
Das Leben ein Traum.
 Thalia-Theater: Schönthan:
**Der Raub
 der Sabinerinnen.**
 Abendabteilungen
 Neues Schauspielhaus: Parkettsitz No. 10.
 Gastkarten a. M. 1,30 sind dazu beim Obmann im
 Theater erhältlich. 243/1

Residenz-Lichtspiele
 Blumenstr. 10
 neben Residenz-Theater
 Morgen Freitag, den 17. Mai 1912:
Große Eröffnungs-Vorstellung
 mit einem glänzenden, unübertroffenen
Elite-Programm.
 Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang präz. 8 Uhr.

Neue Welt
 Amerikanischer Vergnügungspark.
 Heute: 1. Elitetag.
Großes Gala-Parade-Feuerwerk.
 Arabische Derwische und neueste Belustigungen.
 Konzert. Kapellmeister Berth. Bothe.
 Spezialitäten-Vorstellung. Entree 50 Pfennig.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Säger
 Zum Schluß:
 Eine Hochzeit in der
 Müllerstraße.
 Burleske
 von Weisfel.
 Anfang
 heute
 7 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
 Hieraus: Ein angebrochener Abend.

Königsstadt-Kasino.
 Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße
 Täglich wochentags von 1/8 Uhr
 Sonntag von 1/2 Uhr:
 Das brillante Malprogramm
 9 Spezialität. u. Mutter Mine.
 Gesangsposte von D. Klein.
 Vorzugsarten haben an allen
 Wochentagen Gültigkeit. — Mit-
 woch-Sonnab. u. Sonnt. Tanz.
Moabit
Schützenhaus, Plöhenfer.
 Donnerstag (sowie jeden Sonntag):
 Konzert, Kabarett u. Theater. Neue
 Verwirklichung. 10955

ZOO-LOGISCHER GARTEN
 Heute
 am Himmelfahrtstage
 Eintritt 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren
 die Hälfte.
 Ab nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Konzert.
 3 Kapellen.

Apollo Theater
 Ab 8 Uhr
 Ein sensationeller Erfolg
Will Bishop
 in seiner Langzeitkon-
Robins
 der
 Artistische
 u. u.

Ki-Ko-Kvöl
 früher Neues Kgl. Operntheater.
Lichtspiele
 in wirklichen Naturfarben
 Kinemakolor.
 Nur noch kurze Zeit das von
 der gesamten Presse glänzend be-
 sprochene, farbensprühendes Pracht-
 Programm. Gr. Orchester m. Gesang.
 Täglich von 4-11 Uhr — Mon-
 tag von 4-7 Uhr Schüler-Vorst.
 zu besonders ermäßigten Preisen.
 Unsere Eintrittskarten gelten
 auch für den Besuch des
Konzertgartens.

**Haus- und
 Wohnungsbau-
 Ausstellung**
 von Dedarternichen für
 den städtischen Haus-
 besitz, vom 4. Mal bis
 12. Juni 1912, Berlin
Ausstellungshallen am Zoo
 Täglich Konzert Johann Strauss.
 Lichtbildervorträge. Entree 1 M

Neukölln, Mainzer Str.
 1 Minute vom Hermannplatz:
**Der große skandinavische
 Zirkus Fischer-Reiffarth.**
 Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellungen.
 In Sonn- und Festtagen (sowie
 Mittwochs- und Sonnabends je
 u. 2 große Vorstellungen 2 u.
 Nachm. 4 und abends 8 1/2 Uhr
 Eintritte halbes Preis für Kinder.
 Das beste Zirkusprogramm,
 welches bis jetzt gezeigt wurde.
 40 eigene erstklassige Pferde.
 120 Personen.
 Billige Eintrittspreise.

Luna Park
 Heute großer Elitetag
 mit großem Gala-, Parade-, Höhen-
 und Fronten-Fourwerk
Konzert.
 Kapellmeister Berthold Bothe.
 Spezialitäten-Vorstellungen.
 Hochinteressante Attraktionen.
 Eintritt nur 25 Pf.

Voigt-Theater.
 Gesundbrunnen Badstraße 58.
 Bei günstiger Witterung im Garten:
 Donnerstag, 16. Mai (Himmelfahrt):
Die Lieber des Müllers.
 (Verfügt durch das Lied).
 Volksstück mit Gesang in 5 Akten.
 Kassenöffnung 10, Anfang 4 Uhr.
 Morgen Freitag: Abchied f. die
 Freitag-Abendessen: Benefiz für Otto
 Rein: Die Fischerin von Island.

Casino-Theater
 Lotzringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
 Nur noch bis 29. Mai
 das glänzende neue Programm
 5 erstklassige Spezialitäten - Schlager.
 Nie ein Erfolg der Woche
Die lustige Strohwitwe.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Die Tochter
 des Zerstörers.

NiBles Fest-Säle
 Dennewitzstraße 13.
 Heute Donnerstag:
Tanzkränzchen
 Der Garten ist eröffnet.
 17045 C. NIBLE.

Bleuls Volks-Theater
 Eichenallee, Ufermarktstr. 6/9.
 3 u. 4 Minuten vom Ringbahnhof
 Prenzlauer Allee.
Eröffnung d. Sommersaison.
 Heute Donnerstag, d. 16. Mai
 (Himmelfahrt): Konzert, Theater
 und Spezialitäten. Auftreten der
 Volkstänzer-Gesellschaft Willi Schu-
 mann. Bei eintretender Dunkelheit:
 Lichtspiele. Anf. 4 Uhr. Entree 20 Pf.
 Ausspannung. Kassenöffn.
 Es ladet ergebenst ein
 Der Wirt August Wient.

Elysium
 Landsberger Allee 40-41.
 Heute Donnerstag:
Konzert Theater
 Spezialitäten
Großer Ball.
 Familien-Kaffeeocher.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.

**Etablissement
 Müggelschlöbchen**
 Friedrichshagen
 Inh.: Wilh. Wiegert
 Empfehle meine Lokalitäten
 zu Herrn- und Dampfer-
 partien. Jed. Sonntag sowie
 Himmelfahrt, Pfingsten gr.
 Freifonzett. Anerkannt
 gute Küche. Post-Kaffeehaus.

Humor-Quartett
 Amt 13, Berliner No. 9999
 Gg. Trener Kantenallee 40
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

**Hagenbecks
 Indien-Berlin**
 Eröffnung demnächst
Tempelhofer Feld.

Kaufhaus Gebr. Preuß

Beusselstraße Ecke Huttenstraße **MOABIT** Beusselstraße Ecke Huttenstraße

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

Damen-Konfektion

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

Zephir-Oberhemdblusen in den neuesten Streifen von **1.95** an
 Batistblusen mit Stickerei und Säumchen **1.45**
 Batistblusen mit reichlicher Stickerei und Valancien-Einsätzen **2.95** und höher

Extra-Angebot! Ein großer Posten **Extra-Angebot!**
 Batistblusen mit reichlicher Stickerei, halsfrei oder geschlossen **2.45**

Voile Blusen in weiß und farbig **2.95 4.75** usw.
 Batistkleider mit Säumchenstickerei und Valancien-Einsätzen von **12.75**
 Leinenröcke mit Einsätzen, weiß und bastfarbig **3.90**
 Paletots aus imitiertem Leinen, neueste Fassons **4.90**
 Staubmäntel aus Covercoat, moderne Farben **9.75**
 Kostüme aus imitiertem Leinen, weiß oder bastfarbig **11.75**
 Seidene Mäntel, Liberty und Taffet, neueste Mode **18.75**
 Popelinemäntel, elegante Verarbeitung, moderne Farben **14.75**
 Tuchmäntel für Frauen, gute Verarbeitung **18.75**

Putz

Großer Pfingst-Verkauf

zu bedeutend ermäßigten Preisen

Englische Hüte jetzt von **95 Pf.** an
 Backfischhüte, reich garniert von **2.45** an
 Chicke Tockes aus Roßhaar, Stroh und Pantasiogeflecht von **2.95** an
 Rundhüte, reichlich mit Blumen, Band und Seide garniert von **3.50** an
 Frauenhüte, reichl. mit Federn, Blumen und Band garniert von **5.50** an

Chicke aufgeschlagene Formen aus Bast, Roßhaar und Tagal geflecht zu enorm billigen Preisen.

Kinderhüte, Kinderkapotten sowie Kinder-Schulhüte in großer Auswahl.

Wegen Separierung

Total-Ausverkauf

der übernommenen Schuhwaren

Rosenthaler Straße 40-41

Hackescher Markt — Bahnhof Börse.



Damen-Stiefel

schwarz im Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fassons jetzt nur **4.75**
 schwarz Chevreaux mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons jetzt nur **5.95**
 schwarz prima Chevreaux mit Lackkappe, auch ohne, die elegantest. Fassons, Good-year-Welt jetzt nur **7.95**
 braun Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fassons jetzt nur **4.95**
 braun la Chevreaux m. Lackkappe, breite und schlanke Fassons jetzt nur **6.75**
 braun la Chevreaux, erstklassige Ausführung und Formen, Goodyear-W., jetzt nur **8.95**

Herren-Stiefel

schwarz Rindbox-Schnürstiefel, breite Fassons, kräftig, Straßenstiefel, auch Zug und Schnalle jetzt nur **5.95**
 schwarz Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, jetzt nur **6.95**
 schwarz Chevreaux-Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt jetzt nur **8.95**
 braun Chevreaux-Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur **6.95**
 braun la Chevreaux-Herrenstiefel, neueste Formen jetzt nur **8.25**
 braun la Chevreaux-Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schicksten Formen, jetzt nur **9.75**

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapaziestiefel 20-24 25-26 27-30 31-35 **1.55 2.95 3.25 3.75**
 braun, mit Lackk., Normalfassons 21-24 25-26 27-30 31-35 **2.95 3.45 3.75 4.25**
 Herren-Halbschuhe **5.95**
 amolik. Fassons, schwarz, jetzt nur

Halbschuhe

Damen, im Chevr. mit Lackk., jetzt nur **3.95**
 braun Chevreaux m. Lackkappe, jetzt nur **4.25**
 schwarz Derby, große Oes., Lackk., jetzt nur **4.95**
 braun Chevr., Derby mit Lackk., jetzt nur **5.75**
 Samt-Halbschuhe schwarz u. grau jetzt nur **3.95**
 Lack mit Wildleder od. Chevr. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur **5.95**

Qualitäts = raucher

fordern und rauchen nur

Garbáty

Betrifft Herren!

Welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung zurückgelehnte Herrenanzüge, Hosen und Paletots. Diese Stücke sind zum Teil aus feinsten Stoffen gefertigt (einzelne auch auf Seide) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Anschaffungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen; auch neue Herren-Anzüge 9, 12, 16, 20 M. zc. Schrod-Anzüge 18, 21, 24, 28 M. zc. Paletots u. Ulster 8, 12, 16, 18 M. zc. Burischen-Anzüge 7, 10, 12, 15 M. zc. Rock-Anzüge 12, 16, 19, 22 M. zc. Herrenhosen 2, 3 bis 6 M.

Verleihung von eleganten Brod- und Gesellschafts-Anzügen.
 Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, an der Andreasstraße.
 II. Geschäft: Chausseestr. 89. III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Gartenstadt Falkenhagen-West

direkt am Bahnhof Georgfelde. Reichlich Gewerbe eines Eigen-Deinst! Von neuer Aufstellung herrliche Hochwalb-Wägen und Sandwägen.
 Ca. 20. bereit von 15 M. an. Kleine Ang. langjähr. Kmoertler-Op. fertige Gerian- u. Sommerhäuser von 200.—, Eigenheime von 2.6500.— aufwärts. Illust. Planpreis gratis. Anstufstelle auf dem Terrain.
Nieschalke & Nitsche,
 Berlin, Hans-Büchstr. 16, (am Königsbad 6774)

den Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.

Wundervoll gestickte abgepaßte Portièren

(Uebergardinien für Fenster und Türen) in Qualität M. pro Fenster:
 Filztuch 3.35 bis 10.50
 Naturleinen 3.85 bis 20.00
 Velvetplüsch 8.85 bis 75.00
 Persisch (doppelseitig) 8.75 bis 36.00
 Kochelleinen 8.75 bis 60.00
 Pa. reinw. Tuch 16.50 bis 150.00
 Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**
 Unterhalte nirgends Filialen!
Spezial-Katalog
 650 Abbildungen gratis u. franko.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Extra-Angebot „Vorwärts“-Leser 10 % Rabatt.
 Ca. 800 Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Paletots, größtenteils von Kavaliere wenig getragen, auf Seide.
 Damen-Kostüme, Kleider, Tuchmäntel, Seidenmäntel, früher hergestellt bis 100 M. jetzt 15 bis 25 M.
 Ferner vom Versatz zurückgekauft Betten, Uhren, Ketten, Ringe, Wäsche, Teppiche usw. werden zu jedem annehmbaren Preise verkauft.

5. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands.

München, 14. Mai.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht nahm am zweiten Verhandlungstag in Anspruch. Die Tätigkeit des Hauptvorstandes wurde anerkennend gewürdigt, doch wurde auch das Verhalten des Hauptvorstandes bei verschiedenen Vorgängen einer Kritik unterzogen.

bekanntem sich die meisten städtischen Delegierten als Anhänger der Verschmelzungsbewegung, während die meisten ländlichen Delegierten sich als Gegner bekundeten. — Die alten Klagen, wie sie auf fast allen Verbandstagen zur Sprache kamen, über die Kürzung der eingesandten Berichte, wurden auf dem Verbandstag der Steinarbeiter ausgetauscht.

glied der örtlichen Verwaltung zu einer Vorstandssitzung einladen muß. — Steinecke-Dresden unterzog das Verhalten des Verbandsvorstandes beim Abschluß des Normaltarifs für die sächsische Sandsteinindustrie einer Kritik. — Knauth-Heilbronn wandte sich gegen die Behauptung eines Redners, daß das Land gegenüber der Stadt vom Vorstand bevorzugt werde.

Nachdem nicht weniger als 55 Redner zum Wort gekommen waren, wurde die Debatte geschlossen.

Das Vorstandsmitglied Siebold-Leipzig verteidigte die Einschaltung eines Beirats. Der Vorstand wolle die Verantwortung nicht abwälzen; er habe geglaubt, damit den Wünschen der Mitglieder Rechnung zu tragen und eine bessere Fühlung mit den Mitgliedern herzustellen.

Die Verhandlungen wurden hierauf auf Mittwoch vertagt.

Versammlungen.

Transportarbeiterverband. Die am Montag abgehaltene Generalversammlung des Bezirks Berlin nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen, den B r e i t e r erstattete. Er bezeichnete die Erfolge des ersten Quartals als befriedigend.

Kohlenarbeiter, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endete, der für 69 Firmen mit mehr als 1000 Arbeitern gilt und eine Verärgerung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden brachte. — Aus dem gedruckten Bericht ist folgendes hervorzuholen: Forderungen wurden eingereicht bei 85 Firmen mit 2007 Beschäftigten.

Der vom Kassierer S i e i n d e erstattete Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 398 660,12 M. Für Unterstützungs-gelder wurden ausbezahlt an Arbeitslose 72 422 M., an Kranke 50 607 M., an Streikende 86 412 M., an Gemahregelte 11 241 M., sonstige Unterstützungen 10 503 M.

Die Mitgliederzahl betrug Ende vorigen Jahres 43 102 männliche, 1893 weibliche, 1910 jugendliche. Am 1. April 1912 waren es 43 400 männliche, 1828 weibliche, 1917 jugendliche.

Der Arbeitsnachweis hat von 3654 gemeldeten festen und 5643 Ausschäftsstellen 2401 feste und 5411 Ausschäftsstellen besetzt. Arbeitslos blieben am Schlusse des Quartals 710 Kollegen.

Nach kurzer Diskussion wurde der Vorstand entlassen. Auf Grund eines früheren Beschlusses wurde festgestellt, wie viele von den Teilnehmern der Generalversammlung politisch organisiert und Annoncien des „Vorwärts“ sind. Die Kontrolle ergab, daß von den 515 Delegierten und sonstigen zur Teilnahme an der Generalversammlung Berechtigten 283 den Wahlvereinen angehören und 230 den „Vorwärts“ leben. Der Vorsitzende Berner bezeichnete das Verhältnis als nicht erfreulich und ersuchte die Kollegen, durch unermüdete Aufklärungsarbeit für bessere Ergebnisse zu sorgen.

CONDOR



CONDOR-Patent Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren!

Unsere Frühjahrs-Neuheiten finden überall begeisterte Aufnahme!

Denn wir bringen höchst elegante Modeformen in erprobten Qualitäten äusserst preiswert. Beweis:

Zierliche Damen-Halbschuhe

Table with 5 columns showing prices for various styles of women's shoes, including Chevreau, Derby, and black lace-up shoes.

Condor-Pumps

Table showing prices for Condor pumps in different colors like Chevreau and brown.

Der moderne Oxford-Knopfschuh

Table showing prices for modern Oxford button shoes in various colors.

Schnürstiefel

Table showing prices for various styles of lace-up shoes.

„Lack“ die grosse Mode „Lack“!

Table showing prices for black and brown lace-up shoes with decorative elements.

Moderne Herren-Schnürstiefel

Table showing prices for modern men's lace-up shoes in various colors and styles.

Unser Original-Goodyear-Welt-Fabrikat

Table showing prices for Goodyear Welt-Fabrikat shoes in different colors and styles.

„Lack“ die grosse Mode „Lack“!

Table showing prices for black and brown lace-up shoes with decorative elements.

Herren-Mode-Halbschuhe

Table showing prices for men's dress shoes in various colors and styles.

Moderne Kinder-Schuhe

Table showing prices for children's shoes in various sizes and styles.

Fein Boxhorse, vorzügliche Qualitäten

Table showing prices for high-quality box horse shoes.

Derby-Schnürschuhe

Table showing prices for Derby lace-up shoes in various colors.

Condor-Sandalen, gesundes Tragen

Table showing prices for Condor sandals in different colors.

Schnürstiefel

Table showing prices for various styles of lace-up shoes.

CONRAD TACK & CIE Schuhfabrik BURG bei Magdeburg

130 Verkaufsstellen in Berlin u. Umgegend: C. Spittelmarkt 15, C. Rosenthaler Str. 14, W. Potsdamer Str. 50, W. Schillstrasse 16, NW. Turmstrasse 41, Ecke Oldenburger Strasse, NW. Wilsnacker Str. 22, NW. Beusselstrasse 29, N. Friedrichstrasse 127, schräg gegenüber der Oranienburger Strasse, N. Müllerstrasse 3, N. Reinickendorfer Str. 23, gegenüber der Plantagenstr., N. Brunnenstrasse nur 37, N. Danziger Str. 1, O. Andreasstrasse 50, O. Frankfurter Allee 125, SO. Oranienstrasse 32, SO. Oranienstrasse 2a, Hochbahnstation Oranienstr., SO. Wrangelstrasse 49, SW. Friedrichstrasse 240-241, Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Strasse 122-123, Neukölln: Bergstrasse 30-31, Potsdam: Brandenburger Strasse 54

